Darf's ein bißchen mehr sein?



Die Welt der Wirtschaft

Zeitschrift für Internationalismus
Heft 227 · August 1999
DM 8,-



Teurer Durito!

Mit jeder Faser spüre ich, wie mein chitinumhüllter Körper in ein riesiges Sommerloch hineingezogen wird. Die Zeit verlangsamt sich, der Ereignisraum wird dünner. Meine Fühler fangen Signale von fernen Stränden auf.
Leider sind da immer noch vereinzelte Freunde und Bekannte, denen jetzt ganz wichtige Sachen einfallen, zu denen sie unbedingt noch eine Demo ansetzen müssen. Die rufen dich sogar persönlich an, damit du kommst. Schließlich ist Sommerloch. Dabei spielt die Zahl gar keine Rolle bei einer Sommerdemo! Worauf es wirklich ankommt, ist der Ort. Einer der besten Orte zum Demonstrieren ist derzeit z.B. Jugoslawien. Wenn sich da drei Dutzend Leute irgendwo treffen und ein "Scheiß Milosevic!"-Plakat dabeihaben, siehst du sie zehnmal am Tag auf allen Sendern. Ein ganz beschissener Ort ist dagegen Teheran. Da können zweihunderfünfzigtausend Leute auf die Straße gehen, und der Auslandsreporter des ZDF erklärt treuherzig, eigentlich seien das nicht besonders viele, schließlich sei Teheran eine echt große Stadt. Wenn die mal lieber nach Belgrad gefahren wären! Da wären sie ganz groß rausgekommen.

editorial:

Außer dem Ort zählt nur noch Fashion. Berlin ist an sich nicht so toll als Ort; aber mit dem richtigen, sommerlich entblößten Outfit kann man tausend schwitzenden Rekruten die Schau stehlen. Sehr beeindruckend!
Also, Durito, wir zwei gehen vor dem Urlaub auch nochmal demonstrieren. Aber mit Stil und am richtigen Ort. Im Schlafzimmer des Kanzlers zum Beispiel. Nackt und mit rosa Schirm.

Lass mich wissen, wann du einen Termin frei hast!

deine alaska



DEBATTE

Bernd Hüttner
In Zwickmühlen und Sackgassen 4
Die Linke und die (Zukunft der) Arbeit

Maurizio Lazzarato
Seid Subjekte! 8
Der Aufstieg der immateriellen Arbeit

R. Burbach/ O. Nunez/ B. Kagarlitsky
Was ist postmoderner Sozialismus? 12
Umrisse eines neuen ökonomischen Projekts

Tilla Siegel
Einatmen und Ausatmen 16
Die Rationalisierungsgesellschaft im Umbruch



THEMEN

Alvons Diemer
Modellversuch in 'Innerer Sicherheit' 20
EXPO-NO-SERIE-TEIL-8: Festivalisierung und innere Aufrüstung

Sandra K.
Die Rechnung der Regierenden ist voll aufgegangen 24
Kritische Betrachtung der Kölner Aktionen gegen die Gipfel

S. Höyng/R. Porchert
Männer machen weiter 28
Männliche Arbeitskulturen

Moe Hierlmeier
Wer stets das Gute will 32
Zur Kritik des alten Internationalismus

KONTEXTE

Bernd Hüttner
Bewegungsarchive 36
Gedächtnisse der Bewegung oder linke Altpapiersammelstellen

Christoph Spehr
Mehr Sand, George! 39
Star Wars Episode One

BUKO

BUKO 22 40

SHORT CUTS

Rezension, Impressum 44

VON Zwick mühlen UND Sack gassen

Die Linke und die (Zukunft der) Arbeit

by Bernd Hüttner

Nein, ein sogenanntes festes Arbeitsverhältnis, also eine unbefristete Vollzeitstelle hat kaum jemand in meinem Bekanntenkreis. Einige studieren oder sind pro forma eingeschrieben und arbeiten "nebenher" mehr oder weniger viel, andere sind arbeitslos und engagieren sich ehrenamtlich in politischen und sozialen Kontexten, wo auch schon mal der eine oder andere Einkommensbetrag abfällt, von dem das Arbeits- oder Sozialamt besser nichts erfährt; ja selbst die, die von außen wie eine richtige Angestellte im öffentlichen Dienst aussieht, hat nur einen Vertrag bis Mai 2001.
Die Veränderung der Arbeitsverhältnisse schlägt sich bis in den sozialen Mikrokosmos durch - nicht nur im nachakademischen Theorieproletariat. JedeR muß sich mit ihr auseinandersetzen. Arbeit ist weiter das große Thema der öffentlichen Debatte. In einer Zeit, in der die Standortdebatte wahnhafte Züge annimmt ("Kleinkleckersdorf muß Wurststandort bleiben!) und die Ankündigung einer "Reform" nur noch als Drohung verstanden werden kann, debattiert "die Linke" über ihr Verhältnis zur Arbeit, ebenso wie diverse Kommissionen und Vordenker sich den Kopf darüber zerbrechen.
Die programmatisch-theoretischen Positionen in der Linken lassen sich anhand ihrer Position zwischen zwei Pole beschreiben: den einen Pol bildet die Subsistenz mit ihrer Eigenorientierung, ihrer moralischen Ökonomie und ihrem ökologischen Klein-klein[1]. Den anderen bildet die staatliche Steuerung bzw. Regulierung der Ökonomie. Bevor nun die einzelnen Positionen vorgestellt werden, sollen die Übereinstimmungen zwischen ihnen genannt werden.
Einigkeit besteht vielerorts darin, daß die Lohnarbeit als Normalmodell in ihrer bisherigen Form der Vergangenheit angehört. Die Sockelarbeitslosigkeit wird so hoch bleiben wie jetzt, wenn nicht noch höher werden, steht doch die Rationalisierungswelle im sog. Dienstleistungssektor, der bislang immer noch für neue Jobs sorgte, erst in ihren Anfängen. Besserung ist nicht in Sicht, da Investition heute immer Arbeitsplatzabbau und nicht -schaffung bedeutet. Gleichzeitig wird die noch vorhandene Arbeit zunehmend unter entgarantierten Bedingungen, d.h. z.B. ohne unbefristetem Arbeitsvertrag, zu Löhnen unter Tarif, "schwarz", etc. pp. geleistet. Schon jetzt wird an der Hälfte aller Arbeitsplätze nicht Vollzeit gearbeitet. Das bedeutet, daß die Arbeitsverhältnisse sich enorm ausfächern, ein Tatbestand, der Gewerkschaften wie radikalen Linken theoretische und praktische Probleme macht. Diese Ausfächerung wurde durch den Streik für die 35-Stunden Woche 1984, bzw. sein Ergebnis mitverursacht. Das Ergebnis war unter anderem die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und eine Verbetrieblichung der Tarifpolitik: Belegschaften konnten nun ihre Arbeitszeiten etc. vor Ort entscheiden. Damit begann das Rutschen auf der schiefen Bahn von der Branche über den Betrieb hin zum Individuum, die jeweils ihr Verhältnis zum sog. Arbeitgeber regeln. Der/die einzelne ArbeiterIn stand den Arbeitgebern immer machtloser gegenüber.
Zweitens, und hier fangen dann die Unterschiede an, gibt es gleichwohl eine Unmenge an "Arbeit" oder Tätigkeiten, die nicht (mehr) geleistet wird, weil sie zu teuer sei, oder familiäre Netze nicht mehr vorhanden sind und der Staat oder die Gesellschaft dies dann übernehmen soll. Es lassen sich grob sechs linke Positionen zur Lösung der "Krise der Arbeit", zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Bewältigung (vorgeblich) notwendiger Tätigkeiten unterscheiden.

1.

Die dem Pol der Regulierung am nächsten stehende ist die gewerkschaftlich-traditionslinke mit all ihren Varianten. Hier steht Produktivität und Entlohnung im Mittelpunkt,

was aus der Interessenvertretung der weißen männlichen Kernarbeiterklasse herrührt, gestritten wird dann nur noch über die Verteilung. Die simpelste Variante ist "Geld ist genug da" die von einer Wiederherstellbarkeit von Vollbeschäftigung ausgeht, wenn die staatlichen Ausgaben nur anders strukturiert wären ("Kindergärten statt Rüstung"). Fortgeschrittenere Varianten träumen dann von Modellen a la 50 Milliarden für ein ÖZIP (Ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm) auszugeben, mit dem neue Jobs geschaffen werden sollen. Verzicht ist in dieser Sichtweise nur der notwendige Zwischenschritt auf dem Weg zur Vollbeschäftigung.

2.

Von dieser Position ist jene sehr kleine zu unterscheiden, die eine staatsfinanzierte Arbeitsbeschaffungspolitik nicht (mehr) für möglich, d.h. finanzierbar und evtl. auch inhaltlich gar nicht mehr für wünschenswert hält. Erstere sind diejenigen SozialdemokratInnen und Gewerkschaften, die z.B. für einen Niedriglohnsehktor eintreten. Im Gegensatz dazu stehen die Reste der Betriebs- und Gewerkschaftslinken, die sich dem Trend zum gewerkschaftlichen Co-Management verweigern und mittlerweile einen Arbeitsplatz auch nicht mehr als das Non-Plus-Ultra des Daseins ansehen. Sie erweitern folglich ihre Wahrnehmung auf Existenzgeld, Armut, Erwerbslosenorganisierung etc.

3.

Die nächste Variante ist eine softe antineoliberale Rekonstruktion des Staates, bzw. seiner Aufgaben. Die kostenmachenden Sektoren des Staates, wie etwa Bildung, Gesundheit etc. müssten, so meint es etwa der französische Soziologe Pierre Bourdieu, gegenüber den anderen gestärkt und ausgebaut werden[2]. Diese Position eines europäischen Wohlfahrtsstaates wird in Deutschland sowohl bei Gewerkschaften, in der PDS und bei den letzten Ökolinken in den Grünen rezipiert. Sie tritt dann nicht für ein Giga-Programm á la Position 1 ein, sondern nimmt Impulse aus der Alternativbewegung auf: Heraus kommt dann meist ein stattlich geförderter Beschäftigungssektor (u.U. mit geringeren Löhnen).

4.

Wenn mensch nun auf dem gedachten Kraftfeld weiter in Richtung Subsistenz geht, kommt mensch zu den vielfältigen Konzepten der Bürgerarbeit[3]. Dieses hat diskursiv gesehen viele Ähnlichkeiten mit der Nachhaltigkeit, sein wichtigster Propagandist ist Ulrich Beck. Er geht davon aus, daß in Zukunft nur noch die Hälfte aller Beschäftigungsverhältnisse dauerhaft sein wird, der Rest sich unter "brasilianischen Verhältnissen" abspielt. Beck, der auch Mitglied der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen[4] war, plädiert für Bürgerarbeit als Gegenmittel gegen die "brasilianischen Verhältnisse". gemeinnützige Arbeiten und Tätigkeiten sollen durch die Bürgerarbeit erledigt werden, eine Entlohnung erfolgt über (nichtgeldliche) Anerkennung und/oder über einen niedrigen Lohn, der kaum höher als der heutige Sozialhilfesatz liegen dürfte. Beck, und dies ist z.B. eine der Paral-



In einer Zeit,

in der die Standortdebatte wahnhafte Züge annimmt

("Kleinkleckersdorf muß Wurststandort bleiben!)

und die Ankündigung einer "Reform"

nur noch als Drohung verstanden werden kann,

debattiert "die Linke" über ihr Verhältnis zur Arbeit,

ebenso wie diverse Kommissionen

und Vordenker sich den Kopf darüber zerbrechen.

lelen zum Nachhaltigkeitsdiskurs sieht einiges sympathisch realistisch (zumindest im vergeblich zu etlichen Altlinken), so daß mensch ihm spontan zustimmen möchte. Seine Alternativkonzepte laufen aber auf einen weiteren Abbau von Rechten und eine weitere Zuweisung unattraktiver Arbeiten an Frauen hinaus, alles verziert mit schönen Worten. Hauptproblem der schon erwähnten Kommission ist es dann auch, daß in Deutschland niemand bereit sei, personenbezogene Dienstleistungen zu niedrigen Löhnen zu machen, da hier die größten potentiale für Arbeitsbeschaffung seien. Willkommen in der Dienstbotengesellschaft!

5.

Ein Vorschlag der in den letzten Monaten verstärkt in die linke Öffentlichkeit drang, war der eines Existenzgeldes[5]. Es wurde im Rahmen der Konferenz "Schluß mit dem Streß" im Frühjahr des Jahres in Berlin diskutiert. Es sieht vor, daß jeder Mensch unabhängig von seiner Lebenssituation 1500 DM plus Miete erhält. Diese Forderung hat einen starken utopischen Moment (nichts arbeiten - trotzdem Geld) der sie attraktiv macht, aber stark aus der persönlichen Lebenssituation der sie propagierenden Post-, Ex- und Altautonomen resultiert. Eine Erweiterung der Debatte hin zu Sozialhilfeinitiativen, die ein Grundeinkommen schon seit Jahren debattieren, oder auch Gewerkschaftlinken fand in diesem politischen Prozeß (bisher) nicht statt. Es lohnt sich, die Debatte zu verfolgen, auch wenn einige der Texte so geschrieben sind, als seien die Autoren froh endlich mal ihre politikwissenschaftliche Hausarbeit über den Sozialstaat im na klar, Postfordismus auch noch mal anderswo veröffentlichen zu können.

6.

Die dogmatische Subsistenzposition Bielefelder Lesart mischt sich in die Programmdebatte der Linken nicht ein, da sie diese für herrschaftsförmige (Männer-) Politik hält. Sie wird deshalb hier nicht berücksichtigt. Die Subsistenzorientierung läuft immer Gefahr, mit ihrer Selbstgenügsamkeit den Abbau des Sozialstaates schönzureden. Eine aufgeschlossenere Debatte gibt es im Umkreis der Kölner Soziologin Carola Möller, die ein "teilselbstversorgendes Wirtschaften" propagiert, das Punkte aus der Subsistenzdiskussion aufnimmt, sich aber der sehr wohl sehr geschlechtsspezifischen Gefahren der Bürgerarbeit bewusst ist[6]. Hier wird dem Fetisch der Arbeit nicht erlegen, Alternativen zur entfremdenden Lohn-Arbeit werden propagiert und die Gesamtsituation im Auge behalten. Diese Position ist auch die einzige, die mit einem explizit patriarchatskritischen Blick an die Dinge heran geht.

Und selbst?

In der Linken schlägt der Neoliberalismus voll durch. Zwar (noch) nicht ganz in dem Sinne, wie es einmal mit der Wiederkehr der Proletarität prophezeit wurde[7]. Daß die Linke verarmt, ist nicht der Fall, auch wenn viele mit ihrer Existenzsicherung ausgelastet sind. Linke müssen arbeiten, und dies ist im Vergleich zu vor 15 jahren anders: viele wollen es. Dies merkt mensch dann, wenn sie einem mit angestrengtem Gesichtsausdruck erzählen, daß sie eigentlich mit ihrer Arbeitslosigkeit ganz gut leben können.

Gleichzeitig ist die Linke Bestandteil, wenn nicht kleiner Motor des gegenwärtigen Transformationsprozeßes. Fallen einem nicht permanent Beispiele aus dem eigenen Umfeld ein, wenn neue Arbeitsverhältnisse beschrieben werden: ungesichert, mit neuen Technologien arbeitend etc. Wollen wir nicht ohne Zeitsouveränität, flache Hierarchien etc, also all das mit dem heute moderne Ausbeutungsverhältnisse beschrieben werden? Auch unter Linken geht es individuell sehr stark darum die drei C zu haben: competence, concepts, connections. Egal ob es nun um das individuelle Fortkommen in Sachen Unikarriere oder Internet-Job, oder die Existenz des Betriebes oder Projektes geht, wer die drei C hat, kommt weiter, wer nicht, soll halt sehen, wo er oder sie bleibt. Konkurrenz gibt es immer, und mit ihr muß umgegangen werden. Der moderne Arbeiter, eine "Mischung aus Tagelöhner und Unternehmer", trifft das nicht für die Linke zu? Gleichzeitig sind kollektive Strukturen, egal ob innerhalb einer Stadt (alle Jugendprojekte ziehen an einem Strang) oder eines Projektes immer schwieriger aufrechtzuerhalten. Die Individualisierung macht sich bemerkbar, und da werden Leute auch schon mal etwas rausgemobbt.

Zwickmühlen und Sackgassen

Wenn mensch nicht die Hoffnung auf die Arbeiteraufstände setzen will, die die Sozialrevolutionäre immer kommen sehen und sein Glück nicht in einer eher spartanischen Land-WG suchen will, und auch nicht, a la Krisis bzw. Robert Kurz, auf die Selbstabschaffung des Kapitalismus durch die mikroelektronische Revolution oder den weltweiten Börsencrash setzt, bleibt nur übrig einige Punkte zu prüfen und zu versuchen, sich aus der schlechten Logik von Arbeit, Lohn und Geld zu befreien. Konstitutiv für eine radikale Linke dürfte der historische Bruch mit dem kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitsethos sein, wie er sich in Kämpfen der endenden 60er und beginnenden 70er Jahre zeigte. "Arbeit für alle"

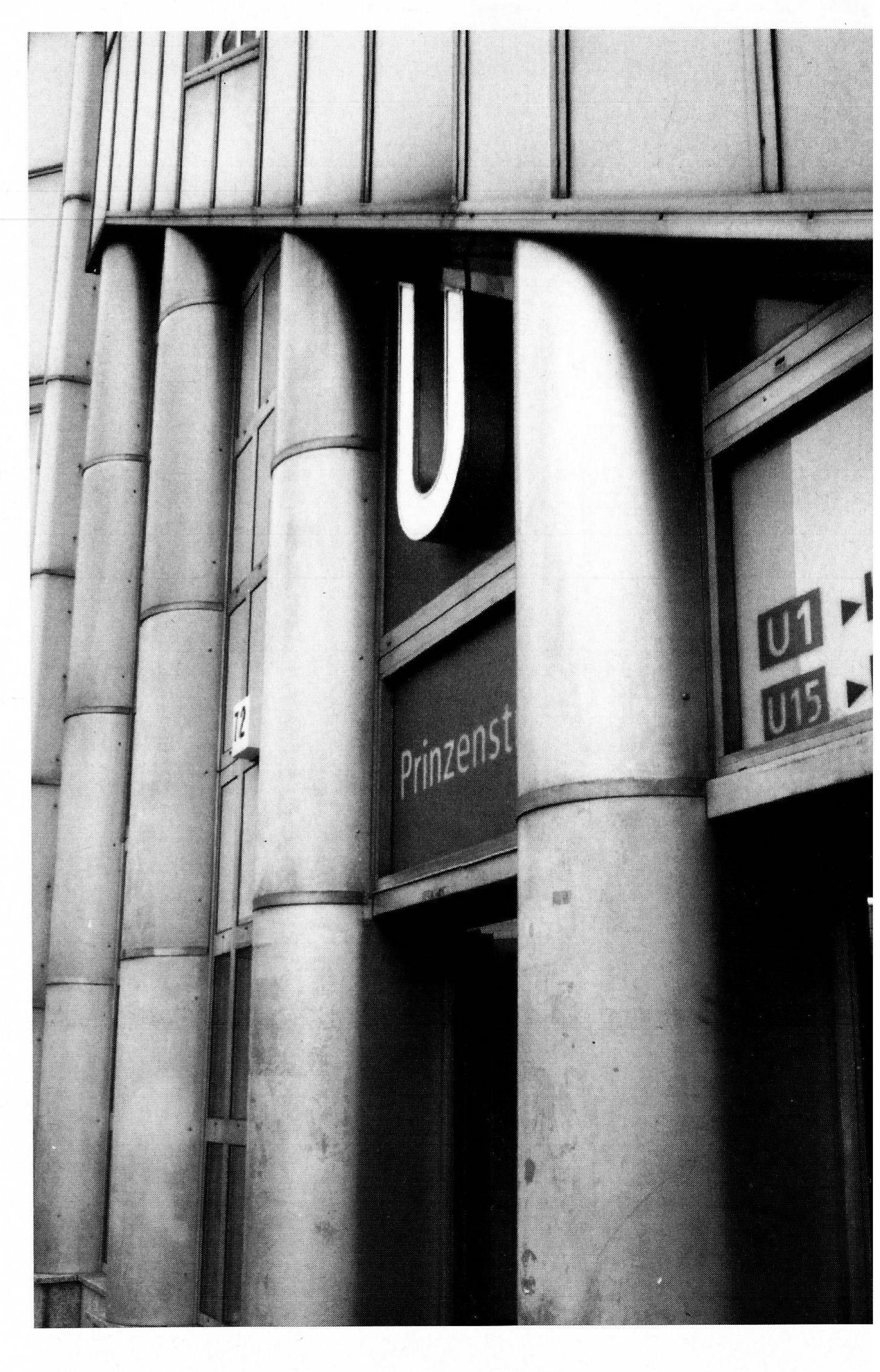
ist keine Utopie, sondern eine Drohung.
So fallen die erste Position und große Teile der zweiten, dritten und vierten für eine weiterführende Debatte weitgehend weg. Impulse gibt es aus ihnen nur, wenn sie wie z.B. Position drei darauf hinweist, daß der Staat nicht einfach aus seiner Verantwortung entlassen wird. Perfide ist hier aber, daß ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor eine offene Flanke zur Bürgerarbeit hat und Kritik an Arbeit in eine softere Variante von Arbeit(szwang) ummünzt. Oder wenn Position zwei zu einer gründlichen Revision gewerkschaftlicher Dogmen führt und damit Möglichkeiten für neue Bündnisse mit der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung ermöglichen könnte. Bürgerarbeit andererseits ist z.B. nur noch insofern interessant, als es zu beobachten und natürlich zu bekämpfen gilt, wie ihre Argumente für eine Transformation des Staates und der Gesellschaft benutzt werden.

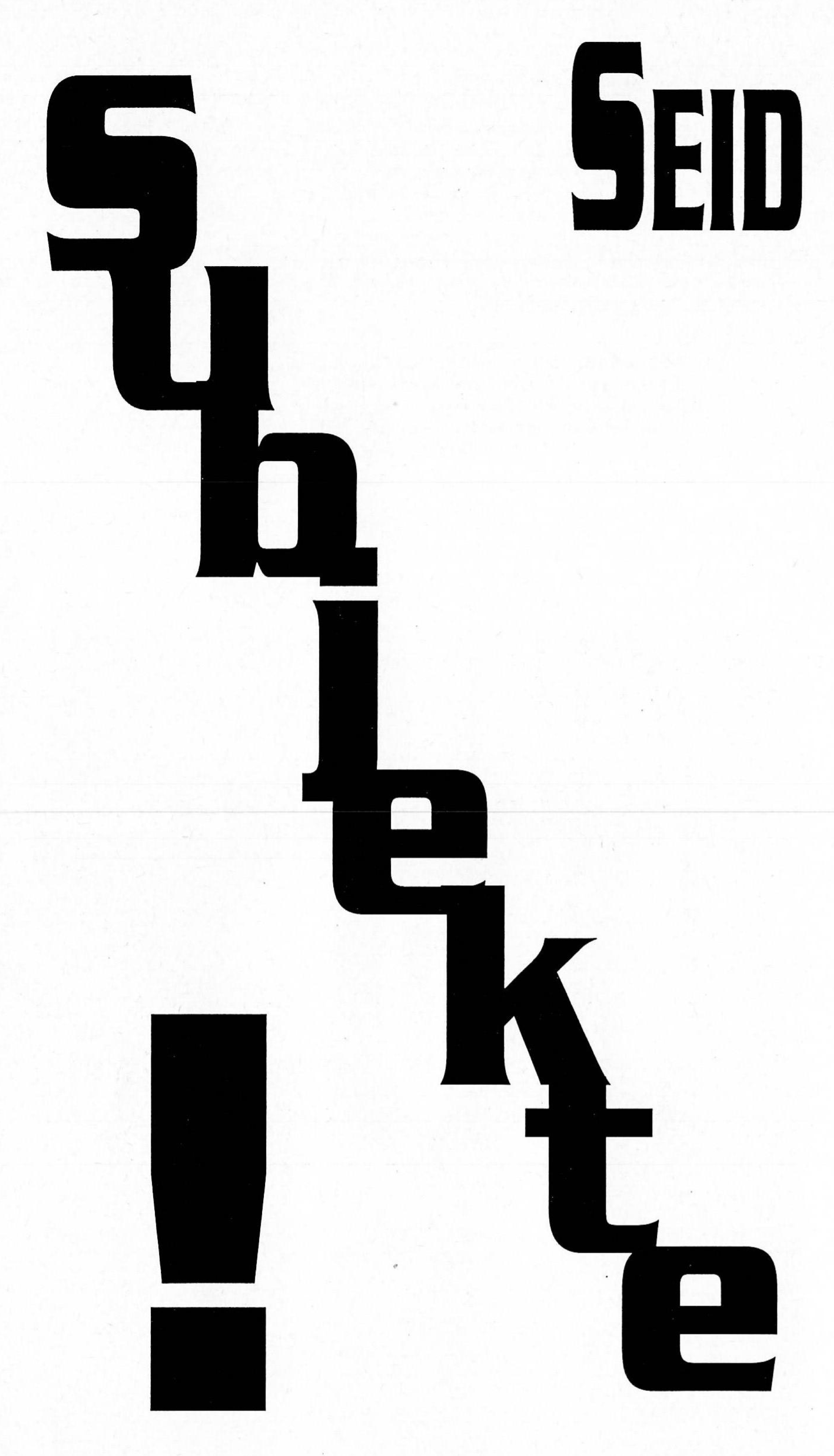
Alternativen

Alternativen aufzuzeigen fällt schwer. Relevant ist im Grunde nur noch die Forderung eines Existenzgeldes, wenn es gelänge, aus dieser Forderung eine Bewegung zu machen. Dies ist aber momentan nicht der Fall. Interessant ist auch das teilselbstversorgende Wirtschaften.
Es entsteht fast der Eindruck, mensch kann programmatisch die gedachte Polarität zwischen staatlich-gewaltförmiger Regulierung und moralistischer Subsistenz nicht auflösen, bewegt sich immer auf dieser Linie. Dies korrespondiert mit der individuellen Problematik. Hier muß mensch sich zunehmend zwischen Beruf oder Freiheit entscheiden, oder immens zeit- und Selbstmanagementkompetenz aufweisen, wenn mensch die Entscheidung vermeiden will (übrigens ähnlich bei der zwischen Beruf oder Kind).
Angesagt ist ein Dialog zwischen den kritischen Positionen (3, 5 und 6), den es so bislang kaum gibt. Ein Dialog, der darauf hinausläuft, individuelle Freiräume zu erweitern, geschlechtsspezifische Arbeitszuweisungen abzubauen und sich programmatisch nicht der Illusion hin gibt, mit einigen Alternativexperimenten sei eine gesamtgeschaftliche Alternative aufzubauen. Das bedeutet, daß auch in Zukunft eine Einrichtung, die jetzt "Staat" heißt, existieren wird. Die Einführung eines Existenzgeldes z.B. würde weder den Staat noch einen der anderen grundlegenden Widersprüches dieser Ordnung abschaffen, aber den Zang zur Lohnarbeit vermindern. Politisch muß mensch sich gegen den zunehmenden Zwang zum Dienen, zu Treue und innerer Identifikation mit der Arbeit und dem sog. Arbeitgeber[8] entgegengetreten werden. Politisch und auch individuell ist eine weitere Kritik an Arbeit als individuellem Leitbild notwendig. Denn nur bei aller Kritik an Lohnarbeit als dem Vergesellschaftungsmodus Nummer 1 und als unserem persönlichem Leitbild sind wir gewappnet für die Zumutungen die das Arbeits-Lager, das mittlerweile bis weit in die völlig neoliberal gewordenen Grünen hineinreicht, in Zukunft noch für uns bereithalten wird.

Anmerkungen:
1) Gerade erschienen V. Bennholdt-Thomsen u.a. (Hrsg.): Das Subsistenzhandbuch. Widerstandskulturen in Asien, Europa und Lateinamerika, Wien 1999
2) Pierre Bourdieu: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998
3) Ulrich Beck: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft, Frankfurt 1999
4) Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hg.): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosgkeit in Deutschland, München Olzog Verlag 1998 (Kurzfassung des Abschlußberichtes)
5) Laufende Debatte in den Zeitschriften arranca (Nr. 14ff), analyse und kritik, oder unter www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/konferen
6) Siehe z.B. die Beiträge in Das Argument 226, Anders wirtschaften, anders arbeiten (1998) oder auch in Carola Möller u.a.: Wirtschaften für das gemeine Eigne. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Berlin 1997
7) Karl Heinz Roth: Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation der Debatte, Köln 1994
8) Marazzi nennt das in seinem empfehlenswerten Buch "Der Stammplatz der Socken. Die linguistische Wende der Ökonomie und ihre Auswirkungen in der Politik", Zürich 1998 (S. 34f) die "Tendenz zum Servilismus"

Wem das alles viel zu viel Literatur ist, sei auf die sehr gute Ausgabe "Wohlfahrt" (4/98) der Zeitung Marburg Virus hingewiesen. Sie ist für 6 DM bei GBAL, c/o ASTA, Erlenring 5, 35037 Marburg zu beziehen.





Der Aufstieg der immateriellen Arbeit im Postfordismus

by Maurizio Lazzarato

(...) In einer ersten Annäherung wäre es - sofern man eine Bestimmung der technischen wie der subjektiv-politischen Zusammensetzung der Arbeiterklasse im Blick hat - der Begriff immaterielle Arbeit, der die neue, die informationelle und kulturelle Dimension der Ware hervorbringende Qualität von Arbeit artikuliert.
Der Begriff verweist auf zwei unterschiedliche Aspekte und Ebenen: Insofern er sich auf die "informationelle Seite" der Ware bezieht, spielt er direkt auf die Veränderungen an, denen Arbeit in den großen Unternehmen sowohl im "Produktions"- als auch im "Dienstleistungs"- Sektor unterworfen ist, wo die unmittelbaren Produktionsaufgaben immer mehr an Fähigkeiten verlangen, mit Informationen umzugehen und eine horizontale und vertikale Kommunikation einzubeziehen. Was andererseits die "kulturelle Seite" der Ware angeht, so spielt unser Begriff auf eine Reihe von Tätigkeiten an, die in der Regel nicht als Arbeit wiedererkannt werden, also mit anderen Worten Tätigkeiten, die im Bereich kultureller und künstlerischer Normen operieren, die auf Moden, Geschmack und Konsumgewohnheiten Einfluß nehmen oder die, strategisch gesprochen, die öffentliche Meinung bearbeiten. Solche Tätigkeiten galten einmal als Privileg der Bourgeoisie, doch wurden sie durch soziale Kämpfe verallgemeinert und gehören heute einem Bereich an, der in der operaistischen Tradition Massenintellektualität genannt wurde. Die grundlegenden Veränderungen innerhalb dieser strategischen Sektoren führten nicht nur zum radikalen Wandel der Zusammensetzung der Arbeitskraft der Regulation und der Produktionsnormen, sondern sie wälzten vor allem die Rolle der Intellektuellen und ihre Funktion innerhalb der Gesellschaft um. (...)

Neuzusammensetzung der Arbeit

Zwanzig Jahre Strukturveränderung in der großen Industrie haben zu einem merkwürdigen Paradox geführt. Das Ergebnis sind unterschiedliche Ausformungen eines postfordistischen Modells, das sich auf die Niederlage der fordistischen Arbeiterkämpfe einerseits, die Anerkennung einer Zentralität lebendiger und zunehmend intellektualisierter Arbeit innerhalb der Produktion andererseits gründet. In der restrukturierten großen Industrie impliziert Arbeit in ausgedehntem Maß und auf unterschiedlichen Ebenen die Fähigkeit, aus mehreren Alternativen auszuwählen, so daß den Arbeitenden eine Verantwortung für getroffene Entscheidungen zufällt. Mit dem Begriff Interface oder Schnittstelle, wie er soziologisch bezogen auf Kommunikationsprozesse verwendet wird, läßt sich diesen neuen Aufgaben der Arbeiterinnen und Arbeiter entsprechend Rechnung tragen - sie befinden sich an der Schnittstelle verschiedener Funktionen, verschiedener Teams, verschiedener Hierarchieebenen etc. "Die Seele der Beschäftigten muß ein Teil des Unternehmens werden", hieße das in der Sprache der heutigen Managementberater. Das bedeutet soviel wie die Persönlichkeit und Subjektivität zur Disposition zu stellen und zum Gegenstand des Kommandos zu machen. Qualität wie Quantität der Arbeit werden rund um ihre Immaterialität organisiert. Diese Veränderungen, durch die proletarische Arbeit verwandelt wird, indem ihr Kontrollaufgaben, Tätigkeiten der Informationsverarbeitung oder die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen, zufallen, erfordern die Subjektivität als Einsatz. Sie berühren die Arbeiterinnen und Arbeiter entsprechend ihrer Stellung in der Fabrikhierarchie unterschiedlich, doch erscheint der Prozeß der Transformation nunmehr unumkehrbar. Arbeit kann somit bestimmt werden als die Fähigkeit, eine produktive Kooperation in Gang zu setzen oder auch anzuleiten. Von den Arbeitenden wird erwartet, "aktive Subjekte" bei der Koordination zu ertragen. Ein kollektiver Lernprozeß rückt ins Herz der Produktivität, da es nicht länger darum geht,

bereits kodifizierte Kompetenzen in unterschiedlicher Weise zusammenzusetzen oder zu organisieren, sondern es nach neuen zu suchen gilt.
Die Frage der Subjektivität aufzuwerfen, über Formen der Kollektivität, die Möglichkeiten ihrer Konstitution und ihrer Entwicklung nachzudenken, bedeutet nun allerdings unmittelbar, in der Art und Weise, wie die Arbeit organisiert ist, nach den gesellschaftlichen Klassenverhältnissen zu fragen. Was ich hier beschreibe, ist darum wohlgemerkt alles andere als ein utopischer Entwurf einer politischen Neuzusammensetzung, sondern bezieht sich auch auf das sehr reale Terrain und die Bedingungen heutiger Klassenauseinandersetzungen.
Für das kapitalistische Kommando über Subjektivität ist es notwendig, sich ohne jede Vermittlung zu etablieren; statt Aufgaben und Abläufen werden die Subjektivitäten selbst bestimmt und vorgezeichnet. "Seid Subjekte", lautet daher die Direktive und wird zum Slogan der westlichen Gesellschaften. Partizipatives Management heißt die entsprechende Machttechnik, dazu gedacht, "Subjektwerdungen" zu konstituieren und zu kontrollieren. Wenn es nicht mehr länger möglich ist, der Subjektivität bloß ausführende Tätigkeiten zuzuweisen, bedarf es Vorkehrungen, ihre Fähigkeiten zur Planung und Leitung, zur Kommunikativität und Kreativität den Bedingungen der "Produktion um der Produktion willen" anzupassen. "Seid Subjekte" ist also ein Ordnungsruf, weit entfernt, Antagonismus zwischen Hierarchie und Kooperation, zwischen Autonomie und Kommando auszulöschen. Staat dessen wird dieser Antagonismus auf höherer Ebenen reproduziert, indem er die Persönlichkeit der individuellen Arbeiterin und des individuellen Arbeiters mobilisiert und sich ihr zugleich entgegenstemmt. In erster Linie begegnen wir hier einem autoritären Diskurs: Man muß sich ausdrücken und sich äußern, man muß kommunizieren und kooperieren. Der "Ton" ist derselbe geblieben, wie er unter dem tayloristischen Kommando vorherrschte, es hat sich lediglich der "Inhalt" verändert. Wenn zum zweiten die rigide Trennung und Definition der Aufgaben und Kompetenzen in der Art der historischen "wissenschaftlichen Arbeitsorganisation" nicht länger möglich ist, sondern Produktion heute im Gegenteil Kooperation und kollektive Koordination verlangt, müssen die Subjekte kommunizieren, aktiv Teil einer Arbeitsgruppe werden. Die Kommunikationsbeziehungen selbst sind sowohl horizontal als auch vertikal vollständig der "Zirkulation der Information" untergeordnet und von ihr determiniert, etwas anderes wird nicht erwartet. Das Subjekt ist ein bloßes Relais der Kodifikation und Dekodifikation, dessen Botschaften "klar und eindeutig" zu sein haben, während der Kontext der Kommunikation durch das Unternehmen normiert wird. Kommunikative Normierung ist hier die Form, die die Notwendigkeit, das Kommando aufrechtzuerhalten, und die Gewalt, die damit einhergeht, annehmen.
"Seid Subjekte der Kommunikation", lautet also die Parole des Managements - und damit verbunden ist die Drohung, sogar totalitärer zu werden als durch die rigide Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit, von Entwurf und Ausführung, denn der Kapitalist zielt darauf, die Subjektivität und Persönlichkeit der Produzenten bei der Produktion des Werts zu vernutzen. Das Kommando soll im Subjekt und in der Kommunikation verankert werden. Die Arbeitenden stehen unter Selbstkontrolle und Selbstverantwortung inmitten ihres Teams, ohne daß ein Vorarbeiter intervenieren müßte, wobei dieser wiederum in die neue Rolle des Animateurs schlüpft. Tatsächlich bereitet eine Zwickmühle den kapitalistischen Unternehmern Kopfzerbrechen: Einerseits müssen sie notwendigerweise die Autonomie und Freiheit der lebendigen Arbeit als einzige Möglichkeit anerkennen, um zu einer produktiven Kooperation zu kommen, und andererseits stehen sie vor der Notwendigkeit, die Macht, die der neuen Qualität der Arbeit und ihrer Organisation innewohnt, nicht aus den Händen zu geben - für das Kapital eine Frage von Leben und Tod.
Managementwissen heute denkt daher über die Subjektivität der Produzentinnen und Produzenten nach, doch niemals anders als zum Zweck, sie mit den Produktionszielen in Übereinstimmung zu bringen. Dabei gelingt es in der Phase der Transformation noch zu verbergen, daß die individuellen und kollektiven Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter mit denen der Firma nicht identisch sind. (...)

Immaterielle Arbeit im klassischen Sinn

Alle Merkmale der sogenannten postindustriellen Ökonomie, sowohl war ihre Produktionsweise als auch was die



vielmehr ist diese Arbeitskraft Resultat einer "lautlosen Revolution", die ganz unterschiedliche Ebenen betrifft, etwa das "anthropologische" Verständnis von Arbeit selbst, die Reartikulation ihrer Bedeutungen wie des mit dem Begriff Bezeichneten. Lohnarbeit und die direkte Unterwerfung unter einen gegebenen Produktionsablauf sind nicht länger die Hauptgestalt, die das Vertragsverhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter annimmt.

gesellschaftlichen Verhältnisse als Ganzes betrifft, finden sich verdichtet in den gleichsam klassischen Formen "immaterieller "Produktion: also etwa in den Bereichen der audiovisuellen Industrien, der Werbung und des Marketing, der Mode, der Computersoftware, der Fotografie, künstlerisch-kultureller Betätigung im allgemeinen etc. Tätigkeiten dieser Art zwangen dazu, die klassischen Definitionen, was "Arbeit" und "Arbeitskraft" bestimmt, zumindest in Frage zu stellen, denn sie sind das Ergebnis eines synthetisierenden Know-how: Dieses kombiniert intellektuelle Fähigkeiten, die sich als kultureller und informationeller Gehalt niederschlagen, mit handwerklichem Geschick, das Kreativität, Imagination, technische Kenntnisse und manuelle Fähigkeiten zusammenfügt; schließlich schließt es die Fähigkeit ein, unternehmerische Entscheidungen zu treffen, innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse zu intervenieren und eine soziale Kooperation zu organisieren, deren Teil jene Tätigkeiten selbst sind.
Diese immaterielle Arbeit konstituiert sich unmittelbar kollektiv, ja man könnte sogar davon sprechen, daß sie nicht anders als in der Form von Netzwerken oder Strömen existiert. Die Struktur des Produktionszyklus, den die immaterielle Arbeit definiert, wird allerdings erst erkennbar, sobald man ein paar Vorurteile losgeworden ist, die Produktion und Fabrik in eins setzen; es handelt sich tatsächlich um einen Produktionszyklus, auch wenn er durchaus nicht von Fabrikmauern begrenzt ist. Er hat seinen Ort unmittelbar in der Gesellschaft, und er hat eine territoriale Dimension: Wir nennen diese Form das "Bassin der immateriellen Arbeit". Hier finden sich kleine und kleinste produktive Einheiten, häufig nur eine Person, die sich zu Ad-hoc-Projekten organisieren und gegebenenfalls nur für die Dauer eines bestimmten Vorhabens existieren. Der Produktionszyklus selbst ist dabei abhängig von der kapitalistischen Initiative; sobald der "Job" erledigt ist, löst sich der Zusammenhang auf in jene Netzwerke und Ströme, die den produktiven Vermögen die Reproduktion und soziale Ausdehnung ermöglichen. Prekäre Beschäftigung, Hyperausbeutung, hohe Mobilität und hierarchische Abhängigkeiten kennzeichnen diese metropolitane immaterielle Arbeit. Unter dem Etikett "nicht abhängiger" oder gar "selbstbestimmter" Arbeit verbirgt sich tatsächlich ein intellektuelles Proletariat, das aber als solches höchstens von den Kapitalisten (an-)erkannt wird, die es ausbeuten. Bemerkenswert ist noch, daß es unter den skizzierten Bedingungen zunehmend schwierig wird, freie Zeit von Arbeitszeit zu unterscheiden - in gewissem Sinn fällt das Leben mit der Arbeit in eins.
Dieser Form Arbeit sind zugleich unternehmerische Kompetenzen zugefallen: zum einen eine Art Fähigkeit, in soziale Beziehungen organisierend einzugreifen, zum anderen Möglichkeiten, innerhalb des Bassins der immateriellen Arbeit gesellschaftliche Kooperationen zu initieren und auszuweiten. Die Qualität dieses Typs von Arbeitskraft liegt folglich nicht allein in ihren professionellen Fähigkeiten - die, wie bereits erwähnt, erlauben, die kulturelle und informationelle Dimension der Ware auszuarbeiten - begründet, sondern zugleich in der Kompetenz, im "Management" der eigenen Betätigung und in der Koordination der immateriellen Arbeit anderer zu agieren - mithin den Zyklus zu produzieren und zu dirigieren.
In der immateriellen Arbeit zeigt sich "lebendige Arbeit" erkennbar verändert. Wir haben hier den weitesten Abstand zum tayloristischen Modell erreicht. Immaterielle Arbeit findet sich am Kreuzungspunkt und Interface eines neuen Verhältnisses zwischen Produktion und Konsumtion. Den Prozeß der produktiven Kooperation in Gang zu setzen ebenso wie den gesellschaftlichen Zusammenhang zu den Konsumentinnen und Konsumenten herzustellen, bedarf es der materiellen Verbindung im und durch den Kommunikationsprozeß. Immaterieller Arbeit selbst fällt die Aufgabe zu, Formen und Modalitäten der Kommunikation ständig zu innovieren, also auch Arbeit und Konsum zu verändern. Die Bedürfnisse, die Imaginationen und der Geschmack des Publikums sind Gegenstände, die sie formt und materialisiert, und die entstehenden Produkte wiederum werden selbst zu mächtigen Begründungen von Bedürfnissen, Imagination und Geschmack. (...)

Autonomie und produktive Synergien

Der Produktionszyklus der immateriellen Arbeit, so meine Arbeitshypothese, nimmt seinen Ausgang von einer gesellschaftlich gewordenen Arbeitskraft, die selbstbestimmt und in der Lage ist, gleichermaßen ihre eigene Verausgabung wie ihr Verhältnis zu anderen Unternehmungen zu organisieren. Die große Industrie bringt diese neue Arbeitskraft weder hervor noch gibt sie ihr eine Form, sie rekuperiert (gewinnt zurück) sie vielmehr und paßt sie ihren Bedürfnissen an. Die (industrielle) Kontrolle dieser neuen Arbeitskraft setzt deren unabhängige Organisation und eine selbständige "unternehmerische Entscheidungsfreiheit" über deren Einsatz voraus. Wir befinden uns hier mitten in der Debatte über den Charakter von Arbeit unter den Bedingungen des Postfordismus. (...)
Wir gehen davon aus, daß die Analyse der immateriellen Arbeit und die Beschreibung ihrer organisatorischen Formen uns dazu führen kann, die Möglichkeit und den Ort einer radikalen Autonomie der immateriellen Arbeit in ihren produktiven Synergien zu entdecken. Diesen Aspekt innerhalb der gesellschaftlichen Produktion zu akzentuieren bedeutet, in der kontinuierlichen Abfolge der Modelle sozialer Reproduktion die Unterbrechung aufzuspüren, den Bruch zu finden. Im Gegensatz zu dem, was zahlreiche Theoretiker des Postfordismus vertreten, gehen wir nämlich nicht davon aus, daß diese neue Figur der Arbeitskraft einzig für eine neue Phase des Kapitalismus und die zugehörigen Akkumulations- und Reproduktionsprozesse funktional wäre; vielmehr ist diese Arbeitskraft Resultat einer "lautlosen Revolution", die ganz unterschiedliche Ebenen betrifft, etwa das "anthropologische" Verständnis von Arbeit selbst, die Reartikulation ihrer Bedeutungen wie des mit dem Begriff Bezeichneten. Lohnarbeit und die direkte Unterwerfung unter einen gegebenen Produktionsablauf sind nicht länger die Hauptgestalt, die das Vertragsverhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter annimmt. (...)

Mit freundlicher Genehmigung gekürzt und nachgedruckt aus: "Umherschweifende Produzenten", Immaterielle Arbeit und Subversion, Toni Negri, Maurizio Lazzarato, Paolo Virno, hrsg. von Thomas Atzert, ID-Verlag, 1998 Berlin.



Was ist postmoderner Sozialismus?

Umrisse eines neuen ökonomischen Projekts

by Roger Burbach/Orlando Núnez/Boris Kagarlitsky

An der Schwelle des neuen Jahrtausends erleben wir, wie die Bastionen der Moderne und der westlichen Zivilisation zerfallen. Was kommt, ist eine lange Zeit des Übergangs. Neue Gesellschaftsformen und neue Wertesysteme werden sich langsam aus dem Chaos der alten Weltordnung lösen. Kapitalismus und liberale Demokratie, der ökonomische und der liberale Eckpfeiler der Moderne, haben global triumphiert - und sind unfähig, die Probleme zu lösen. Gleichzeitig hat der "real existierende" Sozialismus jede Bedeutung als Alternative verloren. Es geht um ein neues historisches Projekt, das sich aus den Paradoxien und Widersprüchen des Kapitalismus, der Demokratie und des Sozialismus erhebt.

Angesichts der im Kapitalismus der letzten Jahre herrschenden Trends - Aushöhlung des Staates, Verschwinden des traditionellen Klassenkampfs und der traditionellen Klassenorganisation durch die flexible Produktion, Bedeutungsverlust des klassischen Proletariats gegenüber der wachsenden Zahl der Marginalisierten - dürfte es unvermeidlich sein, daß sich in den meisten Gesellschaften der Graben zwischen "reicher" Ökonomie und "marginalisierter" Ökonomie noch vertieft. Aber diese extreme Polarisierung fängt langsam an, zur Wiege einer Alternative zu werden. Das, was wir als "postmoderne Ökonomie" bezeichnen, die vielfältigen ökonomischen Aktivitäten der beschäftigungslosen Menschen und der aufgegebenen Sektoren, wird an Bedeutung gewinnen.

Wenn man sich genauer ansieht, was jenes Drittel der Weltbevölkerung eigentlich macht, das vom globalen ökonomischen System zunehmend ausgegrenzt wird, dann sieht man eine unglaubliche Geschäftigkeit, eine Fülle von Aktivitäten. Straßenverkäufer, Mini-Unternehmen, Zulieferer, Müllsammler und Wiederverwerter, Händler mit weichen Drogen, all diejenigen, die in der sogenannten informellen Ökonomie tätig sind - sie und viele andere ökonomische Unternehmungen bilden das Herz einer neuen Ökonomie, die sich in den verschiedensten Gesellschaften rund um den Globus herausbildet.


Nach der herrschenden Lehrmeinung handelt es sich dabei schlicht um marginale ökonomische Aktivitäten am Fuße der kapitalistischen Pyramide, bestenfalls um einen Bodensatz, aus dem sich hin und wieder neue Unternehmen erheben und eine Nische erobern, die weiter oben in der wirtschaftlichen Ordnung angesiedelt ist. Unsere Auffassung ist das nicht. Unsere These ist, daß diese Aktivitäten kein Teil des heute herrschenden ökonomischen Systems sind - sie sind Teil einer neuen, sich erst herausbildenden Produktionsweise. Der heutige Kapitalismus ist nicht in der Lage, sie in substantieller Weise zu absorbieren. Stattdessen steigt ihre Zahl, je mehr die Globalisierung, angetrieben durch immer fortgeschrittenere Technologien, mit immer weniger Arbeitern auskommt, um Güter und Dienstleistungen zu produzieren. Die herrschende Ökonomie kann sicherlich ohne diejenigen funktionieren, die sie ausschließt; sie bezeichnet sie ja auch als überflüssig und nutzlos. Aber dieser Vorgang hat auch den umgekehrten Effekt. Er verwandelt die Ausgeschlossenen in Widersacher, für die das herrschende System keinen Nutzen hat. Es gibt ihnen nichts und macht aus ihnen potentielle Gegner.

Ob in den verarmten Städte und Metropolen verschiedener afrikanischer Länder oder in den Innenstädten der USA: eine Woge von Kleinhandel und Kleinproduktion geht durch den Spätkapitalismus. Alle diese simplen ökonomischen Unternehmungen werden nach und nach mit anderen Projekten zusammenwachsen, mit Kooperativen, genossenschaftlichen Firmen oder städtischen Betrieben. Sie werden eine große Klasse "assoziierter Produzenten" bilden. An einem bestimmten Punkt werden sie beginnen, das herrschende System zu überwältigen - durch ihre schiere Zahl, durch das Ausmaß ihrer ökonomischen Aktivitäten, und durch ihre Fähigkeit, den herrschenden staat-

lichen Institutionen entgegenzutreten.
Wenn das passiert, wird es der klassische Fall einer Produktionsweise sein, die eine andere ablöst. Es wird nicht das Proletariat sein, sondern eine weit größere Gruppe ökonomischer Akteure, involviert in einer Vielzahl von "bodennahen" Tätigkeiten und Projekten, die langsam eine neue Alternative formen und zum Träger der neuen sozialen Revolution werden.

Ein neues ökonomisches Projekt

Wenn wir versuchen, uns die neuen Gesellschaften vorzustellen, müssen wir uns klarmachen, warum der Sozialismus des 20. Jahrhunderts scheiterte. Sein prinzipieller Fehler war, daß seine politischen und ökonomischen Institutionen hierarchisch und oft sogar autoritär waren. Das Individuum war dem "kollektiven Willen" untergeordnet, den Partei- und Staatsführer festlegten. Der demokratische Kapitalismus triumphierte über den Sozialismus, weil er sich als weit geeigneter erwies, das Individuum in den Mittelpunkt zu stellen und ihm bestimmte Rechte und Freiheiten einzuräumen, die mit der kapitalistischen Wirtschaft und ihrem Wachstum kompatibel waren. Jede neue historische Alternative zum Kapitalismus muß das zum Ausgangspunkt nehmen. Sie muß Initiative, Kreativität und Selbstvertrauen der Individuen ins Zentrum stellen.
Im Gegensatz zu den sozialistischen Ökonomien basiert die postmoderne Ökonomie gerade darauf, daß sie keine Schöpfung des Staates ist. Sie gründet sich auf die Initiative von Einzelnen oder von Gruppen. Es ist der Zwang zu überleben, der Menschen dazu bringt, ökonomische aktiv zu werden, mit irgendetwas zu handeln oder, auf einem anderen Level, kriselnde Unternehmen aufzukaufen, die sonst bankrott gehen und ihre Belegschaften entlassen. Wenn sie ihr eigenes ökonomischen Schicksal kontrollieren, suchen diese Kleinproduzenten und organisierten Arbeiterschaften, in genossenschaftlichen Firmen oder Kooperativen, nach den effektivsten Wegen ihre Kosten niedrig zu halten und ihren Lebensunterhalt so gut wie möglich aus dem zu bestreiten, was sie da in Händen halten.
In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbreiteten sich Kooperativen sehr rasch in Westeuropa, Kanada und den USA, und es gab von den ArbeiterInnen selbstverwaltete Unternehmen in den unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen, im Finanzwesen ebenso wie in Produktion und Handel. Bis heute sind genossenschaftliche Unternehmen ein wenig beachteter, aber funktionierender Wirtschaftssektor in den entwickeltsten Industrienationen. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wurde jedoch, wie Assef Bayet in Work Politics and Power, beschreibt, die Dritte Welt zum Schauplatz intensiver Arbeiterkämpfe mit dem Ziel, ihre Unternehmen zu übernehmen und selbst zu führen. In so unterschiedlichen Ländern wie Algerien, Ägypten, Peru oder Chile kontrollierten ArbeiterInnen eine beachtliche Zahl der einheimischen Produktionsbetriebe.
In Nicaragua haben die Anstrengungen von ArbeiterInnen und Bauern, Produktionsstätten und Land zu übernehmen, nach der Wahlniederlage der Sandinisten 1990 stark zugenommen. Einige dieser Unternehmen gehörten vorher dem Staat, andere waren von ihren früheren Besitzern aufgegeben worden. Heute gibt es mehr als 350 landwirtschaftliche Unternehmen in Nicaragua, die von ihren Belegschaften kontrolliert werden. Dasselbe ist in El Salvador passiert, seit der Bürgerkrieg zuende ist. Kooperativen und Bauern tun sich sogar mit kleinen internationalen Finanz- und Handelsunternehmen zusammen, um den Würgegriff abzuschütteln, mit dem die Salvadorianische Finanzoligarchie Wirtschaft und Außenhandel umklammert hält.
In vielen Fällen ist es der Bankrott herkömmlicher Unter-









nehmen, die nicht länger auf lokalen oder globalen Märkten konkurrenzfähig sind, der die Übernahme durch die Belegschaften ermöglicht. Ein Beispiel ist die US-amerikanische Stahlindustrie, wo ArbeiterInnen Unternehmen wie Republic Engineered Steels aufgekauft und wieder zum Erfolg gebracht haben. United Airlines ist eines der jüngsten Beispiele für die Übernahme eines großen, in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Unternehmens durch Beschäftigte und Gewerkschaften.
Gar Alperovitz vom National Center for Economic Alternatives in Washington, D.C. hat darauf hingewiesen, daß all dies das neoliberale Dogma widerlegt, nur das Privatkapital könne ökonomisch erfolgreich sein. Kläranlagen, Kabelkanäle, Kraftwerke, Bauunternehmen, Football-Mannschaften und auch Exportfirmen befinden sich heute in städtischem oder Arbeiterbesitz und wirtschaften profitabel.
Eine neue Ökonomie kann jedoch nicht von Arbeiterräten oder Gewerkschaften kontrolliert werden. Wenn wirtschaftliche Entscheidungen allein in die Hände von Gewerkschaften oder ArbeiterInnen-Organisationen gelegt werden, führt dies dazu, daß die Interessen der Konsumenten oder anderer sozialer Gruppen, deren Zahl die der ArbeiterInnen weit übersteigt, buchstäblich ignoriert werden. In der heutigen, komplexen Gesellschaft gibt es viele Interessen - Erholung, Bildung, Gesundheit, Kindererziehung, Wohnen, bürgerliche Rechte, Versorgung alter Menschen, Umweltschutz, Ernährung, fairer Handel usw. - die nur repräsentiert und berücksichtigt werden können, wenn sich eigene Basisorganisationen und Netzwerke dafür gründen und Einfluß bekommen.
All das bedeutet, daß wir in einer langen Übergangsperiode leben, in der sich eine reale Mischwirtschaft entwickeln muß - eine, zu der Kooperativen, joint ventures zwischen Staat und Privatkapital, kleine und mittlere Privatunternehmen, Konsumgenossenschaften, selbstverwaltete Betriebe und städtische Unternehmen gehören. Es ist ganz einfach unmöglich, eine halbwegs komplexe, sich modernisierende Wirtschaft so zu betreiben, wie der Sozialismus es versucht hat, mit staatlichen Bürokratien, die alles diktieren. Das ist nicht nur eine Frage der Effektivität - die Linke könnte kaum auf hinreichend breite Unterstützung rechnen, wenn sie einfach nur große Bereiche der Ökonmie verstaatlichen und dadurch die ökonomische Macht monopolisieren wollte. Unter solchen Umständen würde die Linke automatisch in Richtung einer autoritären Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft treiben, ganz so wie es kommunistischen Bewegungen und nationalen Befreiungsbewegungen ging.
Die postmoderne Ökonomie wird eklektisch sein. Sie wird eine große Vielzahl von Formen annehmen. Weil diese Formen so verschieden sind, kann es nur wenige "Gesetze" geben, die das Funktionieren und die Entwicklung einer solchen Ökonomie regeln. Wenn es soweit ist, daß die neuen Basisinteressen tatsächlich Einfluß auf Regierungspolitik nehmen können, dann sollte die Staatsmacht dazu genutzt werden, den Monopolsektor zu kontrollieren und zu begrenzen, während die basisnahen ökonomischen Aktivitäten weitgehend freie Hand erhalten sollten. Sie sollten sich mit staatlicher Unterstützung entwickeln (nicht zuletzt finanzieller), aber mit sowenig staatlicher Intervention wie möglich.

Jenseits der Sozialdemokratie

Die politische Strategie, mit der ein neues historisches Pro-

jekt umgesetzt werden kann, muß im Hier und Heute beginnen. Sie kann nicht auf bessere Zeiten warten. Kurz gesagt, die Linke muß sich innerhalb eines reformistischen Szenarios bewegen, innerhalb dessen sie ihr neues historisches Projekt formulieren und konsolidieren muß. Es wird auch soziale Unruhen und explosive Situationen geben, aber sie werden nicht zu einer revolutionären Transformation führen, ganz einfach weil es auf absehbare Zeit weder eine politische Philosophie noch eine revolutionäre Organisation gibt, die in der Lage wäre, die Macht zu übernehmen. Es gibt deshalb keine Alternative zum Reformismus; einem Reformismus allerdings, der seine Kraft aus den sozialen Auseinandersetzungen und dem Aufstieg der postmodernen Gesellschaften in der heutigen Welt zieht.

Außer den sozialen Bewegungen gibt es eine Reihe linker, pluraler politischer Organisationen, die eine brauchbare Basis für einen radikalen Reformismus abgeben könnten. Dazu gehören Organisationen wie die brasilianische Arbeiterpartei, der südafrikanische ANC, die erneuerte FMLN in El Salvador, die Sandinisten in Nicaragua, die mexikanische PRD oder die italienische PDS. Diese Parteien werden die politische Landschaft ihrer Länder nicht dramatisch verändern, aber sie können die Gewichte der politischen Debatte verschieben und Raum für neue Ideen und Ansätze bieten. Und sie können andere Länder und Bewegungen inspirieren.

Es werden sich viele Möglichkeiten für diese sozialen Bewegungen und erneuerten politischen Organisationen eröffnen, für Reformprojekte zu mobilisieren. Schließlich ist der gegenwärtige Neoliberalismus nicht in der Lage, eine stabile Ordnung zu schaffen. Regierungen, die sich seiner Philosophie verschreiben, verlieren regelmäßig wieder die Macht, besonders in der Dritten und ehemaligen Zweiten Welt.

All das wird der Linken die Gelegenheit geben, sich neu zu formieren. Aus diesen Erfahrungen heraus wird sich eine neue Ideologie formen lassen, die gleichzeitig revolutionär und gewaltfrei ist. An bestimmten Punkten könnten sich Revolutionen mit geringem oder gar keinem Blutvergießen ereignen - genau das ist in Osteuropa geschehen, als der Kommunismus zusammenbrach. Wenn die Probleme und Widersprüche des Kapitalismus und der heutigen Demokratien sehr deutlich werden und gleichzeitig eine neue Ideologie zur Verfügung steht, ist es sehr wohl vorstellbar, daß breite Teile der Gesellschaft "Basta" sagen und in relativ kurzer Zeit weitgehende Veränderungen erzwingen.

Wie soll ein neues historisches Projekt es vermeiden, in die "sozialdemokratische Falle" zu geraten? Das klassische sozialdemokratische Problem ist es ja, in ihrem Reformismus bis zur Unkenntlichkeit mit dem Kapitalismus zu verschmelzen. Ein neues ökonomisches Projekt muß sich davon unterscheiden. Während sie auf der einen Seite ein breites System verschiedener Formen von "Basiseigentum" fördert, muß die Linke auf der anderen Seite für eine sozial kontrollierte und regulierte gemischte Wirtschaft kämpfen und sie durchsetzen, sowohl national wie international. Sofern sie Zugang zur Staatsmacht erringt, wird die Linke sie dafür nutzen, entsprechende Parameter zu setzen, die eine solche Entwicklung fördern, und die Ressourcen der führenden internationalen Institutionen umleiten. Letzten Endes ist es der Staat, der den Prozeß der Akkumulation kontrolliert und seine Richtung bestimmt. Mehr als jede andere Institution kann er deshalb auch das Wachstum und die Entwicklung von basisnahem Eigentum und "volkseigenen" Unternehmen durch seine Kredit- und Finanzpolitik sowie seine gesamte Wirtschaftspolitik fördern und abstützen.

Die postmoderne Ökonomie wird sich auch als Teil einer globalen Ökonomie verstehen müssen. In der heutigen, hochintegrierten Welt ist Autarkie unmöglich, wenn sie überhaupt jemals möglich war. Maschinen, Technologie und Kapital müssen mobilisiert werden, wenn es irgendeine nennenswerte Entwicklung geben soll, insbesondere für die ärmeren Weltregionen. Hier bedarf es besonders der Versorgung mit komplementären, dringend benötigten Ressourcen. Das ist einer der Gründe, warum jede denkbare neue Bewegung prinzipiell internationalistisch sein muß. Diversität, Autonomie, Vorrang der lokalen Interessen und Selbstbestimmung bilden die Eckpfeiler dieses neuen Internationalismus.

All das ist Teil des Prozesses, in dem ein postmoderner Sozialismus sich entwickelt. Es wird ein langer Prozeß sein, mit unvorhersehbaren Ereignissen. Er ist revolutionär und evolutionär zugleich. Er siegt nicht zwangsläufig. Paradoxerweise werden die Auseinandersetzungen, die Veränderungen herbeiführen, zunehmend lokal sein - obwohl Gesellschaft, Kultur, Ökonomie so intensiv global verschränkt sind. Die Welt ändert sich auf der Ebene der lokalen Gemeinschaft. Aber das wird nur möglich sein, wenn wir gleichzeitig uns selbst und andere mobilisieren. Die neuen Gesellschaften und Ideologie werden in diesem Prozeß der Veränderung entstehen.

Übersetzung: Christoph Spehr

Roger Burbach ist Direktor des Center for the Study of the Americas in Berkeley, Kalifornien. Orlando Núnez ist Direktor von CIPRES, Nicaragua. Boris Kagarlitsky ist Mitbegründer der Russischen Arbeiterpartei und ehemaliges Mitglied des Moskauer Sowjets. Der Beitrag ist eine stark gekürzte Fassung des Schlußkapitels aus Burbach/Núnez/Kagarlitsky: Globalization and its Discontents. The Rise of Postmodern Socialisms, London 1997.

All das ist Teil des Prozesses, in dem ein postmoderner Sozialismus sich entwickelt. Es wird ein langer Prozeß sein, mit unvorhersehbaren Ereignissen. Er ist revolutionär und evolutionär zugleich. Er siegt nicht zwangsläufig. Paradoxerweise werden die Auseinandersetzungen, die Veränderungen herbeiführen, zunehmend lokal sein - obwohl Gesellschaft, Kultur, Ökonomie so intensiv global verschränkt sind.

Ein atmen und Aus atmen

Die Rationalisierungsgesellchaft im Umbruch

by Tilla Siegel

Auf dem Symposium "Demokratie in der Krise", das die ZEIT 1994 zur Feier des 75. Geburtstages von Helmut Schmidt veranstaltete, stellte die prominente Politikerin der Grünen Antje Vollmer fest, daß die Zeit vorbei sei, "in der es vorrangig war Egalität zu schaffen." (Als ob es diese Zeit je gegeben hätte!) Jetzt müsse, so Antje Vollmer weiter, "jedenfalls für eine begrenzte Phase, Vorrang auf die Existenzmöglichkeiten und die Entfaltungsmöglichkeiten der Kreativität der Eliten gelegt werden." Da die Menschen jedoch merkten, "daß es um Reduzierung geht", müsse man sie "psychologisch stabilisieren, indem man mit dem Angebot der Grundsicherung sagt: Wer in dieser Gesellschaft existiert, hat ein Grundrecht auf minimale Sicherung. Damit kann jeder rechnen. Was einer darüber hinaus will, das ist dann individuelle Leistung". (Vollmer im Sommer 1994)

Wenn sogar eine grüne Politikerin so unverhohlen das Leistungsprinzip als den Ausweg aus der Krise preist, dann kann man den Bemühungen der fordistischen Rationalisierungsbewegung, den Rationalisierungsgedanken und mit ihm das Leistungsprinzip zur gesellschaftlichen Norm zu machen, vollen Erfolg bescheinigen. Allerdings erweckt die neuere Rationalisierungsdebatte den Eindruck, die fordistischen Rationalisierungsexperten seien einfach zu dumm gewesen, um "richtig" zu rationalisieren. Das bezieht sich sowohl auf die wohlfahrtsstaatliche Regulierung, die heute als Vergeudung und Rationalisierungshemmnis gesehen wird, als auch auf die alten Rationalisierungsmuster. Die neuen Rationalisierungsmuster lassen sich jedoch durchaus auch als Resultate fordistischer Lernprozesse interpretieren, und zwar nicht nur im technisch-organisatorischen, sondern auch im gesellschaftlichen Sinne. Denn daß rationalisiert wird, setzt den gesellschaftlichen Konsens voraus, daß es richtig sei, zu rationalisieren. Gerade um die Herstellung und - zuweilen gewaltsame - Stabilisierung dieses Konsens ging es im Fordismus. Zwar wurde im Fordismus eines nicht geschafft, nämlich die Menschen und Märkte nachhaltig zu rationalisieren. Wenn nun aber auf neue Weise versucht wird, mit dem "Dschungel" zu Rande zu kommen, so wurden dafür im Fordismus die Grundlagen geschaffen - für die neuen Technologien und für gesellschaftliche Verhältnisse, in denen in einem erstaunlichen Maße das kollektive und individuelle Heil in einer Radikalisierung des Rationalisierungsgedanken gesucht wird. Die alten Bemühungen, den Dschungel zum Zwecke der Rationalisierung in den Griff zu bekommen, schufen die Voraussetzungen für die neuen Bemühungen, die Gesetze des Dschungels zum Zwecke der Rationalisierung zu nutzen.

Das Prinzip der Rationalisierung, unablässig nach der für den vorgegebenen Zweck relevanten Vergeudung zu fahnden, hatte von der "angewandten Mathematik" im Betrieb zu Strategien und Utopien geführt, in denen das Umfeld des Betriebs geordnet werden sollte. Nun erweist sich, daß das Prinzip der Rationalisierung auch vor dem nicht Halt macht, was vorher rationalisiert wurde. In der industriellen Rationalisierung wird der alte Glaube als zu teuer aufgegeben, man müsse (und könne) alles kontrollierend in den Griff bekommen oder zumindest Puffer gegen äußere Störungen bilden. Hatte man früher von der Rationalisierung (und Kontrolle) des Arbeits- und Produktionsprozesses hin zur Rationalisierung (und Kontrolle) der Umwelt des Unternehmens, der Märkte und der Menschen gedacht, so soll heute unter Stichworten wie "Flexibilisierung" oder "Dezentralisierung" der Markt in das Unternehmen hineingeholt werden und letztlich für die rationalisierungsgerechte Disziplinierung der Menschen sorgen. Es entstehen neue Formen der Selektion von Arbeitskräften - Formen, in denen sich neue Menschen- und Gesellschaftsbilder abzeichnen.

Nun könnte man einwenden, daß sich ja auch die Arbeitsbedingungen verbessert haben, beispielsweise in den

neuen Montagewerken der "schlanken Produktion", die von den Automobilfirmen Opel bzw. Mercedes-Benz in Eisenach oder Rastatt gleichsam auf der grünen Wiese errichtet wurden. Die Werkhallen sind sauberer, ruhiger und heller, die Arbeitsaufgaben sind vielfältiger, die Hierarchien sind flacher geworden, die Arbeitsteams können - innerhalb gewisser Grenzen - eigenverantwortlicher handeln, und die Leistungs- und Flexibilitätsanforderungen an die Arbeitskräfte sind mit relativ stabilen Beschäftigungsverhältnissen verbunden. Was wir aber sehen, ist gleichsam das Lendenstück der schlanken Produktion. So wie das Schwein nicht allein durch seine Lende definiert ist, so sind auch die neuen Muster industrieller Rationalisierung nicht allein durch derartige Paradewerke definiert. Andere, manchmal gute, oft nicht so gute Arbeitsbedingungen finden wir an anderen Stellen der globalisierten "Wertschöpfungskette".

Auch in den fordistischen Großunternehmen waren die Arbeitsbedingungen keineswegs für alle gleich und die Beschäftigungssicherheit für Stamm- und Randbelegschaften durchaus unterschiedlich. Doch diese Unterschiedlichkeiten werden heute in dem Maße unüberschaubarer, wie Großunternehmen unter dem Stichwort "Dezentralisierung" ihr Gesicht verändern und sich in sogenannte Profit Centers, Cost Centers oder Business Units auflösen. Die Namen sind vielfältig, das Prinzip bleibt dasselbe: Von Unternehmen im herkömmlichen Sinne verwandeln sich die Konzerne in Holding-Gesellschaften über scheinbar selbständige Betriebseinheiten, die wiederum in Funktionseinheiten untergliedert sind, deren Beitrag zur Wertschöpfungskette des Konzerns an den Schnittstellen definiert wird. Dabei kommt der Markt direkt ins Spiel, indem nämlich danach gefragt wird, ob es nicht kostengünstiger bzw. gewinnträchtiger wäre, die jeweils gewünschte Leistung von außerhalb des Unternehmensverbunds zu beziehen oder aber die entsprechende Funktionseinheit auszugliedern. Mit der Ausgliederung etwa von Kantinen, Reinigungsdiensten, Reparatur- und Instandhaltungsabteilungen ebenso wie von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen und Teilen der Fertigung können sich die betroffenen Arbeitskräfte plötzlich in Niedrigtarifbereichen mit deregulierten prekären Beschäftigungsverhältnissen wiederfinden - oder aber auf der Arbeitssuche, weil Beschäftigte in anderen Betrieben im In- und Ausland ihre Arbeit übernehmen.

In der hier nur grob skizzierten Umorientierung industrieller Rationalisierung ist das Bild von sich selbst rationalisierenden und auf ständig neue Handlungsbedingungen einstellenden Menschen enthalten. Sehr deutlich bringt dies der Begriff "atmende Belegschaften" zum Ausdruck, womit gemeint ist, daß die Unternehmen ihre Belegschaften je nach Bedarf ein- und ausatmen können sollen. Letztlich, so das Postulat, müsse jede und jeder damit rechnen, ab und zu ausgeatmet zu werden, daher seien alle dazu aufgerufen, sich auf ein "lebenslanges Lernen" einzustellen, denn nur so haben sie die Chance, auch wieder eingeatmet zu werden.

Diesem Menschenbild entspricht ein Gesellschaftsbild, das




6
5

Die alten Bemühungen,
den Dschungel zum Zwecke der Rationalisierung
in den Griff zu bekommen,
schufen die Voraussetzungen für die neuen Bemühungen,
die Gesetze des Dschungels
zum Zwecke der Rationalisierung zu nutzen.

hier anhand von mittlerweile weitverbreiteten Vorstellungen darüber illustriert sei, wie die öffentliche Verwaltung nach den neuen, nunmehr als richtig geltenden Mustern industrieller Rationalisierung in Schwung gebracht werden könne (und müsse). Sehr deutlich wird dies in den Empfehlungen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt 1992), die Wege der Umwandlung der Kommunalverwaltungen in Dienstleistungsunternehmen aufzeigt und sich dabei auf Maßnahmen des "New Public Management" in anderen Ländern berufen kann. Die alte Bürokratie mit ihrer Regelhaftigkeit, Kompetenzenteilung, Amtshierarchie und Aktenmäßigkeit gilt einfach als zu umständlich und unwirtschaftlich. Es handele sich, so ein für die Debatte durchaus repräsentativer Autor, um eine "naive Phantasie, die an die Beseitigung jeglicher Kontingenz und Riskanz organisationsinterner Abläufe, an die definitive Programmierbarkeit komplexer Handlungsketten ohne Störung und ungeplante Folgekosten glauben machen wollte." Die Alternative die in der Privatwirtschaft "seit längerer Zeit erprobte" schlanke Produktion. Deren Grundintention "ist die Befreiung des Leistungs- und Wertschöpfungsprozesses vom typischen Übersteuerungsballast der bürokratisch-tayloristischen Arbeitsorganisation; alle Formalismen, Vorregelungen und Vorschriften, die nichts zur Veredelung des Wertschöpfungsprozesses beitragen, werden beseitigt." Der Weg dahin sei die "radikale Ausrichtung am externen/internen Kunden," die "Entwicklung lernfähiger Routinen", die "Qualifikation für heterogene und herausfordernde Tätigkeiten", die Ersetzung unterer Führungsebenen durch "Selbststeuerfähigkeit" und das "Diskursmanagement" (Barthel).

Hinter dem Bild von der "schlanken" öffentlichen Verwaltung verbirgt sich die Abkehr von zwei fordistischen Richtigkeitsvorstellungen: von der Überzeugung, zum Zwecke einer florierenden Privatwirtschaft und zur Absicherung der industriellen Rationalisierung müsse die öffentliche Verwaltung anders, eben nicht nach dem Profitprinzip funktionieren, und von der Überzeugung, der Staat müsse Vorkehrungen zur mentalen und physischen Konditionierung "der Massen" und zur Sicherung eines sozialen Konsenses treffen. In den "naiven Phantasien" hatte sich die rationalisierende Kontrolle mit der Regelhaftigkeit der Bürokratie verbunden. Die Konsequenz der Kritik daran ist, nun um so radikaler die strategische Dummheit des Rationalisierungsprinzips zu übernehmen, nämlich nur die für den einen vorgegebenen Zweck relevanten Kosten zu sehen, nicht aber die, die auf andere Bereiche übertragen werden. Mit dem Argument, es müsse gespart werden, werden beispielsweise städtische Schwimmbäder geschlossen, die einstmals der "Volkshygiene" dienen sollten - zu Preisen, die für "das Volk" erschwinglich waren. Ihren Platz sollen privat betriebene "Erlebnisbäder" mit nicht ganz so erschwinglichen Preisen einnehmen. Wer sich die nicht leisten kann, hat nichts geleistet. Einmal abgesehen davon, daß im kurzfristigen kommunalen Sparen leicht die langfristigen Kosten übersehen werden, etwa in der Form von Gesundheitskosten oder von randalierenden Jungendlichen, die im Sommer nicht wissen, wohin mit ihrer Energie, geht es bei der aktuellen Verwandlung öffentlicher Institutionen in private Dienstleistungsunternehmen nicht schlicht um das Sparen.

Es geht um eine Umdefinition staatlicher Aufgaben. Denn es werden die alten Vorstellungen mitsamt ihrem gesellschaftspolitischen Inhalt über Bord geworfen, ohne daß er diskutiert würde. Nun stellt sich allerdings die Frage, worauf sich denn der Legitimitätsanspruch legaler Herrschaft beziehen soll, wenn im "schlanken Staat", wie oben zitiert, "alle Formalismen, Vorregelungen und Vorschriften" beseitigt werden, weil sie "nichts zur Veredelung des Wertschöpfungsprozesses beitragen". Die Antwort der postfordistischen Verwaltungs- und Rationalisierungsexperten ist einfach: auf die Leistung. Und auf die Frage, wer definiere, was Leistung ist, kommt die ebenso einfache Antwort: Die Kunden. Privatwirtschaftlich ist das nur konsequent gedacht. Für die Teile des öffentlichen Dienstes, die privatisiert werden, mag das auch noch angehen. Für die Definition von Leistung im verbleibenden öffentlichen Dienst ist das nicht ganz so einfach. Die Klientel etwa der Schule sind die SchülerInnen, die des Sozialamtes die sogenannten sozial Schwachen. Aber sind sie die Kunden bzw. definieren sie die Leistung? Wohl kaum. Welche Nachfrage sie repräsentieren und welche Leistung wer von ihnen zu welchen Kosten bekommt, ist Sache gesellschaftlicher Definition.

Es scheint, als sei diese Definition bereits ausgemacht. Ähnlich wie in den postfordistischen Konzernen gewinnstarke "Business Units" favorisiert und gewinnschwache abgestoßen und stillgelegt werden, sollen im postfordistischen Staat die "Leistungsstarken" gefördert werden, und "Leistungsschwache" sollen, wenn überhaupt, eine Grundsicherung erhalten. Unter der Hand entsteht ein Bild einer Gesellschaft, in der sich die Rationalisierung aus sich selbst, also aus der formalen Rationalität der Mittel-Zweck-Optimierung legitimiert - so als gäbe es keine anderen Orientierungen sozialen Handelns und als könnten die Mittel und die Zwecke rein "sachlich", d.h. jenseits des Aushandelns gesellschaftlicher Richtig-falsch-Vorstellungen definiert werden. Gerade um dieses Aushandeln geht es aber in der derzeitigen Phase eines gesellschaftlichen Umbruchs.

Ein sehr interessanter Aspekt dieses Aushandlungsprozesses ist, daß einerseits das Heil in einer Radikalisierung des Rationalisierungsgedankens gesucht wird, andererseits aber im Rationalisierungsdiskurs selbst von den alten, auf das Gemeinwohl zielenden Versprechungen Abstand genommen wird. So wie die real existierende Bürokratie dem sie legitimierenden Anspruch auf Berechenbarkeit nicht Genüge tun konnte, so scheitert die real existierende Rationalisierung an dem sie legitimierenden Anspruch, die Gesellschaft und alle Beziehungen in ihr nachhaltig ordnen zu können. Die Richtigkeits-Begründungen reduzieren sich auf ein dürftiges "es muß so sein" und die Heilsversprechungen werden zu partikularisierten Überlebensrezepten in einer globalen Standortkonkurrenz.

Literaturhinweise:

Barthel, Christian, Lean production. Ein Organisationsentwicklungskonzept für die Kommunalverwaltung. In: Archiv für Kommunalwissenschaften 33, Band II, 1994.

Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft (Studienausgabe). 5., revidierte Auflage, Tübingen 1971 [1921].

Mit freundlicher Genehmigung gekürzt und nachgedruckt aus: Ansichten der Gesellschaft, Frankfurter Beiträge aus Soziologie und Politikwissenschaft, hrsg. von Wolfgang Glatzer, erschienen im Verlag Leske + Budrich, Opladen 1999.

Modellversuch



'Innerer Sicherheit'

Festivalisierung des Stadtraums und innere Aufrüstung in Hannover zur EXPO 2000

by Alvons Diemer

Die Ausstellung zur Feier der Neuen Weltordnung, die EXPO 2000 in Hannover, dient gleichzeitig als Modellversuch für das von Ex-Bundesinnenminister Kanther entwickelte und von der rot-grünen Bundesregierung modernisierte Projekt der inneren Aufrüstung gegen die Armutsbevölkerung, AusländerInnen, marginalisierte »Szenen« und politisch Aktive. Die Stadt Hannover stellt zur EXPO auch die Entwicklung der »Sicherheitspartnerschaft« zwischen Bundesgrenzschutz, Polizei, »freiwilligen Polizeihelfern«, privaten Sicherheitsdiensten und denunziationswilligen BürgerInnen aus. Graffiti-SprayerInnen werden zum Testfall für eine an den »deutschen Herbst« der »Terrorismus«-Bekämpfung erinnernde Aufräumaktion mit gesellschaftlichen Störfaktoren. Hannover zeigt sich im Festgewand der »Inneren Sicherheit«.

„Zur EXPO passiert in fünf, sechs Jahren komprimiert eine Entwicklung der Region, die sonst 30 Jahre in Anspruch nehmen würde."[1] Diese Einschätzung des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Messe AG in Hannover läßt die Dimensionen eines städtebaulichen Strukturwandels, einschließlich der damit verbundenen sozialen Segregationsprozesse, erahnen, die mit der expo-spezifischen Zurichtung von Teilen der Stadt zum »Festraum« festgeschrieben werden. Das soziale Gefüge der BewohnerInnen wird neu gemischt. Die EXPO wird als Wundermittel gehandelt, um sog. Imagedefizite des Wirtschaftsstandort Hannovers wegzusanieren und eine Dienstleistungsstadt mit Metropolenflair zu offerieren.[2] Hannover, das bislang als eher »bieder«, »grau« und im Vergleich zu anderen Großstädten Deutschlands als unattraktiv für den gehobenen Standard des herrschenden Mainstreams galt, organisiert einen gewaltigen (und durchaus auch gewaltsamen) Innovationsschub, um sich optimistisch und quicklebendig darzustellen, um konkurrenzfähig zu werden für jene Bevölkerungsschichten, die sich auf der Überholspur des Lebens wähnen.

Die lokale Presse jubelt: „Kreative Wellen breiten sich aus: Neue Firmenzentrale und Ausbildungsakademie entstehen"[3]. Eine Studie der Nord/LB konstatiert, die EXPO werde der Region Hannover einen gewaltigen Schub geben. Nach den schlechten Werten der 80er Jahre liege die Region Hannover heute im vorderen Mittelfeld und sei auf dem Weg zum Topstandort, zu den „top-tens" Deutschlands. Wie sich „Hannover als Gastgeber der EXPO 2000" drapieren wird, hat der Hauptgeschäftsführer des deutschen Fremdenverkehrsverbands in aller Eindeutigkeit formuliert: „Ein Meer von Blumen müsse die Stadt erblühen lassen, kleine EXPO-Fähnchen sollen in den Fenstern hängen; Wohlbefinden der Gäste stelle sich nur ein, wenn die Passerelle frei von Drogensüchtigen und Obdachlosen sei, Graffiti beseitigt würden und die ÜSTRA (Hannovers öffentliches Personennahverkehrsunternehmen, d.V.) sich nicht als charmeloser Transporteur von Menschenmassen verstehe."[4] Die EXPO-Stadt Hannover soll sich darstellen als ein Gemeinwesen, das sich nach einem Normsystem omnipotenten Reichtums und mit dem Charme eines aller gesellschaftskritischen Dimensionen beraubten Optimismus organisiert.

Als ordnungspolitische Variante der Weltausstellung ist in Hannover bereits jetzt ein Expo-Projekt ganz besonderer Art virulent: die „Sicherheitspartnerschaft"[5]. Sie geht zurück auf einen Vorschlag von Innenminister Kanther. Im Herbst 1997 schrieb er an seine „sehr geehrten Herren Kollegen" der Bundesländer einem Brief, in dem er ein sog. „Sicherheitsnetz" für die Citys der deutschen Großstädte forderte. Das „gestörte Sicherheitsempfinden" in der Bevölkerung verlange „besonders schnelle Reaktion, Kreativität und verstärkte Bereitschaft zur Erprobung neuer Methoden der Verbrechensbekämpfung". Vorgeschlagen wurden Modellversuche in Großstädten, in denen „die administrativen Kräfte von Bund, Ländern und Kommunen, von Justiz und Polizei sowie vieler Fachbehörden" (Ausländerämter, ‚Jugendgerichtshilfen, Arbeitsämter etc.) in einem „Sicherheitsnetz" zusammengefaßt werden sollen. Auch „freiwillige Polizeihelfer" sowie private Sicherheitsdienste sollen dabei mitarbeiten. Die Justiz wird zu „schnelleren Verfahren" aufgefordert. Angeboten wird auch die „Bereitstellung von BGS-Kräften". „Kernpunkt der Arbeit ist eine entschlossene Verfolgung aller Delikte einschließlich solcher der Alltagskriminalität, die die Bürger besonders bedrücken (z.B. Sachbeschädigung, Schmierereien, Randale in Verkehrsmitteln etc.)".

Am 2.2.1998 wurde diese Ideenskizze von der Innenministerkonferenz offiziell beschlossen. Insbesondere der derzeitige niedersächsische Innenminister Glogowski erklärte sich umgehend bereit, den vorgeschlagenen Modellversuch für die EXPO-Stadt Hannover quasi als Pilot-Projekt

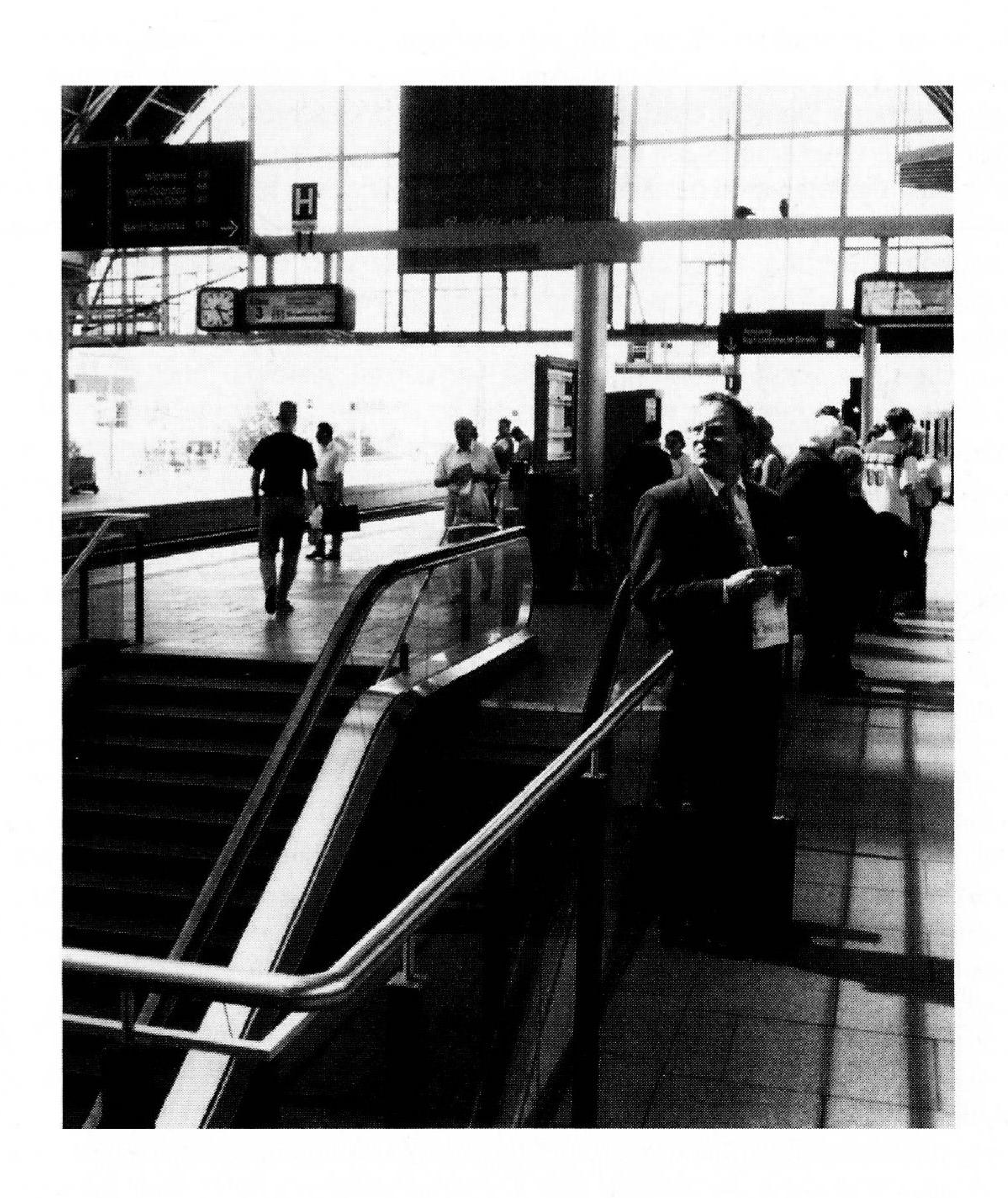
zu realisieren. Mit einer rasanten Intensität wurde das neue Konzept der »Inneren Sicherheit« für Hannover umgesetzt. Bereits im November 1997 gründeten Glogowski, Hannovers Polizeipräsident Klosa und Oberbürgermeister Schmalstieg eine Arbeitsgruppe, um das Konzept einer „Sicherheitspartnerschaft" zwischen der Landeshauptstadt, Polizeidirektion, Staatsanwaltschaft und Bundesgrenzschutzamt Hannover zu erarbeiten, die im August 1998 verabschiedet wurde.

Polizeiliche Strategien

Die Polizei in Hannover setzte die Strategie der niedrigen Einschreitschwelle schon länger um. Bereits im Sommer 1997 konnte man mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizeistreifen im hannoverschen Vergnügungsviertel und zentraler Einkaufszone, dem Steintor, besichtigen. Im Nachhinein betonte die Polizeiführung, das sei „zwar mehr Psychologie gewesen"[6]; zweifellos aber war dieses Ereignis als Testballon zu begreifenfür die Durchsetzbarkeit einer offensiven Vertreibungspolitik unliebsamer Gruppen, der »Zero-Tolerance«-Strategie. Die Polizei soll unübersehbare Präsenz im Innenstadtbereich zeigen, auch bei „kleineren Delikten konsequent zupacken", präventives Vorgehen („niedrigschwelliges Einschreiten") gegen Personengruppen, die nach ihren sozialrassistischen Kriterien den KonsumentInnenfrieden stören, praktizieren.[7]
„Die City ist grüner geworden" jubelte die Regionalpresse. „Beamte gehen gegen »Problemgruppen«, die Drogenszene und den Straßenstrich vor. Polizei bekommt Szenenapplaus für City-Offensive". Hinter dieser Schlagzeile der regionalen Presse verbarg sich eine einwöchige Großrazzia mit 1300 Personenkontrollen, 81 Inhaftierungen und 21 Haftbefehlen. Systematisch wird seitdem die Verpolizeilichung des öffentlichen Raums durchgesetzt. Alltag in der City heißt, daß ständig Streifen die Innenstadt durchkämmen, daß willkürlich Platzverweise und Aufenthaltsverbote insbesondere gegen Nichtdeutsche, Arme und nonkonforme Jugendliche ausgesprochen werden.[8] Während imageträchtiger Großveranstaltungen wie Messen oder Sportereignissen wird diese Politik forciert. Als flankierende Maßnahme der Tennisweltmeisterschaft (ATP) im November 1998 wurden z.B. die Razzien direkt in die Räumlichkeiten einer Drogenhilfeeinrichtung hinter der Bahn, das Café Connection, ausgeweitet. Dies sind Vorboten dessen, was während der EXPO in Hannover Alltag sein wird.
Als Leitfaden und Meßlatte dieses sicherheitspolitischen Handelns gilt das Konstrukt »subjektives Sicherheitsempfinden der Bevölkerung«. „Die Polizei sollte sich als Dienstleistungsunternehmen verstehen, das den Interessen der Bevölkerung Rechnung tragen muß und das bei seiner Aufgabenerfüllung auf Unterstützung und Vertrauen sowie Hinweise und Informationen angewiesen ist. Deshalb muß der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern gepflegt werden.(...) In ihrer Aufgabenwahrnehmung ist die Polizei gefordert, dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung eigenständige Bedeutung beizumessen.(...) Die öffentliche »Unordnung« in Form von Lagern im Straßenraum, Alkohol- und Drogenmißbrauch, aggressivere Bettelei, Graffiti oder Vandalismus beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger erheblich. Sehr schnell können sich derartige Erscheinungsformen zu Verwahrlosung ausweiten. Wird dies toleriert, ist die Gefahr groß, daß Vergehen und Verbrechen folgen. Die Polizei muß auf die wachsende Angst der Bürgerinnen und Bürger, von Kriminalität bedroht zu sein, reagieren und noch stärker dort in Erscheinung treten, wo die Bürgerinnen und Bürger mit angstauslösenden Situationen konfrontiert werden.(...) Der Verhütung und Verfolgung der alltäglich erlebbaren Massenkriminalität und Ordnungsverstößen muß ein hoher Stellenwert eingeräumt werden."[9]
Es geht bei den derzeitigen Strategien nicht um Gefahrenabwehr und Kriminalitätskontrolle, sondern um die symbolische Inszenierung sicherer Innenstädte.[10] Subkulturelle Verhaltensweisen der Armutsbevölkerung und nonkonformistischer Gruppen werden systematisch mit Vandalismus, Kriminalität und Verbrechen assoziiert. Das sog. »Subjektive Sicherheitsempfinden« der schweigenden Mehrheit wird förmlich gezüchtet und funktionalisiert, um alle diese »Szenen« aus dem rechtsstaatlichen Konsens auszugrenzen. Sonderrechte und -verordnungen machen sie zum Freiwild für Sicherheitswahn und Vertreibungsstrategien. Die Willkürlichkeit des polizeilichen Handelns wird in einer Pressebericht offensichtlich: ein Bettler, der seine Bedürftigkeit durch Zittern untermalt, wird „wegen Vorspiegelung falscher Tatsachen" („aggressivem Betteln") platzverwiesen. Die handlungsleitende Ideologie hinter solchem Vorgehen bezeichnen wir als Sozialrassismus.
Nach außen hin ist Polizei sehr darauf bedacht, sich als bürgernah darzustellen. Twipsy, das EXPO-Maskottchen, geht schon mal mit Uniformierten Streife, ziert inzwischen auch als Aufkleber deren Einsatzfahrzeuge (EXPOlizist). Die „mobilen Wachen" der Innenstadt tarnen ihre repressiven Funktionen als »Informationsstellen«, wo Schutzleute Auskünfte erteilen. Als folkloristische Zugabe sollen vor und während der EXPO britische Bobbys, französische Gendarmen und italienische Carabinieri das Stadtbild bereichern. Zur EXPO will die Polizei ihre Einsatzkräfte um 2.500 aufstocken, d.h. verdoppeln.

Flächendeckender Bundesgrenzschutz

Mit der Überwachung der Bahnhöfe der privatisierten Bahn durch den Bundesgrenzschutz (BGS) ist ein wesentlicher Schritt zur Schaffung einer zentralistischen Bundespolizei getan. Über die Sicherheitspartnerschaft wird ein System von Amtshilfe der verschiedenen Sicherheitsorgane zementiert. Ganz selbstverständlich bewegen sich BGS-Beamte im gesamten City-Bereich. Das Einüben von Kooperation und gegenseitiger Amtshilfe der verschiedenen Sicherheitsorgane bereichert das Modell Deutschland mit einer neuen repressiven Variante: Die Beamten des BGS reagieren traditionell ungleich härter und repressiver als die Polizei. Aufgrund ihrer Tradition als Abwehrstrategen, früher gegen »Bolschewismus«, jetzt gegen die »Überfremdungsgefahr« durch Flüchtlinge, ist das Handeln dieser Institution an militärischen Leitbildern orientiert. Sie sym-



bolisiert die Zuspitzung neoliberalistischer Sozial/Innenpolitik. Der Kalte Krieg wird jetzt gegen die Armutsbevölkerung der Innenstädte geführt. Ganz selbstverständlich gehen Beamte des BGS in der City Streife, sitzen in dem für die EXPO konzipierten Verkehrsleitsystem auf dem Messe-(alias EXPO-)Gelände, werden über den intergrierten Messe-Bahnhof das EXPO-Gelände überwachen. Der Hauptbahnhof ist inzwischen no-go-area für Menschen, die - nach welchen Kriterien auch immer - der Drogenszene zugeordnet werden.

In Vorbereitung der EXPO wird der BGS in Hannover von 100 auf 220 Planstellen aufgestockt. Während der EXPO sollen noch mehr Beamte dazukommen. Zusätzlich wird eine Bundesgrenzschutzinspektion „Verbrechensbekämpfung" in Hannover eingerichtet, deren Aufgabenbereich relativ unbestimmt definiert ist. „Die Inspektion wird alle Ermittlungen an sich ziehen die von überregionaler Bedeutung sind". Als Beispiel werden Fahrscheinautomatenaufbrüche genannt.[11] Ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit scheint augenblicklich auf der Bekämpfung des „Graffiti-Unwesens" zu liegen. „Sachbeschädigung nach Graffitiart" wird „als Form rechtswidrigen Handelns" geortet, die „einen Großteil der Bürger beunruhigt und in seinem subjektiven Sicherheitsgefühl beeinträchtigt. Farbschmierereien stellen für viele keine Kunst, sondern teilweise sogar eine Bedrohung dar. Viele Bürger empfinden gegenüber dieser Art von Kriminalität ein Gefühl der Hilflosigkeit und Ohnmacht und sehen sich durch staatliche Stellen vor diesen Straftaten nicht ausreichend geschützt."[12]

Mit einer Intensität, die Erinnerungen an die sog. »Terroristenfahndung« wachruft, hat der BGS von Hannover aus die Jagd auf die Sprayerszene eröffnet. Anfang des Jahres berichtete die lokale Presse über zwei Großrazzien, eine niedersachsenweit in mehreren Städten, die andere über drei Bundesländer gestreut. Grundlage der Großrazzien waren relative geringen Sachschäden (Graffitis auf Lärmschutzwänden der Bahn etc.). Hier geht es offensichtlich nicht nur um die völlige Zurichtung öffentlicher Flächen zu (potentiellen) Werbeträgern und die Zurückdrängung jeglicher spontaner Äußerungen. Die Systematik der Erfassung und Zerschlagung der Sprayerszene durch den BGS (mit seinen geheimdienstlichen und polizeilich-exekutiven Funktionen) scheint ein Übungsfeld zu sein, um den BGS-Apparat auch für den Einsatz gegen politische Widerstandsformen fit zu machen und zu perfektionieren. In mehreren Presseberichten wird das Szenario eines EXPO-Widerstands heraufbeschworen, der in Form einer hochgerüstete Guerilla in den Startlöchern sitze - was völlig an der Realität der Anti-EXPO-Bewegung vorbeigeht, die augenblicklich eher schwach ist. Es ist offensichtlich: die EXPO 2000 soll im widerstandsfreien Raum abgewickelt werden.

Stadtverwaltung und Sicherheitspartnerschaft

Die Politik der Stadtverwaltung läßt sich am Passerellen-Konflikt nachzeichnen. Die Passerelle ist eine weitgehend untertunnelte Passage, die Bahnhof, Innenstadt und den angrenzenden Stadtteil Oststadt/List vernetzt. Die Geschichte dieser Passage ist eine Geschichte des Kampfes um die Verfügbarkeit öffentlichen Raums. Auf der einen Seite stehen die Interessen des Einzelhandels (zumeist gleichgesetzt mit dem allgemeinen öffentlichen Interessen), auf der anderen Seite die spezifischer Gruppen aus der Armutsbevölkerung, insbesondere Wohnungslose und Drogenszene, für die dieser »soziale Ort« wichtige (Über-)Lebensbedingungen enthält.

Bereits 1989 versuchte die Stadtverwaltung ein Sonderrecht gegen diese durchzusetzen, die sog. „Passerellenordnung". Sie war derzeit allerdings noch nicht realisierbar. In einem Rechtsgutachten wurde eindeutig konstatiert: „Von einer Störung der öffentlichen Ordnung durch Nichtseßhafte kann keine Rede sein.(...) Ihre Ausgrenzung ist als Verstoß gegen die ethischen Grundprinzipien der Toleranz und Menschenwürde anzusehen."[13] Die Passerellenordnung war aufgrund des öffentlichen Drucks nicht durchsetzbar, wurde dann auch durch ein Verwaltungsgerichtsurteil gekippt, allerdings nicht wegen ihres menschenfeindlichen Gehalts, sondern weil die äußeren Bedingungen einer „Befriedung" dieses öffentlichen Verkehrsweges nicht gegeben seien: Hausrecht und die Außerkraftsetzung der Straßenverkehrsordnung könne die Stadt nur durchsetzen, wenn sämtliche Zugänge der Passerelle durch Tore abgegrenzt würden. Die Passerellenordnung trat dann 1997 endgültig in Kraft. Die Zugänge der Passerelle wurden - symbolisch - mit Toren versehen. Damit hat die Stadt in diesem Bereich Hausrecht und kann in diesem so »privatisiertem« Raum beliebig über das rechtliche Instrumentarium des Hausfriedensbruchs die diskriminierten Szenen kriminalisieren und vertreiben. Bemerkenswert ist, daß im Rat der Landeshauptstadt Hannover eine nahezu einstimmige Zustimmung für das Sonderrecht erzielt wurde. Öffentlicher Protest und rechtsstaatliche Bedenken wurden nicht mehr laut. Lediglich die Innen!Stadt!Aktion! versuchte zu verdeutlichen, daß hier eine gesellschaftlicher Konsens durchgesetzt wird, der die Trennung von »wertem« und »unwertem« Leben zur Realität werden läßt.

Trotz einer unübersehbaren Vertreibungspraxis versucht die Stadtverwaltung, sich einen fortschrittlichen Anstrich zu geben, indem sie den Anschein erweckt, sie verfüge über ausreichende Einrichtungen, um das soziale Elend abzufedern. Diese Einrichtungen aber sind unter der Realität der „Sicherheitspartnerschaft" eher Kasernierungen als Möglichkeiten einer lebensweltorientierten Sozialarbeit. Die Stadtverwaltung arbeitet darauf hin, nach dem Modell »GABI« im sog. Bonner Loch[14], am Rande der Innenstadt Hannovers eine Clearingstelle für die stigmatisierten Gruppen einzurichten, in der Polizei, Sozialarbeit und Ordnungsamt Hand in Hand arbeiten. Das bedeutet einen weiteren Schritt zur Verpolizeilichung sozialpolitischen Handelns.

Die EXPO dient der Stadt als Anlaß, langfristig ein generelles Demonstrationsverbot für ausgedehnte Bereiche der Innenstadt vorzubereiten. Unter dem Vorwand, kommerziell orientierte gewerbliche, sportliche und kulturelle Ereignisse zu „entzerren" und „verkehrlich" besser zu koordinieren, sind insbesondere politische Kundgebungen, Demonstrationen und Infostände von Verboten betroffen. „Die Innenstadt als hauptsächlicher Veranstaltungsbereich ist gleichzeitig auch Zentrum für Handel und Gewerbe, deren Interessen zu berücksichtigen sind...Darüber hinaus ist die Innenstadt wichtiger Aufenthalts- und Begegnungsraum für die hannoverschen Bürgerinnen und Bürger, die nicht immer und an jeder Veranstaltung interessiert sind und die sich teilweise belästigt fühlen."[15] Nur noch „vorzugsweise kulturell bedeutende Veranstaltungen mit Bezug zu EXPO-Themen" (dito) sind erwünscht. Alles andere fliegt raus.

Die privaten Wachdienste sind ein entscheidendes Glied in dem Konzept der sog. »Inneren Sicherheit.« Ihre Funktion wird aufgewertet. Sie verkörpern das populistische Moment im Sicherheitsdiskurs. Das Dominanzverhalten, das weitgehend ihre Profession bestimmt, und ihre direkte Lohnabhängigkeit von Unternehmern geben ihrem Treiben mafiose Züge. Ihr Handeln geschieht weitgehend im rechtsfreien Raum, ist unkontrollierbar. „Dort, wo das Gewaltmonopol in dem Sinne »bröckelt«, daß Private bestimmte Sicherheitsaufgaben übernehmen, wird ja gerade dieser Schutz des Bürgers gewährleistet und zwar zu Gunsten des Bürgers und damit auch zu Gunsten des Staates, dessen Gewaltmonopol dann nicht in Frage gestellt wird."[16] Das Geschäft mit den privaten Wachdiensten boomt: „Die Expo lockt immer mehr Wachdienste nach Hannover.[17]

Soziale Sortiermaschine

Die Justiz wird systematisch in die soziale Sortiermaschine eingebaut. Gefordert wird der »kurze Prozeß«, härtere Strafen und Bewährungsauflagen. So beschwerte sich Hannovers Polizeipräsident darüber, daß nur kurze Freiheitsstrafen verhängt würden und im Strafrecht die Ursachenforschung und die Resozialisierung zu sehr im Vordergrund ständen.[18] Das Prinzip der Vorverurteilung, das von der Polizei bereits flächendeckend bei Platzverweisen und Unterbringungsgewahrsam angewandt wird, soll auch auf die Justiz angewandt werden. Zur EXPO soll, direkt am Flughafen, ein Abschiebeknast errichtet werden um sog. »kriminelle Ausländer« sofort abschieben zu können.

Die Einbeziehung der Bevölkerung ist eine logische Konsequenz des Sicherheitsdiskurses. In regelmäßgen Artikelserien über Wochen hinweg wirbt eine gleichgeschaltete lokale Presse für law-and-order-Perspektiven und bezieht die Bevölkerung systematisch ein. Unter den Parolen „Hannover paßt auf!" oder „Hannover bekennt Farbe!" werden Szenarien entwickelt, die eine allgegenwärtige Bedrohung suggerieren. Offen wird zur Denunziation aufgerufen. Täglich sind Erfolgsmeldungen über die Ermittlungstätigkeit der Polizei, insbesondere gegenüber Sprayern, zu lesen. Typisch ist eine Meldung über die Zusammenarbeit eines Fotolaboranten mit der Polizei, der beim Entwickeln Fotos mit Graffitis entdeckte und damit einen Sprayer überführen konnte. „Immer öfter setzen Gemeinden und Verbände Belohnungen für Hinweise aus, die zur Ergreifung von Graffiti-Sprayern führen"[19] Die City-Gemeinschaft, ein Zusammenschluß der Geschäftsleute in Hannover, hat einen Fond angelegt: das Kopfgeld

für Sprayer beträgt 2000 DM.
Die Stadt hat eine Sauberkeitskampage gestartet. U.a. sollen sog. »Müll-Sheriffs« auf der Basis von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Streife gehen und auf Sauberkeit achten. „Wer beim Wegwerfen einer Cola-Dose erwischt wird, muß dann ein Bußgeld zwischen 20 und 75 DM zahlen. Die Sheriffs werden mit Handy und Fotoapparat ausgestattet und sind berechtigt, Personalien festzustellen."[20]
Auch die aktuelle Bürgerbeteiligung an der Verbrechensbekämpfung in »Präventionsräten« ist in diesem Sinne Privatisierung: die BürgerInnen werden an der Beaufsichtigung der immer komplexer und für die formalen Instanzen sozialer Kontrolle unübersichtlicher werdenden Gesellschaft beteiligt. „Präventionsräte sind eine öffentliche Variante der privaten Bürgerwehren", wie der Frankfurter Strafrechtler Nauke formulierte.[21] In dankenswerter Offenheit wird hier die Funktion dieser Gremien benannt, die auch von der neuen Bundesregierung favorisiert werden. Diese Zusammenschlüsse von Polizei, Geschäftsleuten, PolitikerInnen und BürgerInnen werden Augenblick flächendeckend für Hannover geplant. Realisiert werden soll ein Konzept, „repressive und helfende Maßnahmen zu verbinden (»care and order«)"[22] Hannover paßt auf! Ein allgegenwärtiges Blockwartsystem soll Garant sein für ein gelungenes Fest der Neuen Weltordnung, der EXPO 2000.

Anmerkungen:
1: Interview mit dem Vorsitzenden Goermann,der Deutschen Messe AG in Hannover, in: magaSzene, Stadtmagazin für Hannover, April 1998
2: Vgl.:A. Diemer, EXPO 2000 in Hannover: Euer Reichtum ist zum Kotzen!, in: Stadtrat (Hg.), Umkämpfte Räume, Städte und Linke, Hamburg, Berlin, Göttingen, 1998; Bürgerinitiative Umweltschutz e.V., EXPO 2000, Sprüche und Widersprüche, 1998
3: HAZ v. 31.3.1998
4: HAZ v. 24.3.97
5: Die Sicherheitspartnerschaft und die genannten Maßnahmen eines „neuen" Sicherheitsdiskurses würden selbstredend auch ohne das Megaereignis EXPO 2000 durchgesetzt, allerdings nicht in der extensiven Powerplay-Form. Die Expo dient als Persilschein, um die Palette verschiedenster repressiver Maßnahmen durchzusetzen und als selbstverständliche Alltagsrealität im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern.
6: HAZ v. 18.2.98
7: Entwurf einer Sicherheitspartnerschaft zwischen der Landeshauptstadt Hannover, der Polizeidirektion Hannover, der Staatsanwaltschaft Hannover und dem Bundesgrenzschutzamt Hannover, April 1998
8: Das längste uns bekannte Aufenthaltsverbot ist auf 9 Monate datiert.
9: Polizeibehörden und -einrichtungen Hannover, Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit und zur Erhöhung des individuellen Sicherheitsgefühls der Bevölkerung; Partnerschaft für mehr Sicherheit in unseren Städten, 17.12.97
10: U. Behrendes, Kooperation zwischen Polizei und Sozialarbeit in Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften, wohnungslos 2, 1998
11: NP v. 22.1.98
12: P.-M. Kessow, Bahnpolizeiliche Aufgaben des Bundesgrenzschutzes, Organisation, Zuständigkeiten, Einsatz, Zusammenarbeit mit Behörden und anderen Institutionen, Stuttgart 1997, S. 53
13: M. Stolleis, W. Kohl, Rechtsgutachten über die Zulässigkeit ordnungsrechtlicher Maßnahmen gegen Nichtseßhafte in den Städten, insbesondere durch Alkoholverbote auf Grund straßenrechtlicher Sondernutzungssatzungen, im Auftrag der ev. Odachlosenhilfe e.V. - Fachverband des Diakonischen Werkes der ev. Kirche in Deutschland, 1989
14: Oberstadtdirektor der Stadt Bonn, Polizeipräsident Bonn, Erfahrungsbericht über das Projekt "Gemeinsame Anlaufstelle von Stadtverwaltung und Polizei in der Bonner Innenstadt" (GABI), 31.7.1993
15: Landeshauptstadt Hannover, Informationsdrucksache, Nr. 115/99 (18.1.99)
16: T. Feltes, Private Sicherheitsdienste und staatliches Gewaltmonopol - ein Gegensatz?, in: A. Berberich, T. Feltes, W. Spöcker (Hrsg.), Polizei und Private Sicherheitsdienste, Modelle und Erfahrungen, Fachhochschule Villingen-Schwenningen, Hochschule für Polizei, Texte Nr. 8, 1996
17: HAZ v. 14.6.96
18: HAZ v. 18.2.98
19: HAZ v. 17.2.96
20: HAZ v. 3.3.99
21: T. Feltes, a.a.O:, S.7
22: H. Pfeiffer, Koordinator des Kommunalen Kriminalpräventiven Rates Hannover, Dezember 1997

Abgedruckt wurde dieser Artikel bereits in der Zeitschrift FORUM Wissenschaft, Nummer 2, April 1999.



Die Rechnung der Regierenden ist voll aufgegangen

Eine kritische Betrachtung der Aktionen gegen die Kölner Gipfel

by Sandra K.

Die Gipfel in Köln sind vorbei, und fast hätte niemand gemerkt, daß es auch Gegenaktivitäten dazu gab. Die Krönung lieferte Bundeskanzler Schröder im ZDF, als er nach seiner Meinung zur Demo am 19.6.99 befragt wurde und sinngemäß antwortete: "Die wollen doch das gleiche: Schuldenerlaß für die ärmsten Länder!". Die Betonung der Schuldenerlaßforderung, die sich nur schwer von der aktuellen Regierungspolitik der rot-grünen Regierung unterschied, trug erheblich mit dazu bei, daß der Protest gegen die Gipfel in der Öffentlichkeit kaum sichtbar war. Es kam auch zu fast keinen nennenswerten Störaktionen. Den Regierungsvertretern dürften die Proteste kaum aufgefallen sein.

Lauter Latschdemos

Aber nicht nur zum Weltwirtschaftsgipfel (WWG), auch zum EU-Gipfel am 3. und 4. Juni, sowie zur G8-Außenministertagung und zur "Kosovo-Stabilitätskonferenz" im Juni in Köln regte sich kein allzu lauter Widerstand. Und wenn auf den Straßen etwas stattfand, waren es auch nicht viel mehr als Latschdemos. Latschdemos fallen in der öffentlichen Darstellung kaum auf: selten werden die Forderungen der Demo medial vermittelt, allenfalls die Zahl der Teilnehmenden wird registriert - und die blieb in Köln meist hinter den Erwartungen zurück. Selbst die Erlaßjahrkampagne mobilisierte aufgrund des gleichzeitig stattfindenden Kirchentags in Stuttgart weniger Menschen als erwartet. Beim letzten Weltwirtschaftsgipfel in Birmingham 1998 versammelten sich sogar bis zu 80.000 Menschen. Die größte Demo gegen die Gipfel in Köln war die Demo der Europäischen Märsche mit einem Antifa-Block der AABO (Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation). Die Euromarsch-Demo vermochte am meisten TeilnehmerInnen (nämlich 35.000) aus anderen Ländern und Städten anzulocken. Die Demo der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und neuerdings auch gegen Krieg war somit mengenmäßig ein Erfolg. Die bunte Demo verzeichnete die größte Beteiligung von Gruppen aus anderen Städten und Ländern. Die AABO (Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation) mobilisierte zu einem großen Block, außerdem gab es einen riesigen anarcho-syndikalistischen Block, einen kurdischen Block, usw. Dennoch sollte die Demo vom 29.5.99 nicht über den grünen Klee gelobt werden. Die Demospitze der Europäischen Märsche hat nicht angemessen reagiert, als es der Polizei darum ging, die Demonstration zu trennen. Es sollten wohl symbolisch Synergieeffekte zwischen verschiedenen Spektren verhindert werden.

Für den fehlenden Protest während des EU-Gipfels (am 3. und 4. Juni) war auch die Tatsache verantwortlich, daß am 4.6. ein Kongreß stattfand, und eine Demo am 3.6., zu der nur 3.500 Menschen kamen und wenig Menschen aus anderen Ländern, im Gegensatz zur Demo der Europäischen Märsche am 29.5.

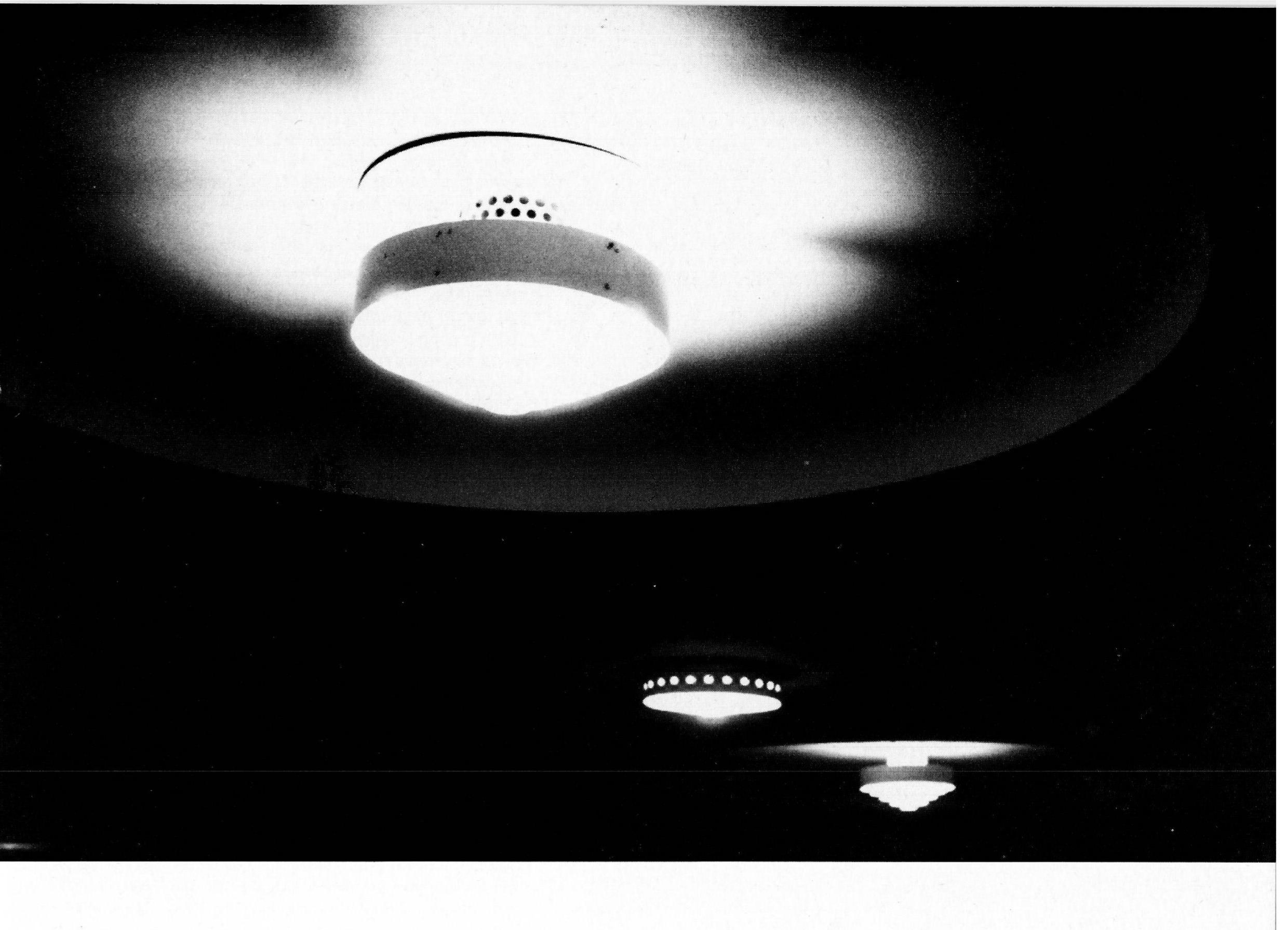
Mit der Verlegung der Demonstration auf den 29.5. gehe die Rechnung der Herrschenden voll auf, der EU-Gipfel bleibe protestfrei, hatte die Ökologische Linke argumentiert und darum die linksradikale Demonstration auf den 3.6. festgelegt. So fand am 3.6. eine äußerst berechenbare kleine bundesweite linksradikale Latschdemo weitab von der Innenstadt statt, und ansonsten blieben die Linksradikalen am 3. und 4. Juni mit ihrem Gegenkongreß der Straße fern und beschränkten sich auf verbalen Protest.

Die Medien nahmen den Gegenkongreß fast nicht zur Kenntnis. Hinzu kommt, daß gar das Scheitern der bundesweiten linksradikalen Demo drohte, die hauptsächlich von der Ökologischen Linken und der Gruppe Perspektive aus Bremen organisiert wurde. Erst im letzten Moment sicherten weitere Kräfte, die Antifa KOK aus Düsseldorf und die Infopoints in Köln, eine funktionierende Organisationsstruktur (z.B. OrdnerInnen) für die Demo.

Indem die beiden Alternativ- bzw. Gegenkongresse nicht parallel, sondern nacheinander stattfanden, fehlte es weitgehend an einem Zusammenkommen unterschiedlicher Spektren, Synergieeffekte wurden dadurch verhindert.

Aktionstage: Eene mene Platzverweis - und weg bist du!

Mit Platzverweisen und großen Verhaftungsaktionen hatten 12.000 PolizistInnen die wenigen Protestierenden völlig im Griff. Wir hätten viel zahlreicher sein müssen und an mehreren Orten gleichzeitig, um Überraschungseffekte



erzielen zu können. So konnte mit sofortigem Platzverweis ab einer versammelten Person schon vor einer Aktion ebensolche bereits vor ihrem Stattfinden verhindert werden. Eine Öffentlichkeit zu dieser Aktionsverhinderungswelle durch die Polizei fand kaum statt. Auf die Polizeitaktik der Platzverweise, spätestens seit den Chaos-Tagen in Hannover gang und gäbe, gab es in Köln keine Antwort. Auch die AktivistInnen des internationalen Aktionstags vermochten nicht phantasievoll darauf zu reagieren: Die TeilnehmerInnen der Interkontinentalen Karawane blieben angesichts der am 18.6. erfahrenen Repression (stundenlanges Festsitzen in einer Straßenbahn während eines Polizeikessels an der Haltestelle, 260 Platzverweise, Handgreiflichkeiten und rassistische Äußerungen der PolizistInnen) bei der Demo am 19.6., die zum Höhepunkt ihres Europaaufenthaltes werden sollte, mehrheitlich auf dem Camp. Auch in bezug auf soziale Bewegungen die sich international vernetzen stehen wir offenbar erst am Anfang. Schließlich hätte doch jemand den Bäuerinnen und Bauern aus Indien sowie AktivistInnen aus Bangladesch, Nepal, Mexiko und anderen Ländern doch vorher beschreiben können, wie polizeiliche Repression hierzulande aussehen kann.

16.-18.6.: G7- Alternativgipfel des Bündnis Köln 99


Beim Alternativgipfel am 17./18. Juni war eine ausführliche Diskussion nicht vorgesehen. Der Kongreß war sehr akademisch, es handelte sich um eine Aneinanderreihung von Vorträgen mit anschließenden Nachfragen aus dem Publikum. Da es keine Arbeitsgruppen gab, blieb wenig Raum für Interaktion unter den Teilnehmenden. Der Kongreß bot thematisch wenig Neues, und es waren teilweise dieselben prominenten ReferentInnen eingeladen wie beim alternativen Weltwirtschaftsgipfel in München 1992 oder 1985 in Bonn: Susan George, Elmar Altvater, Vandana Shiva, usw. Auch zwischen den verschiedenen Bereichen fand kaum Interaktion statt. Am 16.6. lief ein Symposium zu Alternativen zur Globalisierung (veranstaltet vom Komitee Widerstand gegen das MAI und anderen), die dortigen Diskussionen wurden anderntags kaum aufgegriffen. Am ersten Tag des Alternativgipfels liefen drei Foren gleichzeitig: Migration, Zukunft der Arbeit und Ökonomie, und am zweiten Tag sollten diese Themen zusammenfließen, in dem TeilnehmerInnen aus allen drei Foren auf den Podien sassen. Ein erkennbarer Austausch auf dem Podium entstand jedoch nicht, trotz der Teilnahme z.B. des Hungerstreikenden Viraj Mendis (Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen) und von Detlef Hartmann (Kein Mensch ist illegal). Letzterer glänzte mit einem schön bissigen Beitrag über NGOs sowie Krieg, nur die Synchronübersetzung konnte ihm überhaupt nicht folgen.

Ausgrenzende Mobilisierung

Beide Bündnisse, das breitere Bündnis Köln 99 (anfangs Antoniterkirchenplenum genannt) und das bundesweite linksradikale Plenum (im folgenden Lira-Plenum) entwickelten trotz einer sehr langen Vorbereitungsphase wenig Mobilisierungskraft. Vielmehr sorgten sie mit gegenseitigen Abgrenzungstendenzen dafür, daß sich immer mehr Gruppen aus dem Vorbereitungsprozeß zurückzogen, an dem anfänglich bundesweit sehr viele Städte beteiligt waren. Sie wandten sich Antikriegsaktionen oder anderen Aktivitäten vor Ort zu.
Einzig die Europäischen Märsche konnten durch das frühzeitige Organisieren von Bussen im In- und Ausland eine nennenswerte Anzahl von Menschen dazu bewegen, nach Köln zu kommen.

Bündnis Köln 99

Das Bündnis Köln 99 verhedderte sich in endlosen Aufruf-Diskussionen, bei denen



ernsthaft diskutiert wurde, die "Bleiberecht für alle"-Forderung entweder zu streichen (und damit das Netzwerk "Kein Mensch ist illegal" aus dem Bündnis zu drängen) oder in eine verwässernde Aufzählung zu verwandeln. Hintergrund der von der Umweltorganisation BUND aufgeworfenen Auseinandersetzung waren die Botschaftsbesetzung durch KurdInnen für die Freiheit von Öcalan (wenn kein Bleiberecht für alle, dann wohl nicht für kriminalisierte AusländerInnen?). Schließlich wurde die Forderung in eine völlig akzeptable Formulierung "für ein Europa ohne Grenzen..." umgewandelt. Gleichzeitig (und in der Aufregung weniger beachtet, dies war bestimmt auch Absicht) wurde die Forderung nach "Schuldenstreichung für alle Entwicklungsländer und Reparationszahlungen für neokoloniale Ausbeutung" gestrichen und in das Erlaßjahr-kompatible "Schuldenstreichung für die ärmsten Länder" umgewandelt.
Ein eigenständiges Profil gegenüber der Erlaßjahrkampagne, die am 19.6.99 eine Menschenkette veranstaltete, war seitens des Bündnisses Köln 99 nicht sonderlich beabsichtigt. Die Nichtregierungsorganisation (NGO) WEED aus Bonn übte im Bündnis Köln 99 eine deutliche Hegemonie in der Außendarstellung aus. Erklärtes Hauptziel auch des gesamten Alternativen Weltwirtschaftsgipfels war gemäß den Presseerklärungen von WEED die Forderung nach einem Schuldenerlaß für die ärmsten Länder.

Bundesweites linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum (LiRa)

Das bundesweite Lira-Plenum führte ebenfalls endlose Aufruf-Diskussionen. Grundlage war ein Text, der in seinen Grundzügen auch vor zehn Jahren hätte geschrieben werden können (und einige munkelten, es handele sich bei der Vorlage um einen Text, der für den WWG 1992 geschrieben wurde). Die Ökologische Linke setzte hier eine bundesweite Hegemonie durch, die Schwerpunktsetzung auf den EU-Gipfel wurde mit (im Vergleich zum Aufruf) geringer Diskussion durchgesetzt.

Ein großes Problem entstand bei der Verlegung des offiziellen EU-Gipfels vom 3. bis zum 6. (inklusive Wochenende) auf den 3./4. Juni. Die Europäischen Märsche entschieden sich auf einer Konferenz Ende Januar in Köln, bei der nur wenige Linksradikale und auch wenige KölnerInnen anwesend waren, für die Demo am 29.5., weil Fronleichnam (3.6.) nur in wenigen europäischen Ländern ein Feiertag ist. Die AABO mobilisierten für den 29.5. und verabschiedeten sich aus dem bundesweiten Lira-Plenum.
Beim bundesweiten Lira-Plenum wurde Ende Februar diskutiert, wie darauf zu reagieren sei, und die Hälfte der Anwesenden sprachen sich für eine Vorverlegung des Gegenkongresses aus, insbesondere auch, um Linksradikale aus dem Ausland anzusprechen. Die Ökologische Linke und die Gruppe Perspektive aus Bremen nutzten die Moderatorenposition aus, um ihre Meinung durchzusetzen. Wenn die Europäischen Märsche Erwerbslose vertreten, können sie auch unter der Woche demonstrieren", fanden sie gehässig. Eine Kritik aus München an diesem Treffen wurde vom Bundesvorstand der Roten Hilfe abschlägig beantwortet und insgesamt kaum beachtet. In der Folge erschienen viel weniger Gruppen zu den bundesweiten Treffen (dieser Trend war auch beim Bündnis Köln 99 zu beobachten), die Kongreß- und Demovorbereitung wurde im kleinen Kreis weitgehend von Ökoli, Perspektive und Rote Hilfe durchgeführt, es gab keine ausführlichen Protokolle von den AGs.
Schließlich wurde sogar die Beteiligung von weiteren Gruppen an der Anti-EU-Kongreßvorbereitung verhindert: War schon die Aufforderung, andere Gruppen aus dem Ausland in die Kongreßvorbereitung mit einzubeziehen, auf taube Ohren gestoßen, so wurde ein Antinationales

Forum von den Gruppen Venceremos Berlin, Demontage Hamburg u.a. auf dem Kongreß rundweg abgelehnt. Der Kongreß selbst blieb so am 3./4. Juni ein kleiner Kreis, doch das ausgelagerte Antinationale Forum vermochte immerhin am meisten TeilnehmerInnen anzulocken.

"Es gibt kein richtiges Leben im Falschen" - Müssen wir deswegen alles falsch machen?

Wir haben in Köln zahlreiche Fehler gemacht, und es gilt, für die nächste große Kampagne (z.B. Anti-Expo, Anti-WTO) daraus zu lernen. Beim G7-Alternativgipfel wurde ein Flugblatt (aus autonomen antiimperialistischen Kreisen) verteilt mit dem Titel "Neokeynesianische Illusionen", das sich kritisch mit dem Programm des Alternativgipfels von "Bündnis Köln 99" auseinandersetzt: "Das dortige Programm erscheint bunt bis beliebig, radikalere und reformistische Ansätze stehen unvermittelt bis widersprüchlich nebeneinander. So kann es kaum verwundern, daß ein Diskussionstitel für den 18.6. gänzlich unverhohlen nach ‚Perspektiven neokeynesianischer Reformalternativen' fragt". Nach einer Darstellung der Rolle des Keynesianismus im (sozialen) Krieg und der Bedeutung einer Rückkehr zu alten Regulierungsformen, erklären die FlugblattschreiberInnen: "Wenn sie [diejenigen, die nur die Organisation des Krieges verändern und verbessern wollen] nach Defizitfinanzierung rufen, dann muß ihnen gesagt werden, daß die internationalen Finanzmärkte gewaltige Spielräume der Defizitfinanzierung geschaffen haben, daß der aktuelle G7-Keynesianismus in der Form einer enormen amerikanischen Privatverschuldung den weltweiten Wachstumsmotor monetär füttert." Und anschließend zitieren sie aus dem Manifest der Interkontinentalen Karawane (ICC): "Diese Reformen bewirken keine Veränderung in bezug auf die Ballung wirtschaftlicher, politischer und technologischer Macht, in welcher all unsere Probleme wurzeln - im Gegenteil, sie haben die Tendenz, diese Mechanismen zu verstärken." Angesichts der ICC, die gemeinsam mit der "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" gegen die Unterdrückungen und Verwüstungen im Trikont sowie gleichzeitig gegen den rassistischen Abschiebeterror demonstriert, kommen die AutorInnen zu folgendem Ergebnis: "Allein in der konkreten Verknüpfung verschiedener Auseinandersetzungsfronten [wie antirassistischen Fluchthilfen und Widerständen gegen die sozialen Säuberungen in den Städten, in Kämpfen gegen neofaschistische Formierungen, gegen neue patriarchale Formen sexistischer Gewalt u.a.] liegt die Möglichkeit, Widerstandsstrategien auf ein Niveau zu bringen, das der komplexen Logik des abgestuften sozialen Krieges entgegenwirken kann".

Synergieeffekte am 18.6.

Wenn Gruppen aus verschiedenen Spektren und aus verschiedenen Ländern sich miteinander solidarisieren und zu einer gemeinsamen Praxis kommen, können durch diese unerwarteten Zusammenkünfte unberechenbare Aktionen geplant werden. Aus dieser Interaktion zwischen verschiedenen Gruppen können sich Synergieeffekte entwickeln, aus denen etwas Neues entstehen kann. Ein Beispiel für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist der internationale Aktionstag, der von Reclaim the Streets und vielen anderen Netzwerken initiiert wurde.
Der globale Aktionstag beinhaltete koordinierte Aktionen in Nigerien, Australien, den USA, Kanada, Argentinien, Uruguay, in der Tschechischen Republik, Weißrußland, Zimbabwe, Pakistan und zahlreichen anderen Ländern. In London protestierten fast 10.000 Menschen in der Innenstadt mit mehreren Aktionen, und die Medien berichteten über eine "antikapitalistische Demonstration". Ansonsten fand dieser globale Aktionstag wenig Echo in den Medien. Dies liegt vielleicht auch an der Unvorstellbarkeit des Neuen, daß Gruppen in 43 Ländern auf allen fünf Kontinenten längere Zeit auf ein solches gemeinsames Datum hinarbeiten.

Friede, Freude, Eierkuchen oder Repolitisierung der Love Parade? Weder noch. Auch diese neue Aktionsform trifft schnell auf die Repression durch die Polizei. In Köln scheiterte die geplante Aktion am Nachmittag des 18. Juni an einem Beinahekessel am Versammlungsort und einer Einkesselung von mehreren hundert AktivistInnen an einer Straßenbahnhaltestelle. Einzig die am Vormittag des 18. Juni durchgeführte Demonstration gegen Bayer Leverkusen (vom Werktor in die Innenstadt) blieb unbehelligt.
Es muß also (trotz Repression) versucht werden, noch mehr Leute für diese Aktionsformen zu gewinnen, gleichzeitig dürfen die Proteste nicht inhaltsleer bleiben (was böse Zungen "puren Aktionismus" nennen). Eine länderübergreifende Zusammenarbeit ist auch nicht so einfach, wie die Interkontinentale Karawane zeigte: das Projekt von rund 500 Bäuerinnen, Bauern und AktivistInnen aus Indien, Nepal, Bangladesch, Mexiko und anderen Ländern war viel zu überdimensioniert, die Inhalte blieben manchmal buchstäblich auf der Strecke. Zu viele Länder und Orte in zu kurzer Zeit wurden per Bus angefahren, und zum Schluß, beim Weltwirtschaftsgipfel in Köln, waren die Busreisenden erkennbar fix und fertig. Das Projekt zog in den Durchgangsorten erhebliche (finanzielle und personelle) Kräfte ab, die bei der Mobilisierung für Köln deutlich fehlten.

Einbindung des Protestes

In bezug auf Bewegungen wie der Schuldenerlaßkampagne Jubilee 2000 werden jedoch auch Gefahren von breiten internationalen Bündnissen sichtbar. Die Erlaßjahrkampagne unterscheidet sich fundamental von den "IWF-Mördertreff und IWF zerschlagen!"-Parolen 1988 in Westberlin. Noch 1994 hieß es beim IWF-Weltbank-Treffen in Madrid, als das Bretton-Woods-System sein 50jähriges Bestehen feierte, "50 Jahre sind genug". Die Nichtregierungsorganisation WEED (World Economy, Environment and Development) in Bonn lieferte mit ihren Analysen zur Schuldenproblematik im Vorfeld und während des Weltwirtschaftsgipfels die kritische aber brave Begleitstimme zur Schuldeninitiative der Bundesregierung und mauserte sich so zur Regierungsberaterin. Die von WEED geleistete öffentliche Darstellung "ihres" Alternativgipfels, der von der Stadt als Teil des offiziellen Rahmenprogramms zum WWG subventioniert wurde, vernachlässigte stark die anderen beiden Foren beim Alternativgipfel, das Forum "Flucht und Migration" von "Kein Mensch ist illegal" sowie das Forum "Zukunft der Arbeit" der linken NGO "medico international".

Nicht nur in Zeiten des (militärischen) Krieges, auch in befriedeten Vor- und Nachkriegszeiten ist die vielbeschworene "Zivilgesellschaft", in der sich die unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) tummeln, als Ort der Herrschaftssicherung ein umkämpftes Terrain. Es gilt, sich nicht der neuen Mitte anzubiedern, die immer mehr nach rechts tendiert. Über die Zivilgesellschaft läuft die Stabilisierung von Herrschaft und der Versuch der Einbindung einst radikalerer Kräfte. Diese Einbindung geht soweit, daß ehemalige Teile der Friedensbewegung in der Grünen-Partei auf einmal humanitäre Bomben befürworten und mithelfen, einen Krieg zu legitimieren und die Besetzung eines Landes als Friedensmission zu verkaufen. Die Antikriegsproteste in Köln und anderswo (auch WEED und das Bündnis Köln 99 positionierten sich gegen den Krieg) trafen auf wenig Resonanz in den mainstream-Medien.

In geordneten Bahnen, leicht kontrollierbar durch den Staat, ist Protest kaum mehr öffentlich sichtbar. In Köln wurde über die Medien ein solcher Jubel über den Besuch der Staatgäste inszeniert, daß der vorhandene Ärger über Personenkontrollen und Verkehrsbehinderungen bis hin zu einem eigentlichen Belagerungszustand von 12.000 PolizistInnen, kaum eine kritische Äußerung fand. Während der Kosovo-Stabilitätskonferenz in Köln war keine Antikriegsstimme zu hören, es blieb in dieser Hinsicht beim Schweigen im Blätterwalde.

Nur mit einer internationalen Vernetzung von sozialen Bewegungen, die sich neue und unberechenbare Aktionsformen einfallen lassen, kann die Lethargie in der Gesellschaft aufgebrochen werden. Es müssen Freiräume geschaffen werden, in denen Menschen aus unterschiedlichen Bereichen zusammenkommen und sich gegenseitig informieren, weiterbilden und versuchen, Gegeninformationen zur herrschenden Meinung in die Welt zu setzen, um Diskussionen in Gang zu bringen, die schrittweise dazu beitragen, nebst fundierten Analysen der gegenwärtigen Situation und der Veränderungen seit zwei Jahrzehnten auch Perspektiven der Aufhebung der Verhältnisse zu eröffnen.
Mit Abgrenzungen gegenüber breiteren Bündnissen, wie sie Köln praktiziert wurden, werden jedoch die Nichtregierungsorganisationen sich selbst und ihren regierungskompatiblen Vorschlägen überlassen, und auch die Linksradikalen bleiben unter sich, so daß keine öffentlich wahrnehmbare Auseinandersetzung gegen diese kapitalismusverbessernden Positionen stattfinden kann.

Männer machen weiter

Männliche Arbeitskulturen: Wie Gleichstellung ganz ohne Strategie verhindert wird

by Stephan Höyng und Ralf Purchert

Wenn ich die Meinungsäusserungen und Wortwechsel über den Krieg der NATO gegen Jugoslawien, und der jugoslawischen Führung gegen die albanische Bevölkerung Kosov@s, mitverfolge, auf verschiedenen e-mail-Verteilern sowie in persönlichen Gesprächen mit Leuten, fällt mir auf, wie verunsichert viele sind. Es scheint vielen AktivistInnen Schwierigkeiten zu bereiten, die elementarsten Prinzipien einer tradierten linksradikalen Politik in eine Zeit hinüberzuretten, in der ein Krieg nicht mehr so einfach als imperialistisch/antiimperialistischer - hier böse ImperialistInnen, dort tapfere BefreiungskämpferInnen - gedeutet werden kann. Es scheint mir, dass nicht die Prinzipien selber aufzugeben sind. Nach wie vor sollen Menschen und ihr gelebtes Leben vor der grossen Politik stehen. Nach wie vor geht es darum, gegen Angriffe auf unsere Autonomie solidarischen Widerstand zu entwickeln, ohne Unterschiede unter uns einzuebnen. Nach wie vor gilt es, diskursive Ablenkungsmanöver zu durchschauen und eine Analyse im Verständnis von ökonomischen und sozialen Machtmechanismen zu verankern. Es sind eher weniger bewusste Eigenheiten linker und autonomer politischer Praxis, die eines Überdenkens bedürfen.

Gleichstellungspolitik zielte Anfang der achtziger Jahre darauf, die Gesamtstruktur der Ungleichheit der Geschlechter im Privaten und im Öffentlichen zu verändern. Es gab die Hoffnng, daß patriarchale Grundkonstruktionen unserer Gesellschaft mit Hilfe dieser Politik ausgehebelt werden könnten. Inzwischen sind viele Instrumente der Gleichstellungspolitik selbstverständlich geworden. Trotz dieser Erfolge machen sich Resignation und Skepsis bezüglich der Erreichbarkeit der Aufhebung der Geschlechterhierarchien durch diese Politik breit. Bei dem "Marsch durch die Institutionen" ist so viel von den ursprünglichen radikalen Ideen aufgegeben worden, daß heute kaum noch weitergehende Maßnahmen erwartet werden können. Gleichstellungsmaßnahmen werden zunehmend als Förderinstrumente eingesetzt, die einzelne Frauen bei der Karriere stützen können, zum Abbau der Geschlechterhierarchien so aber nicht ausreichen.

Wir gehen davon aus, daß die geringe Wirksamkeit auch dadurch bedingt ist, daß Gleichstellungsmaßnahmen fast immer auf Frauenförderung begrenzt sind, statt Männer gedanklich und strategisch mit einzubeziehen. Wie Männer Gleichstellungsbestrebungen verhindern und unter welchen Bedingungen sie diese unterstützen, ist bisher weder bei der Entwicklung von Maßnahmen mitbedacht noch wissenschaftlich untersucht.

Unsere These lautet, daß Männer im Berufsleben eine Arbeitskultur schaffen, die die herrschende Geschlechterordnung gegen Veränderungen immunisiert, obwohl nicht nur Frauen, sondern auch Männer in unterschiedlichem Maße unter dieser Kultur leiden. Diese Kultur in Betrieben und Verwaltungen unserer Gesellschaft bezeichnen wir als patriarchale Arbeits- und Organisationskultur (Raschke 1991). Ihre Ausprägungen haben wir in Berliner Verwaltungen mit Hilfe von qualitativen Interviews erforscht und auf Veränderungsmöglichkeiten hin zu einem gleichgestellten Zusammenarbeiten von Männern und Frauen überprüft.

Männer zwischen Aufgeschlossenheit und Untätigkeit

Männer verhindern die berufliche Gleichstellung von Frauen nicht durch aktiven bewußten Widerstand. Im Normalfall erscheint es weder notwendig noch den eigenen Wertvorstellungen gemäß, offensiv gegen Gleichstellungsziele anzugehen. Das globale Bekenntnis zur Gleichstellung verdeckt die verschiedenen individuellen Vorstellungen über die Ziele und Konzepte des Gleichstellungsprozesses. Den Zustimmungsbekundungen entsprechen ganz verschiedene soziologische Konzepte von Gleichheit: Startgleichheit, Gleichberechtigung und Gleichbehandlung werden von fast allen Männern getragen, Chancengleichheit, insbesondere die repräsentative, wird nur von wenigen und absolute Gleichheit wird gar nicht befürwortet. Die Zustimmung zu den derzeit weitgehend folgenlosen Konzepten ist am größten. Das Konzept der repräsentativen Chancengleichheit, das den Quotierungsforderungen zugrundeliegt und eindeutige Konsequenzen mit sich bringen würde, wird von Männern sehr selten vertreten, insbesondere sobald es um ihren eigenen Arbeitsbereich geht.

Männer überbrücken den Widerspruch zwischen Diskriminierung, ihrer positiven Einstellung zur Gleichstellung und ihrer Untätigkeit bezüglich derselben hauptsächlich mit selektiven Formen der Wahrnehmung von Differenz und Diskriminierung, die wir "interessengeleitete Nichtwahrnehmung" nennen. In ihrem eigenen Arbeitsumfeld überschätzen Männer den bereits erreichten Stand der Gleichstellung erheblich. Insoweit existiert für sie keine Notwendigkeit zu handeln. Auch die Diskriminierung durch sexuelle Belästigung ist Männern in ihrem Umfeld schlichtweg unbekannt - sie wird nicht als solche wahrgenommen.

Folgenlose Gleichstellungsbekundungen und interessengeleitete Nichtwahrnehmung ermöglichen es Männern, sich gleichzeitig als Gleichstellungsfreunde zu sehen und trotzdem nicht für Gleichstellung aktiv zu werden. Sehen wir uns nun den informellen Bereich genauer an, so sind es unterschiedliche Arbeitskulturen, die Gleichstellung verhindern.
Wir fanden deutlich verschiedene Arbeitskulturen in den drei von uns befragten Untersuchungsgruppen. Diese gingen mit jeweils einer dominanten Maskulinität einher. Im Folgenden werden wir drei Ausprägungen von Maskulinitäten auf der individuellen Ebene anführen. Die dazugehörigen idealtypischen Arbeitskulturen werden wir durch die Schilderung der Untersuchungsgruppen, die jeweils deutlich zu einem Typ tendierten, konkretisieren.

Die guten Ernährer

Die Maskulinität des guten Ernährers basiert auf der Normvorstellung der bürgerlichen Familie. Er ist typischerweise verheiratet und hat Kinder. Die Aufteilung der Bereiche Beruf und Familie zwischen Mann und Frau sind für ihn fest vorgegeben. Die Tatsache, daß seine Familie fast immer auf zwei Einkommen angewiesen ist, ficht seine Zuordnung zur Berufswelt nicht an. Das Einkommen der Frau wird als Zusatzverdienst wahrgenommen, er versteht sich als Familienversorger. Der gute Ernährer weist der beruflichen und der außerberuflichen Lebenssphäre ähnliche Wichtigkeit zu. Real jedoch konzentriert er sich auf seine Ernährerrolle und damit auf die Berufsarbeit. Hier im Beruf arbeitet und erträgt er möglichst viel, um seine Familie möglichst gut zu versorgen. Indem er Berufsarbeit als seinen Beitrag zum Familienleben versteht, ist es ihm möglich, dort real keine Verantwortung zu übernehmen.
In unserer ersten Untersuchungsgruppe, die wir aufgrund ihres Arbeitsinhaltes als Untersuchungsgruppe *Technik* bezeichnen, entsprechen fast alle Mitarbeiter der Maskulinität des guten Ernährers. Die Techniker und Ingenieure haben eine professionell-technokratische Haltung. Sie arbeiten relativ isoliert und haben viele Außentermine, so bietet die Gruppe auch wenig Kontakt und emotionale Zuwendung.
Das eigene Selbstwertgefühl wird vor allem durch Abgrenzungen in die verschiedenen Richtungen gestärkt. Dabei definieren sich die guten Ernährer konsequent über Fachlichkeit. Eine sich immer wieder selbst bestätigende Hierarchie "fachlich Kompetenter" über "Inkompetente" wird dann nicht nur in Flurgesprächen zur Ausgrenzung genutzt. Informell gibt es eine einer Hackordnung leichende Hierarchie von Westlern über Ostler sowie von Männern über Frauen. Mittel dazu sind Witze, Flurgespräche, Intrigen. Auch Leistung definieren die Mitarbeiter in der *Technik* allein über Fachlichkeit. Damit grenzen sie sich auch nach oben ab, gegenüber fachlich unwis-







senden Führungskräften, deren kommunikativen Fähigkeiten und "Kungelei". "Mit Menschen umgehen", so sagen diese Männer, das sei etwas, das sie weder wollen noch können. All diese Ausgrenzungen schaffen ein mäßiges Arbeitsklima, die Mitarbeiter dieser Gruppe selbst nennen es "grob" und "rauh".
Es ist die Kombination von loyaler Unterordnung in der Hierarchie und Ausgrenzung aller irgendwie Andersartigen, die in dieser traditionell patriarchalen Arbeitskultur Gleichstellung verhindert. Die Gruppe der Väter zeigt sich am kritischsten gegenüber Gleichstellungsmaßnahmen. Gute Ernährer vernachlässigen das Arbeitsklima und soziale Bedürfnisse am Arbeitsplatz und schaffen damit ein für Frauen üblicherweise schwieriges Klima.

Die Übererfüller

Als Übererfüller bezeichnen wir einen Mann, der sehr weitgehend die gesellschaftlichen Erwartungen an Männer übernimmt, insbesondere hinsichtlich Leistungsfähigkeit und Erfolg. Er richtet sein Leben ganz auf die Berufsarbeit aus und vernachlässigt darüber den privaten Lebensbereich. Er kennt kaum noch Bedürfnisse, die sich nicht ins Berufsleben einpassen lassen. Ein Familienzusammenhang und Kinder sind nur möglich, soweit die Partnerin diesen Bereich als Hausfrau vollständig abdeckt. Der vollständige Einsatz im Beruf bringt ihn oft in Führungspositionen.
Ein sich am Stammtisch treffender Kreis von solchen Führungspersönlichkeiten bildet unsere zweite Untersuchungsgruppe, die wir dementsprechend als Untersuchungsgruppe *Stammtisch* bezeichnet haben. Nur ausgewählte männliche Führungspersönlichkeiten und Kooperationspartner der Verwaltung werden zum regelmäßigen Biertrinken und Austausch eingeladen. Diese informelle Gruppe von Männern hat in ihrem Verwaltungsbereich einen erheblichen Einfluß auf alle wichtigen Entscheidungen. Ihre Arbeitskultur ist gekennzeichnet einerseits durch Karriereorientierung, Ausgrenzung von anderen, internen Druck und andererseits durch Zusammengehörigkeitsgefühl, kameradschaftlichen Umgang und langjährige Beziehungen. Die dem *Stammtisch* zugehörigen Männer kennen und bestimmen die Spielregeln insbesondere im informellen Bereich ihrer Verwaltung.
In solchen männlichen Seilschaften und der von ihnen definierten Arbeits- und Organisationskultur lassen sich nach unserer Untersuchung recht präzise die in ethnologischen Untersuchungen erfaßten wesentlichen Merkmale von Männerbünden wiederfinden: das Anciennitätsprinzip, Verfügbarkeit und Loyalität sowie eine kameradschaftliche Männergemeinschaft.
Das zur Erhaltung von Tradition und Hierarchien bedeutsame Anciennitätsprinzip zeigt sich in öffentlichen Verwaltungen noch ganz ungebrochen im formellen Prinzip der Beförderung nach Dienstalter. Bei der Untersuchungsgruppe *Stammtisch* sind die charismatischen Führer, die "die anderen mit hochgezogen haben", gleichzeitig die Dienstältesten. Loyalität muß Vorgesetzten, aber auch der Gruppe entgegengebracht werden. Der Zugang zu höheren Positionen wie auch zum *Stammtisch* setzt eine ständige Verfügbarkeit voraus, wir können neben einer von Position zu Position steigenden Arbeitszeit auch einen zunehmenden Zeitaufwand für berufliche Kontaktpflege feststellen.
Die hier beschriebene Kultur bezeichnen wir als männerbündische Arbeitskultur. Übererfüller unterstützen zwar verbal Gleichstellungsmaßnahmen am deutlichsten ("Da kann man nur positiv zu stehen ..."), aber die von ihnen geschaffene Organisationskultur und ihre Lebensweise behindern Frauen praktisch automatisch. Im Beruf ver-



drängen sie durch ihr Verhalten Frauen und andere Männer aus Aufstiegspositionen. Arbeitszeitverkürzungen für sie selbst liegen ihnen fern.

Die Zeitpioniere

Eine selten anzutreffende, nicht hegemoniale Maskulinität, die aber angesichts der Veränderungen der Arbeitswelt zukunftsweisend sein kann, verkörpern die Zeitpioniere. Der Zeitpionier (Hörning et.al. 1990) arbeitet normalerweise nicht Vollzeit, sondern mit kürzeren und flexibleren Arbeitszeiten, weil er neben seinem Beruf auch andere Schwerpunkte verfolgt. Im Selbstverständnis des Zeitpioniers ist der Beruf eine von mehreren Lebenswelten, die nach sozialen Kriterien zu gestalten sind. Er setzt seine Verortung sowohl im Privaten als auch Beruflichen im Gegensatz zum guten Ernährer auch um. Die Aufteilung der Hausarbeit bleibt aber auch in seinen Partnerschaften geschlechtshierarchisch. Er verfolgt seine außerberuflichen Interessen und will souverän und eigenverantwortlich mit seiner Zeit umgehen. Auch im Beruf ist er motiviert, leistungsbereit und engagiert. Sein erweitertes Verständnis von Berufsarbeit wird insbesondere in einer anderen Gewichtung von Kooperation und Kommunikation deutlich.
Viele Mitarbeiter der dritten Untersuchungsgrupp *Grundlagenentwicklung*, die hauptsächlich damit beschäftigt ist, Planungsgrundlagen für die Stadtentwicklung zusammenzutragen und aufzuarbeiten, entsprechen mit ihrer individualisierten Lebensauffassung und verkürzten Arbeitszeiten dem Typus des Zeitpioniers. Die Untersuchungsgruppe *Grundlagenentwicklung* ist für Verwaltungen ein Ausnahmefall, weil nicht nur Frauen, sondern auch alle Männer verkürzt arbeiten. Das relativ neue und junge Arbeitsfeld der Gruppe umfaßt keine Ordnungsaufgaben, sondern langfristige Planung und Öffentlichkeitsarbeit. Die Beschäftigten sind fast nur AkademikerInnen und etwa zur Hälfte Frauen.
In der *Grundlagenentwicklung* ist das Interesse an einem kooperativen Arbeitsstil stark, weil die als sinnvoll erlebte Arbeit in einem hervorragenden Arbeitsklima auch einen Abgleich mit privaten Bedürfnissen zuläßt. Hier zeigt sich exemplarisch auch ein anderer Umgang mit den Gewinnen und Privilegien des Berufs auf der Basis von sozialen Kriterien und Solidarität. Aufstiegsverzicht zugunsten einer Kollegin, Arbeitszeitverkürzungen auch in höheren und gehobenen Positionen sind hier möglich. Die Arbeitskultur dieser Untersuchungsgruppe bezeichnen wir als kooperative, lebensvolle Bürokultur (Bosetzky/Heinrich 1989). Sie zeichnet sich dadurch aus, daß die Verantwortung möglichst bei denen liegt, die Tätigkeiten auch durchführen. Dies entspricht flacheren Hierarchien. Wichtige Informationen werden an alle weitergegeben, Entscheidungen werden in der Gruppe diskutiert. Dies schafft offene Netze und entspricht kooperativen Modellen bei Entscheidung und Information. Projekte werden durch die daran Tätigen vorgestellt und repräsentiert. Dies bedeutet eine Dezentralisierung auch in Darstellung und Repräsentation. Doch auf die formelle Ebene sind diese Veränderungen noch nicht gedrungen: Die Leitung ist rein männlich besetzt.
Die lebensvolle Bürokultur verstehen wir dennoch als ein gleichstellungsfreundliches Modell, das sich durchaus in weit größerem Maße in die sich verändernde öffentliche Verwaltung integrieren ließe. Die zentralen Themen der letzten Jahre sind Anpassungen an die Produktions- und Marktentwicklung, das Aufnehmen von Modellen aus der Wirtschaft sowie die Auslagerung und Privatisierung von immer mehr Verwaltungsbereichen. In der Berliner Verwaltungsreform werden als Ziele Klientenzentrierung, Einsparungen, die Erhöhung des Anteils an Teilzeitarbeit und Effizienzsteigerungen verfolgt. Flachere Hierarchien sollen flexiblere Personalstrukturen schaffen, selbständige Arbeitsgruppen sollen die Arbeitsmotivation steigern und den Service verbessern, die Arbeitszeit soll flexibilisiert und verkürzt werden. Werden diese zumindest programmatisch verfolgten Ziele umgesetzt, können positive Effekte für Gleichstellung entstehen, wie die Untersuchungsgruppe *Grundlagenentwicklung* zeigt.
Zeitpioniere entsprechen männlichen Normen, besonders den beruflichen Anforderungen, nur bedingt. Sie haben noch andere Ziele, für die sie sich ebenfalls einsetzen. Diese Maskulinität erlaubt jungen Männern, die an sie gestellten beruflichen Anforderungen abzumildern, ohne sich ihnen vollständig zu verweigern. In den Widersprüchen zwischen Zielen und Anforderungen ist die Gefahr eines Rückgriffs auf traditionelle Maskulinitäten ständig gegeben, aber es liegen auch Ansatzpunkte für egalitäres Zusammenleben und -arbeiten darin. Zudem ist diese Männlichkeit auch für Frauen, die sich in entsprechenden Lebenssituationen befinden, attraktiv. Zeitpioniere könnten, auch wenn sie bisher in Verwaltungen nur in Ausnahmefällen auftauchen, mit den klassischen Maskulinitäten um die Hegemonie konkurrieren. Dazu müßte allerdings im Zuge der Verwaltungsreform gleichzeitig eine lebensvolle Bürokultur gefördert und ein Klima zugunsten von allgemeineren Arbeitszeitverkürzungen unterstützt werden.

Fazit

Männer gehen nicht strategisch gegen Gleichstellung vor, sie lehnen jedoch mittels kollektiver Wahrnehmungs- und Verhaltensmustern jede Eigenverantwortlichkeit für Diskriminierungen von Frauen ab. Und: Männer schaffen sich verschiedene Arbeitskulturen, die im Kampf um die Vorherrschaft ganz nebenbei "unpassende" Männer sowie Frauen ausgrenzen und Gleichstellungsmaßnahmen lautlos abschmettern.
Die hegemoniale männerbündische Arbeits- und Organisationskultur der Führungsetagen ist deutlich an klassischen Männerbünden orientiert - und sie scheint nicht im Aussterben begriffen zu sein. Informelle Gruppierungen wie diese Männerbünde können nicht zerschlagen werden - zu vielfältig sind die Bedürfnisse, die sie befriedigen, zu nützlich können sie für die Verwaltung sein. Chancen sehen wir jedoch durchaus für eine Öffnung und Erneuerung der Männerbünde hin zu Netzwerken, die alte Ausschlußmechanismen abbauen und eine größere Vielfalt unter den Mitgliedern ermöglichen. Denn selbst in den entsprechenden Gruppierungen fanden wir Männer, die Interesse an der Öffnung dieser Gruppen haben. Unterstützend müssen jedoch in jedem Fall strukturelle Veränderungen hinzutreten, die eine Machtkonzentration in den Händen weniger behindern.
Der Bedeutungsgewinn anderer Wertvorstellungen, die auch ein gleichgestelltes Leben beinhalten, verkörpert sich in der Maskulinität des Zeitpioniers. Trotz ihrer Widersprüchlichkeiten tragen Zeitpioniere individuell dazu bei, eine Umverteilung von Berufsarbeit zu verwirklichen. In gesellschaftlichem Maße liegt diese nicht nur wegen der Massenarbeitslosigkeit nahe, sondern eben auch, weil sie Gleichstellung fördern würde. Wie Zeitpioniere zeigen, kann dies auch für Männer ein Gewinn sein. Doch damit Männer solche Schritte gehen, brauchen sie, auch das zeigt der Zusammenhang von Arbeitskultur und Maskulinität, ein entsprechendes Umfeld. Verwaltungsreformen bieten in dieser Hinsicht einige Chancen.

Literatur:
Horst Bosetzky/Peter Heinrich: Mensch und Organisation. Aspekte bürokratischer Sozialisation. 4.Aufl. Köln 1989.
Karl Hörning, Anette Gerhardt, Matthias Michailow: Zeitpioniere. Flexible Arbeitszeiten - neuer Lebensstil. Frankfurt 1990.
Christian Raschke: Organisationsberatung. Analyse eines Konzeptes. Berlin (Manuskript) 1991.

Dr. Stephan Höyng ist Erziehungswissenschaftler, Bildungsreferent bei Dissens e.V. und arbeitet als Dozent an der Humboldt-Universität Berlin und der Katholischen Fachhochschule Berlin. Dr. Ralf Puchert, Diplompädagoge, Geschäftsführer von Dissens e.V., lehrt an der Technischen Universität Berlin und ist als freier Berater im pädagogischen Bereich Verhinderung der beruflichen Gleichstellung. Männliche Verhaltensweisen und männerbündische Kultur, Bielefeld 1998.

Der obige Beitrag ist zuerst erschienen in: Widersprüche, Heft 69, September 1998, Kleine Verlag, Postfach 101668, 33516 Bielefeld.

Wer stets das Gute will ...

Zur Kritik des alten Internationalismus

by Moe Hierlmeier

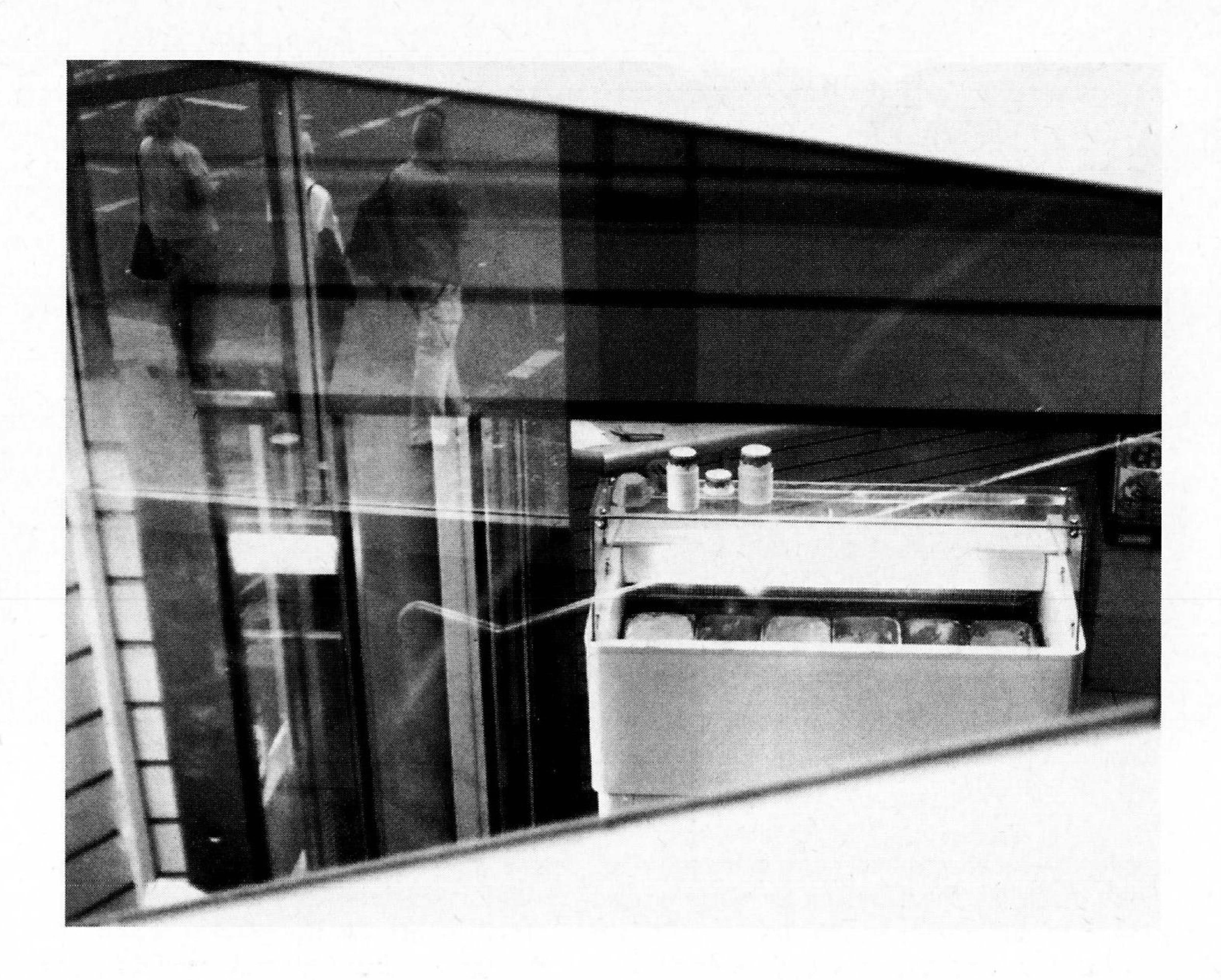
Die Suche nach einem neuen Internationalismus führt zu seinen Vorgängern. Die vereinfachenden Analysen, die Aufteilung der Welt in gut und böse und die krassen Fehleinschätzungen von Revolten und Revolutionen haben eine marginalisierte Bewegung hinterlassen, die sich erst allmählich von den zuweilen religiös anmutenden Lehren löst.In den 60er Jahren speisten sich internationalistische Impulse vor allem aus dem Protest gegen die Vietnam-Politik der USA. Das Massaker von My Lai, bei dem US-Soldaten die Zivilbevölkerung des Dorfes grausam ermordeten, wurde zum Symbol für die Verbrechen der USA. Ab diesem Zeitpunkt galt sie als das absolut Böse, als säkularer Antichrist. Mit Containment, Counterinsurgency und Low-Intensity-Warfare-Programmen versuchten sie emanzipatorische Bewegungen oder Regierungen zu unterdrücken. Guatemala, Kuba, Chile, Grenada, Nicaragua, El Salvador seien nur als Beispiele für die „Befriedung" des „natürlichen Hinterhofs" der USA genannt. Die Liste ließe sich für andere Kontinente fortsetzen.

Spurensuche 1 - „USA, SA, SS"

Der Protest und die Rebellion gegen diese Politik war und ist mehr als berechtigt. Dennoch ist es eine unerträgliche Verharmlosung des deutschen Nationalsozialismus, die Politik der US-Regierungen mit der SA oder gar der SS zu vergleichen, wie dies mit der Parole „USA-SA-SS" geschah, einem Evergreen auf Demos gegen die US-Politik. Durch diese Gleichsetzung wurde der deutsche Faschismus damit bereits zu einer Zeit von Linken normalisiert, zu der ein Nolte oder ein Walser noch nicht im Traum daran gedacht haben. Aus dem „Zivilisationsbruch Auschwitz" (Dan Diner) als Metapher für die Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus wurde eine Alltagsfloskel. „Kapitalismus führt zum Faschismus" war die Parole, die die Gleichsetzung von SS-Politik und US-Politik legitimieren sollte. Diese Parole stand in der Tradition einer ökonomistisch verkürzten Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationale (G. Dimitroff) und der KPD der Weimarer Republik, derzufolge „Faschismus an der Macht (...) die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" ist.
Warum der Faschismus gerade in Deutschland einen solchen Erfolg hatte, warum es gerade hier bis zum Ende eine Massenunterstützung gegeben hat, warum gerade hier der Massenmord an Juden, Sinti und Roma und anderen „Außenseitergruppen" in seiner technokratisch industriellen Effizienz durchgeführt werden konnte, solche Fragen drangen mit diesen Parolen nicht mehr in das Blickfeld. Diese Form der Normalisierung konnte nur eine doppelt unschuldige Generation leisten: unschuldig, weil links; und unschuldig, weil nachgeboren. Der Faschismusvorwurf blieb nicht auf die USA beschränkt, sondern wurde zum Schlagwort schlechthin. Jedem reaktionären Diktator wurde h das Adjektiv faschistisch angehängt. Jede Gesetzesverschärfung war ein Beitrag im Prozeß der Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Solch ein Katastrophen-Superlativismus macht blind für die sensible Wahrnehmung geschichtlicher Veränderungen. Wenn das Schlimmste immer schon eingetreten ist, stumpft man ab, man ist nicht mehr offen für politische Veränderungen.

Spurensuche 2 - Antizionismus und Antisemitismus

Diese doppelte Unschuld begegnet uns auch im Antizionismus, der manchmal nur schwer seinen antisemitischen Hintergrund verdecken konnte. Seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn kam es zu einer antizionistischen Wende relevanter Teile der deutschen Linken. Heftige Debatten um die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht Israels wurden geführt. Die Diskussionen darüber, ob die Israelis überhaupt ein Volk seien, denen man das Selbstbestimmungsrecht zugestehen dürfe, muten heute grotesk an.
1982, als es zu den Massakern an der palästinensischen Bevölkerung in den Beiruter Stadtteilen Saba und Schatila mit Unterstützung der israelischen Armee kam, gab es in linken Zeitschriften Überschriften wie „Die Endlösung der Palästina-Frage". In manchen Städten wurden sogar Einrichtungen jüdischer Kultusgemeinden besetzt. Der damalige Regierungschef Israels, Menachem Begin, wurde in einer der meistgelesensten Internationalismus-Zeitschriften, der iz3w, mit einer Hakennase dargestellt (Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich die iz3w in der Folgezeit kritisch mit ihrer eigenen Geschichte auseinandersetzte). Ulrike Meinhof und Horst Mahler feierten den Anschlag des Kommandos „Schwarzer September" auf die israelische Olympia-Mannschaft als „mutiges Kommando (...) gegen zionistische Soldaten, die in München als Sportler auftraten." Und bei einer Flugzeugentführung



organisierte ein Mitglied der RZ die räumliche Trennung nach jüdischen (!) und nichtjüdischen Passagieren. Auch hier fehlte es nicht an der Gleichsetzung von faschistischer und zionistischer Politik.
Sicherlich waren die meisten Linken keine Antisemiten. Aber die angeführten Beispiele waren auch keine Einzelfälle, wie das Buch „Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses" von Michael W. Kloke dokumentiert. Das zeigt sich nicht nur in den idiotischen Parolen antimperialistischer Gruppen, sondern auch auf subtileren Ebenen. So war in gewaltfreien und links-christlichen Kreisen das Argument des „Gerade-Israel-hätte-doch-aus-der-Geschichte-lernen müssen" zu hören. Anstatt die konkrete Politik Israels zu kritisieren, wurden die Erfahrungen mit dem Faschismus bemüht.

Spurensuche 3 - „Sieg im Volkskrieg"

Die Internationalismusbewegung hatte lange Zeit ein nachgerade mythisches Verhältnis zu den Völkern in der Dritten Welt. Das Volk wurde als vorgegebene Einheit gesehen, die immer das Gute will: Befreiung. Das Volk, das war die festgeschlossene Einheit von Unterdrückten, denen eine kleine Clique von Ausbeutern (sprich Regierung und Kompradoren-Bourgoisie) gegenüberstand, die nur mit Bestechung oder mit militärischer Unterstützung des Imperialismus überleben konnte. Diese Metaphysik des An-sich-revolutionären-Volkes korrespondiert in der Geschichte der Linken mit der Metaphysik des Proletariats.1
Da in den sechziger Jahren die Arbeiterbewegung sich im keynesianischen Wohlfahrtsstaat offensichtlich bestens eingerichtet hatte, fiel sie als Hoffnungsträger für eine emanzipatorische Politik aus. Als neuer Hoffnungsträger fungierten jetzt die Völker der Dritten Welt. Sie waren die Garanten für eine bessere Welt. In Analogie zur chinesischen Revolution, in der die Dörfer die Städte einkreisten, sollten jetzt die Völker der Welt die imperialistischen Zentren einkreisen. Die Erfolge antikolonialistischer und -imperialistischer Befreiungsbewegungen, vor allem des Vietcong, hatten einen überhöhten Geschichtsoptimismus zur Folge. Dieser war in den Beiträgen auf dem Internationalen Vietnam-Kongreß 1968 in Berlin offensichtlich: „Vietnam kommt näher, in Griechenland beginnen die ersten Einheiten der revolutionären Befreiungsfront zu kämpfen. (...) Es hängt von unseren schöpferischen Fähigkeiten ab, kühn und entschlossen die sichtbaren und unmittelbaren Widersprüche zu vertiefen und (..) kühn und allseitig die Initiative der Massen zu entfalten", führte Rudi Dutschke aus. Man müsse neben dem Viet-Cong noch einen asiatischen, amerikanischen und europäischen Cong schaffen.
Im Beitrag von Bahman Nirumand nimmt das Pathos religiöse Züge an. „Denn wir stehen jetzt an dem Übergang zur dritten Welt, zur Welt des neuen Menschen, mit der die Vorgeschichte des Menschen, seine Unterdrückung und Zerstückelung beendet sein wird."
Die Studenten sahen sich in diesem Prozeß als Avantgarde. Sie hatten, so Dutschke, die Initiative der Massen zu entfalten. Dahinter steckt die Annahme, dass die Menschen in einem Verdinglichungszusammenhang stehen, der sie von ihrem wahren Wesen entfremdet. Das Tauschprinzip des Marktes verdecke die Ausbeutungsstrukturen des Kapitalismus. Die Oberflächenstruktur schaffe somit verdinglichte Bewußtseinsformen, die verhindern, das Wesen des Kapitalismus, die Ausbeutung in der Produktion und der 3. Welt zu durchschauen. Das andere Erklärungsmuster für die scheinbare Angepasstheit der Massen war, dass die Herrschenden durch die Manipulation über die Medien (Springer!) einen Verblendungszusammenhang herstellen. Diese Manipulationsmechanismen galt es zu entlarven, damit die Massen ihre fortschrittlichen Potentiale entfalten könnten. Es galt nur noch die Wahrheit zu verkünden. Die K-Gruppen waren geboren.
Religiöse Anleihen sind hier unverkennbar. Die Studenten waren sozusagen - wie früher das Proletariat - das auserwählte Volk, denen die Wahrheit geoffenbart worden war. Sie waren jetzt die Prediger der neuen Zeit. Die dritte Welt nahm in dieser Weltsicht eine ganz bestimmte Rolle ein. Sie galt als Synonym für das Neue Jerusalem der Johannes-Apokalypse, das die Hure Babylon, also den Imperialismus, zerstören wird und das Paradies auf Erden schafft. Die Weltgeschichte verstand man im Sinne Hegels als Weltgericht. Nur sah man das Ende der Geschichte nicht mehr in der Verwirklichung des preußischen Staates erreicht oder wie die heutigen Neoliberalen in der Verwirklichung des freien kapitalistischen Marktes, sondern mit dem Sieg des Proletariats (traditioneller Marxismus) oder dem Sieg der Völker der Dritten Welt im Volkskrieg gegen den Imperialismus. Gerade darin bestand die „List der Vernunft" (Hegel), daß die 3. Welt die 1. Welt befreien sollte (Erlösungsmotiv), indem sie das globale Herr-Knecht-Verhältnis umkehrte. Die Internationalisten sahen sich als ein Moment einer Totalität, die sich in Richtung Befreiung entwickelte.
Trotz der eigenen gesellschaftlichen Isolierung konnten sich so die Studenten- und die Internationalismusbewegung in einen größeren Zusammenhang stellen. Dies führte zu einer völligen Verkennung der eigenen Handlungsmöglichkeiten: Revolution durch



Suggestion. Man war Teil einer übergroßen Mehrheit im Kampf um Befreiung. Dies schuf Wärme, Geborgenheit und Identität durch die Zugehörigkeit zu einem großen Ganzen. In der „masochistischen Begeisterung" dieser Jahre steckte das „tiefe Bedürfnis nach Transzendenz" (Peter Wahl). Die Betonung des Willens fand ihre Berechtigung in der Tatsache, dass selbst eine kleine Gruppe von Aktivisten eine Revolution auslösen konnte. „Ein Funke kann zum Steppenbrand werden" (Mao); dies hatte auch die kubanische Revolution in der Praxis bewiesen, in der eine kleine Gruppe um Fidel Castro und Che Guevara die treibende Kraft für die Revolution bildete .

Spurensuche 4 - Von Pol Pot zum Projekt

Die Befreiungseuphorie mit ihrem Höhepunkt des Anti-Vietnam Kongresses ging bereits in den 70er Jahren verloren. Der Sieg des Vietcong 1975 wurde nur noch beiläufig zur Kenntnis genommen. Einen Bruch gab es, als sich die Berichte über die Massenmorde Pol Pots in Kambodscha bestätigten. Lange Zeit wurde dies als Propaganda des Imperialismus abgetan. Die eintretende Ernüchterung führte zu einem ersten Abgesang auf den zurückliegenden Internationalismus. Der heutige Außenminister Joschka Fischer bekannte in einer Diskussion, ein „entschiedener Verfechter des revolutionären Terrors" gewesen zu sein - und beschloß zur Sühne Außenminister zu werden. Daniel Cohn-Bendit zeigte in derselben Diskussion gleich, was es für ihn hieß, aus den Fehlern gelernt zu haben: „Ich habe keine Sympathien für die Sandinisten."
Viele hatten aber doch Sympathien mit den Sandinisten. Zuerst kam die Unterstützung aus christlichen Kreisen, die sich an den Ideen der lateinamerikanischen Befreiungstheologie orientierten. Mit den neuen sozialen Bewegungen Anfang der 80er Jahre entstand auch eine neue Internationalismusbewegung. Sie spürte nicht mehr den Wind der Geschichte in ihrem Rücken. Vielmehr spürte sie Gegenwind, da sich die internationalen Rahmenbedingungen trotz des Sieges der Sandinisten entscheidend verändert hatten. Der Neoliberalismus war mit Reagan und Thatcher in den USA und GB an der Macht. Die Diskussionen um eine neue Weltwirtschaftsordnung in der UN-Vollversammlung und der UNCTAD waren durch die Stärkung des GATT und durch Integrationsangebote wie dem Lomé-Vertrag zu einem vorläufigen Ende gekommen. Zudem hatte sich das Vertrauen in die Massen/das Volk in der iranischen Revolution als trügerisch erwiesen.
Vor diesem Hintergrund hatte die neue Internationalismusbewegung einen ganz anderen Ansatzpunkt. Gespeist von theoretischen Überlegungen und praktischen Erfahrungen der Alternativbewegung ging es jetzt nicht mehr um Weltrevolution, sondern um die Erkämpfung und Verteidigung autonomer sozialer Räume. Es ging um die Verteidigung der kommunikativen Vernunft in der Lebenswelt gegenüber den zweckrationalen Imperativen des Systems mit seiner instrumentellen Vernunft. Übertragen auf die internationale Ebene hieß dies: es ging um die Verteidigung des Anspruchs eines Landes wie Nicaragua, einen eigenen Entwicklungsweg einzuschlagen.
Den theoretischen Debatten der 60er und 70er Jahre über Totalität und Weltrevolution stand die neue Internationalismusbewegung deshalb ziemlich sprachlos gegenüber. Sie war stärker an der konkreten Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den jeweiligen Ländern interessiert. Mit dem Verlust der globalen Perspektive verengte sich der Blick in Richtung Länder- und Projektesolidarität. Man wachte eifersüchtig über das eigene Projekt. Vielfach führte dies zu einer Ignoranz und Unkenntnis über die gesellschaftlichen Verhältnisse. Ein entscheidendes Element der damaligen Solibewegung war das Brigadenkonzept in der Nica-Solidarität. Es sollte nicht nur die internationale Aufmerksamkeit erhöhen und damit ein Schutzschild gegen mögliche militärische Interventionen seitens der USA darstellen, sondern auch die Distanz zwischen den Menschen hier und in den Ländern Mittelamerikas verringern. Neue Probleme und Projektionen tauchten auf. Die BrigadistInnen blieben meistens unter sich. Unter der Hand schlichen sich paternalistische Hilfs- und eurozentristische Entwicklungsvorstellungen ein. Ein „HelferInnensyndrom" machte sich breit. Viele zogen sich enttäuscht zurück, wenn die Bevölkerung in Nicaragua sich nicht so helfen lassen wollte, wie es die HelferInnen wollten.
Auch wenn sich die Internationalismusbewegung der 80er Jahre deutlich von ihrer Vorgängerin unterschied, indem etwa der globale Begründungszusammenhang verlorenging, so wurden doch unhinterfragt Traditionslinien mitgeschleppt. Die wichtigste war dabei wiederum die Kategorie des Volkes. Vor allem die Befreiungsbewegungen als Ausdruck der Organisation des Volkes wurden unkritisch als eine Einheit wahrgenommen. Dass die Befreiungsbewegungen etwa in Mittelamerika höchst labile Bündniskonstrukte mit explizit unterschiedlichen Fraktionen und Parteien waren, war oft nur den Eingeweihten bewußt. Auch machistische Politikstile, die etwa in der ungemein wichtigen Rolle der líderes zum Ausdruck kommt, wurde lange Zeit nicht wahrgenommen oder verdrängt.

Spurensuche 5 - Der neue Mensch

Eine weitere Gemeinsamkeit der beiden Internationalismusbewegungen war das Lob der Gewalt. Daß die Waffe der Kritik die Kritik der Waffen nicht ersetzen konnte, war ein Gemeinplatz, woraus hierzulande allerdings nur eine Minderheit die praktischen Konsequenzen zog. Frantz Fanons und Jean Paul Sartres Rechtfertigung der revolutionären Gegengewalt kam einer Apotheose der Gewalt gleich. Durch die Anwendung der Gewalt sollte der neue Mensch entstehen, indem er sich seiner entfremdeten Existenz bewußt wurde und sich ihrer entledigte. Da die Gewalt Voraussetzung für den neuen Menschen war, mußte man sie nicht mehr rechtfertigen, sie war an sich gerechtfertigt. Das Naturrecht auf Widerstand wurde fast selbstverständlich als Naturrecht auf bewaffneten Kampf interpretiert. Der linke, harte und vor allem kompromißlose Heroe (Che) galt als Inkarnation des neuen Menschen. In diesem Bild wurde offensichtlich der Wunsch nach



Widerspruchslosigkeit mittransportiert: ein Mensch ohne Schwächen. In dieser Figur bündelten sich die romantischen Träume vieler InternationalistInnen. Es ist der Traum vom Paradies auf Erden, die hegelianische Vorstellung vom Zusammenfallen von Faktischem und Normativen, von Sittlichkeit und Vernunft, das der „wissenschaftliche Sozialismus" im proletarischen Arbeiter verwirklicht sah und viele Internationalisten im Neuen Menschen der 3. Welt.

Auf der anderen Seite führte das Lob der Gewalt zu einer Abwertung nicht-militanter Aktionsformen. Der Kampf um politische und soziale Menschenrechte etwa wurde als etwas typisch „bürgerliches" abgewertet und denunziert. Gewerkschafts- und Menschenrechtsarbeit, Arbeit in Frauenorganisationen und Umweltschutzgruppen hatten immer den schlechten Beigeschmack eines „weniger" oder „noch nicht". Sie hatten ihre Funktion als Transmissionsriemen von Befreiungsbewegungen. In ihrer Eigenwertigkeit wurden sie kaum wahrgenommen.

Spurensuche 6 - Die NGOisierung der Bewegung

Seit Anfang der 90er Jahre hat ein radikaler Politik- und Diskurswechsel stattgefunden. Das, was von der Bewegung übriggeblieben ist, hat sich zum größten Teil als professionelle NGOs, die sich die Politikberatung auf die Fahnen geschrieben hat, institutionalisiert.2 Dahinter steckt der Glaube an das bessere Argument und an die Einsicht des aufgeklärten Individuums, das in seinem eigenen „wohlverstandenen" langfristigen Interesse die Ausbeutung von Mensch und Natur aufgibt und einen Politikwechsel herbeiführt. Begründet werden solche Konzepte gerade mit den Erfahrungen des Scheiterns linker Politik. Insofern verbietet es sich, sie nur als opportunistisch zu begreifen. Denn sie sind auch das Ergebnis eines gescheiterten linken Internationalismus. Andererseits liegen die Defizite dieser Konzepte geradezu auf der Hand. Um überhaupt als Dialogpartner für Wirtschaft und Politik akzeptiert zu werden, darf man keine grundsätzliche Kritik üben. Es entstehen neue Wunschbilder und Projektionsflächen: man imaginiert sich das Bild eines harmonischen Zusammenlebens, wenn nur alle ihrem wohlverstandenen Interesse folgen würden.

Man kann die eigene Schwäche nicht allein dem Zeitgeist in die Schuhe schieben. Wir waren selbst „ein Teil von jener Kraft, die stets das Gute will und stets das Böse schafft" (Goethe). Wir3 haben selbst imaginäre Linien gezogen, um ein politisch-korrektes Freund-Feind-Weltbild zu konstruieren: wir - ihr; oben - unten; Volk/Masse - Regierende/Unterdrücker; institutionelle Politik - basisdemokratisch; gut - böse. Dieses dichotome Weltbild funktioniert so nicht. Wir müssen uns eingestehen, dass wir uns nicht einfach per Willensakt auf die andere, die bessere Seite der Barrikade versetzen können. Wir sind selbst ein Teil von dem, was wir kritisieren oder zumindest kritisch hinterfragen müssen. Wir stehen nicht in einem imaginären Jenseits, sondern befinden uns selbst im Schnittpunkt diskursiver Kämpfe um die gesellschaftliche Hegemonie. Rationalismus, Eurozentrismus, wissenschaftsgläubige Fortschrittseuphorie (man denke nur an die Dependenztheorie), patriarchale Strukturen oder ein (quasi-)religiöser Messianismus haben uns geprägt und nachhaltige Spuren in unseren Denk- und Politikformen hinterlassen - und uns die Munition für unsere Fehler geliefert.

Aus der Einsicht der Fehler zu folgern, man müsse sich auf einen pragmatischen Internationalismus beschränken, der sich am „Machbaren" orientiert, halte ich für völlig verkehrt. Die NGO-isierung hat ihre Grenzen, zuvorderst selbstgezogene, indem die Schere im Kopf im Hinblick auf Realitätstauglichkeit ihrer Konzepte schon immer zugeschnappt hat, bevor ein Gedanke auch nur ansatzweise zu Ende gedacht ist. Radikale Positionen und Praxen jenseits der sterilen Dichotomie von Reform und Revolution zu entwickeln, wäre die Aufgabe eines neuen Internationalismus.

Anmerkungen

1) Daß sich heute ehemalige Protagonisten der Studentenbewegung wie Bernd Rabehl oder Horst Mahler in einem rechten nationalrevolutionären Spektrum verorten, hat m.E. viel mit diesem metaphysischen Volksbegriff zu tun.

2) Die politischen Ansätze der verschiedenen NGOs sind sehr widersprüchlich und lassen sich auch theoretisch nur schwer vereinheitlichen. WEED ist nicht Germanwatch. Was ich kritisiere, sind Positionen und Entwicklungen, die ich als die vorherrschenden wahrnehme.

3) Das von mir verwendete „Wir" ist selbst imaginär. Es existiert so nicht. Angesichts des begrenzten Platzes verwende ich es der Einfachheit halber. Mir ist bekannt, daß viele diese Fehler nicht begangen haben. Trotzdem wurden diese Fehler nicht zufällig begangen: sie haben ihre eigene Logik.

Literatur:

Balsen, Werner/Karl Rössel: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt Bewegung in der Bundesrepublik. Köln 1986

Fanon, Frantz: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/Main 1981

Foitzik, Andreas/ Athanasios Marvakis (Hg.): Tarzan - was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche. Hamburg 1997

Internationaler Vietnam-Kongreß, VLA-Reprint von 1987

Juchler, Ingo: Rebellische Subjektivität und Internationalismus: der Einfluß Herbert Marcuses und der nationalen Befreiungsbewegungen in der sog. Dritten Welt auf die Studentenbewegung in der BRD. Marburg 1989

Kloke, Martin W.: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt 1994

Peripherie 71: Stichwort NGO. Frankfurt 1998

Pizza: Odranoel. Die Linke - zwischen den Welten. Hamburg 1992

Entnommen ist der Text der bereits in der alaska beworbenen Broschüre "kölngehen" des Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft des BUKO. Zu beziehen ist die Broschüre über die BUKO Geschäftsstelle (Adresse siehe Seite 41).

Be we gungs archive

Gedächtnisse der Bewegung oder linke Altpapiersammenlstellen

by Bernd Hüttner

Linke und soziale Bewegungen sind - dies unterscheidet sie von Organisationen oder gar Parteien - schnellebig. Was vor fünf oder sechs Jahren aktuell und heiß debattiert war, ist heute meist schon wieder vergessen oder für sich heute politisierende unbekannt. Erst recht gilt das für weiter zurückliegende Ereignisse oder Debatten. Ein kollektives Gedächtnis bildet sich kaum aus, die Vermittlung historischer Ereignisse verbleibt in individueller Hand - kenne ich jemand der mir was erzählt, habe ich Glück, wenn nicht, habe ich eben Pech. Die Geschichtslosigkeit der Linken ist also so notorisch wie bekannt, der Zugriff auf ältere Dokumente schwierig. Jüngere machen die Fehler der alten, ohne die Geschichte der Alten zu kennen.

Zwar gibt es immer wieder Ansätze der Geschichtsvermittlung und einige Bücher, die eine Geschichtsschreibung kanonisieren (1), der Reichtum an Erkenntnissen bleibt unaufgearbeitet, ebenso die kollektivere Diskussion individueller befreiender und verletzender Erfahrungen (2). Gleichzeitig ist die bislang in der Linken produzierte Textmenge riesig und unüberschaubar. Wo ist sie zugänglich? Kein Privatmensch hat Platz für die Aufbewahrung auch nur eines Teils dieses Papierberges. Wer Zeitschriften aufbewahrt, gilt schon fast als komischer Kauz und als gründlicher Sammler und Aufbewahrer muss man sich von anderen beim Anblick der Buchreihen immer mal wieder den Standardspruch "Hast du das alles gelesen?" anhören, den man natürlich wahrheitsgemäß verneint.

Aber manchmal sucht man oder frau doch einen bestimmten Text, möchte wissen, wann denn jetzt diese und jene Demo, Kampagne oder Debatte war oder was es denn mit den Ford-Streiks 1973 oder der Anti-IWF-Kampagne 1987/88 auf sich hat. Oder frau möchte wissen, welche Adresse denn die Schweizer Frauenzeitschrift "Emanzipation" hat, aus der ein Text in einem gerade gelesenen Artikel zitiert wird. Dann gibt es, wenn mensch die gewünschte Information nicht selbst griffbereit hat, mehrere Möglichkeiten der Suche. Dies kann zum einen das Internet (das für Recherche-Zwecke immer wichtiger wird) oder auch politische MitstreiterInnen und FreundInnen sein. Erfolgversprechender sind Institutionen, die sich für die Sammlung von solchem Material zuständig erklären. Sie dokumentieren die Geschichte sozialer Bewegungen und Kämpfe, zumindest in ihrem die Totalität ja bei weitem nicht erfassenden schriftlichen Ausdruck. Sie sind jenseits der Erinnerungen von Einzelpersonen oder der Zeugnisse dritter (etwa der Staatschutzbehörden oder der herrschenden Presse) die Orte, an denen sich Quellen finden lassen. Oder sind Bewegungsarchive doch nur riesige linksradikale Altpapiercontainer, die niemandem nutzen?

Archive

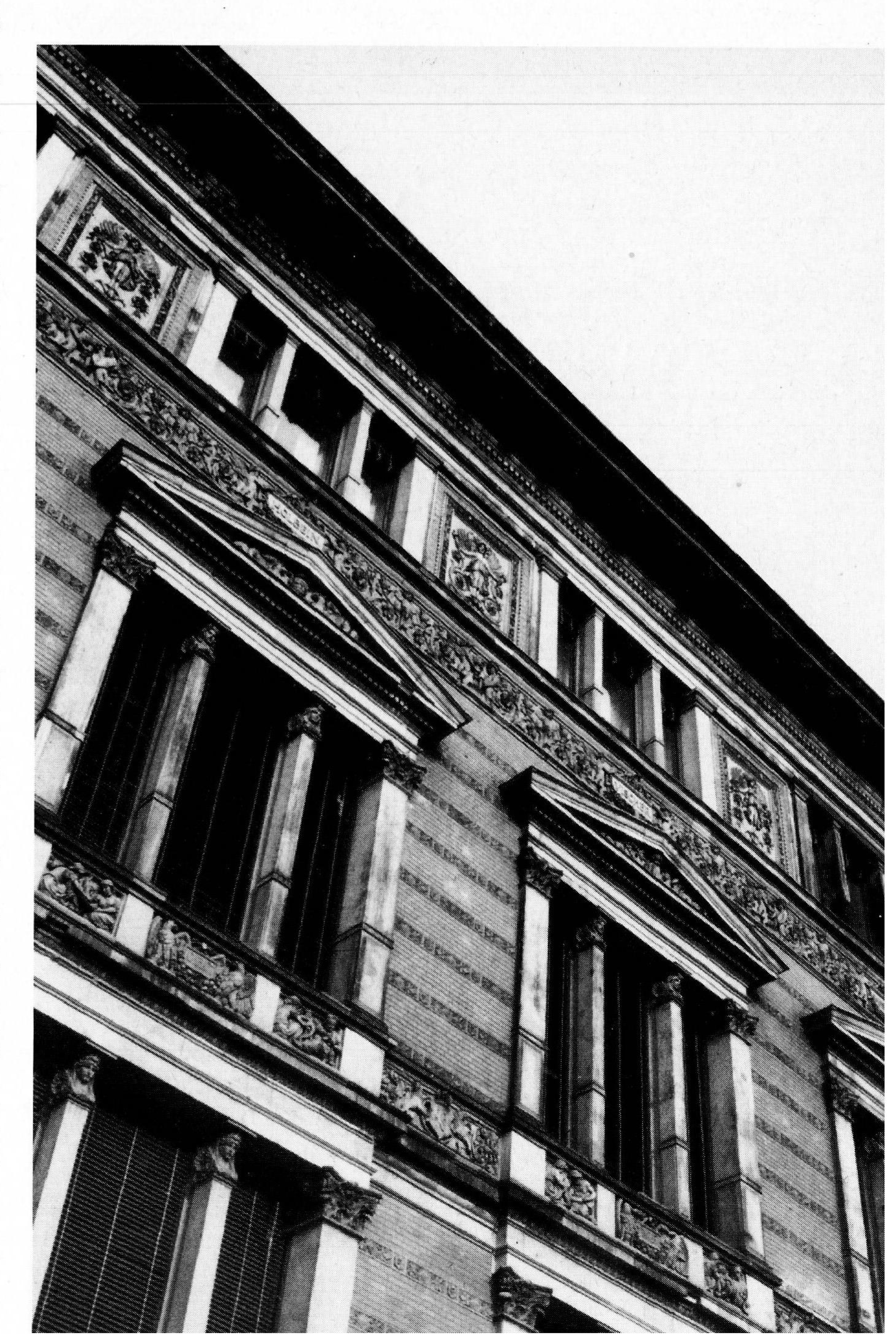
Die Archive die hier interessieren, sind zu unterscheiden in Bewegungsarchive und Uni-Bibliotheken bzw. ähnliche, institutionalisierte Archive. Sie unterscheiden sich in inhaltlicher Ausrichtung, institutioneller Unabhängigkeit und Sammelschwerpunkten erheblich.

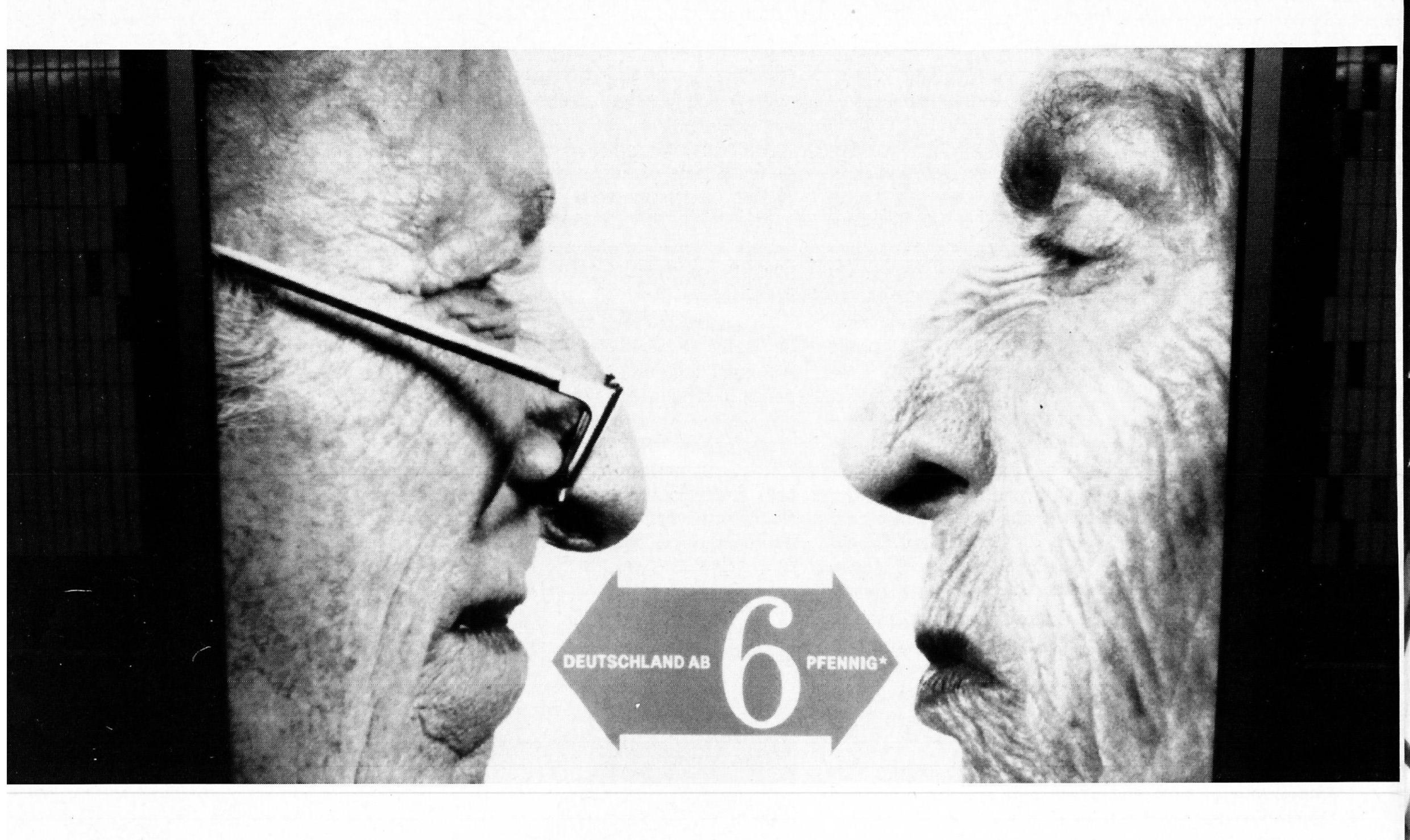
Bewegungsarchive - Sie zählen sich meist in ihrem Selbstverständnis zur im weitesten Sinne sozialen und linken Bewegung, von ihnen gibt es ungefähr zwei Dutzend in Deutschland und weitere in Österreich und der Schweiz. Sie sammeln nahezu alles zu ihren Themen und verfügen, da diese am einfachsten zu archivieren sind, über einen relativ großen Bestand an Zeitschriften; meist auch an Büchern, Flugblättern und Plakaten. Wer also eine bestimmte Quelle, z.B. eine bestimmte alte Zeitschriftenausgabe sucht, hat gute Karten. Wer sich mit dem Wunsch "Kopiert mir alles zu Anti-AKW-Bewegung" an ein Bewegungsarchiv wendet, macht sich bei den ArchivbetreiberInnen nicht beliebt. Kontaktaufnahme ist am besten persönlich vor Ort angeraten.

Feministische Bewegungsarchive - Das größte Frauenarchiv Deutschlands soll sich beim Feministischen Forschungs-, Bildungs- und Informationszentrum (FFBIZ) in Berlin befinden. Seit 1978 werden dort zeitgeschichtlich bedeutsame Dokumente zu Frauenleben und -wirken in Berlin, der Bundesrepublik und der Welt gesammelt (Danckelmannstrasse 15 und 47, 14059 Berlin). belladonna in Bremen verfügt über ein großes Archiv (Sonnenstrasse 8, 28203 Bremen). ein Feministisches Archiv gibt es in Freiburg (Adlerstrasse 12, 79098 Freiburg) und in Bonn (Dorotheenstr. 20, 53111 Bonn). Den Schwerpunkt "Frauen und Dritte Welt" hat Frauen-Solidarität, die gleichnamige Zeitschrift und Bibliothek (Berggasse 7, A-1090 Wien, www.ige.at).
Instutionalisierte Archive (und (Bibliotheken) - Universitätsbibliotheken haben meist einen annehmbaren Bestand an linker Literatur. Da das Sammeln von Literatur aus akademischer Produktion zu ihren Aufgaben gehört, verfügen sie hierzu über große Bestände. Wenn man oder frau also ein Buch sucht, ist der Gang zu einer Universitätsbibliothek erfolgversprechender, als der in ein Bewegungsarchiv. Desweiteren gibt es Spezialsammlungen zu den sozialen Bewegungen. Die Freie Universität Berlin z.B. soll über ein APO-Archiv vefügen und in Stuttgart unterhält die Bibliothek für Zeitgeschichte eine Sammelstelle für unkonventionelle Literatur (Gaisburgstrasse 4a, 70182 Stuttgart) und sammelt dort einschlägiges, nach 1968 erschienenes Material.
Ein weites Feld sind die themenspezifischen Archive. Von ihnen gibt es eine unüberschaubare Anzahl, deswegen seien hier nur einige ausgewählte genannt. Für Internationalismus lohnt eine Anfrage beim Iz3W (Postfach 5328, 79020 Freiburg) und in der BUKO -Geschäftsstelle. Beide bieten einen Kopierservice gegen Unkostenerstattung an und sind Teil des 1998 gegründeten Netzwerkes der Nord-Süd-Archive. Das Hamburger Institut für Sozialforschung verfügt über ein Archiv und eine Bibliothek, die vor allem Material zu Nationalsozialismus, Gründung der BRD, Gewalt und Zivilisation (Bibliothek) bzw. Protest, Widerstand und Utopie in der Bundesrepublik (Archiv) sammeln. Das HIS-Archiv verfügt über eine Vielzahl von Materialien aus der Zeit vor 1968 (Mittelweg 36, 20148 Hamburg, www.his-online.de).
Die Nutzung der Bewegungsarchive ist unterschiedlich, wird das eine sehr viel von heute politisch Aktiven genutzt, berichten andere, daß sie nur dann aufgesucht werden, wenn die Geschichte sozialer Bewegungen, und damit die eigene Geschichte oder Praxis, an der Universität Thema ist, und die InteressentInnen Material für ihre Hausarbeit suchen. Alle Archive suchen noch Material. Zuviel wird von Privatmenschen und Institutionen einfach sang- und klanglos weggeworfen, findet nicht den Weg in ein Archiv und ist damit verloren. Gerade seltene Publikationen, ältere oder die mit nur lokaler Verbreitung (ja, die Frauenzeitschrift die von 1983 bis 1986 erschien) sind begehrt.

Antiquariate

Informationen aus Büchern, die heute nicht mehr im Handel sind und die mensch besitzen will - kann in Archiven ja oft nicht einmal entliehen werden - können über Antiquariate beschafft werden. Sie verkaufen gebrauchte, vergriffene und noch im Handel befindliche Bücher und sind für die zielgerichtete Suche eher nutzlos, ist doch das dortige Angebot im Voraus nicht genau einzuschätzen. Sie sind eher eine gute und unterschätzte Möglichkeit, billig an Literatur zu kommen. Die Preise sind ungefähr die Hälfte des Neupreises. Antiquariate lassen sich in zwei Gruppen aufteilen. Die, die mensch wie eine Buchhandlung aufsucht und die sog. Versandantiquariate.
Erste finden sich in jeder Stadt, auch kleineren. Sie bieten meist nur Bücher an. Ein Besuch bei allen lohnt sich und mensch merkt schnell, wer welche Schwerpunkte und dementsprechend das bessere Angebot hat. Gerade Antiquariate, die selten von Linken frequentiert werden, sind manchmal wahre Fundgruben. Hier findet sich dann in einer verstaubten Ecke die sagenhafte linke Zeitschrift aus den 70ern für 50 Pfennig das Stück.
Versandantiquariate bieten Bücher, Zeitschriften und Broschüren, manchmal auch Plakate und mehr an. Mensch bekommt von ihnen kostenlos per Post einen Katalog ins Haus geschickt. In ihm sind die im Antiquariat vorhandenen Bestände systematisch (nach Themen und/oder nach Alphabet) aufgeführt und mensch bestellt per Post und gegen Rechnung. Sie sind, bedingt durch den Aufwand der Katalogerstellung etwas teurer. Ihr Vorteil ist, daß mensch beim Katalogblättern in der Badewanne sitzen kann. Gute, der linken Bewegung verbundene und deshalb empfehlenswerte Versandantiquariate sind Anares Nord; Postfach 1247 , 31305 Uetze) und Schwarzer Stern (Hermannstrasse 78, 44263 Dortmund, bitte jeweils Rück-





porto beilegen). Sie nehmen die Arbeit auf sich, alle zu verkaufenden Titel in einem Katalog zusammenzufassen und arbeiten mit Bewegungsarchiven zusammen. AurorA ist eigentlich eine linke Versandbuchhandlung, hat aber insofern interessante antiquarische Titel im Angebot, als sie regelmäßig Restauflagen von Büchern, die von den Verlagen aus dem Programm genommen werden, anbietet (Knobelsdorffstrasse 8, 14059 Berlin). Für Che und Chandler gilt dasselbe. Diese Versandbuchhandlung hat ihren Schwerpunkt bei traditionell-linker und DDR-Literatur und betreibt das Versandantiquariat Walter Markov (Breite Str. 47, 53111 Bonn). Die bislang genannten sind meist relativ billig und bieten viele Titel aus linken und bewegten Zusammenhängen und zu ebensolchen Theorien an. Etablierte linke (Versand-) Antiquariate sind etwas bis sehr teuer (z.B. Antiquariat Karl Marx, Jordanstrasse 13, 60486 Frankfurt/M.). Durch die Einrichtung des Zentralen Verzeichnisses Antiquarischer Bücher (ZVAB) im Internet (www.zvab.com) gibt es die Möglichkeit in den Katalogen von Dutzenden von Antiquariaten zu suchen. Für Buch-Junkies ein absolutes Must.

Verzeichnisse

Verzeichnisse sind eine wichtige Quelle der Recherche. Sie beziehen sich auf den aktuellen (Still-) Stand der Bewegung und bestehen aus einer Adressensammlung mit mehr oder weniger ausführlichem Beiwerk. 1986, 1989 und 1990/91 erschien jeweils ein Verzeichnis der AlternativMedien, herausgegeben vom ID-Archiv im Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam. Diese waren sehr umfangreich (über 1500 Adressen), sind aber heute veraltet. Einen Reader der Alternativmedien enthalten alljährlich die Bunten Seiten, das Verzeichnis der selbstverwalteten und ökologischen Betriebe und Projekte, das von der diesem Spektrum verbundenen Zeitschrift Contraste herausgegeben wird. Damit liegt wieder ein halbwegs umfassender Überblick über die im weitesten Sinne linke oder kritische Presselandschaft vor (Contraste, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg,). Das im Herbst 1998 erschienene Buch Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht. Anarchismus und libertäre Presse in Deutschland von Bernd Drücke dokumentiert die Geschichte der schnellebigen autonomen und anarchistischen Presse in der Bundesrepublik, und enthält von den Titeln, die im Sommer 1998 noch erschienen, auch die Adressen (Verlag Klemm/Oelschläger Ulm, 640 S., 59 DM). Umweltbibliotheken sind vor allem ein ostdeutsches Phänomen. Dort waren und sind sie Bestandteil der Opposition. Ein sehr aktuelles Verzeichnis der Umweltbibilotheken (mit vielen West-Adressen) hat soeben die Grüne Liga veröffentlicht (gegen 4 DM Porto bei Grüne Liga, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin).

Anmerkungen

1) Hier sind vor allem die verschiedenen Geschichtstitel und Dokumentensammlungen zu nennen, die im ID-Verlag erschienen sind, oder das Buch von Bahlsen/Rössel 1986
2) Eine sehr rühmliche Ausnahme für das Feld der Autonomen ist das 1995 erschienene "Lesebuch zum Autonomie Kongreß" (Bezug: über AurorA)

Größere Bewegungsarchive

Archiv der sozialen Bewegungen,
Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Alhambra-Archiv,
Hermannstr. 83, 26135 Oldenburg
Umweltzentrum,
Scharnhorststrasse 57, 48151 Münster
Archiv für alternatives Schriftum,
Schwarzbergerstrasse 147, 47266 Duisburg
TTE-Bücherei,
Alte Feuerwache, Melchiorstrasse 3,
50 670 Köln
Papiertiger,
Cuvrystr. 25, 10997 Berlin
Metropoletan-Archiv,
Eberhardshofstr. 11, 90429 Nürnberg
Gruppe 2,
Fasanenstrasse 142, 82008 Unterhaching
Archiv der sozialen Bewegung in Baden,
Wilhelmstrasse 15, 79098 Freiburg,
www.soziologie.uni-freiburg.de/asb
Infoladen,
Koburgerstr. 3, 04277 Leipzig
Umweltbibliothek,
B.-Göringstr. 152, 04277 Leipzig
Studienbibliothek,
Quellenstr. 25, CH-8005 Zürich
ID-Archiv im IISG,
Cruquiusweg 31, NL - 1019 AT Amsterdam,
www.iisg.nl~id/

Mehr Sand, George!

Star Wars Episode One: Die dunklle Bedrohung

by Christoph Spehr

Star Wars war ein Teenager-Manifest. Ein rauhes Fanal für den globalen Teenager ohne Altersbeschränkung, der keinen Bock auf den Dienst als Kampfdose des Imperiums hat, der romantisch, unzuverlässig und unbeholfen ist, aber von einem großen Ernst beseelt, daß das Leben nicht so grauslich keuchend enden muß, wie die Darth Vaders dieser Welt es vormachen und von einem verlangen. Nicht mehr, nicht weniger. Mit geschicktem Aufwand, einigen abgedrehten Einfällen und einem ins Gigantische aufgeblasenen Touch B-Movie. Star Wars war der erste große SF-Film, der die Zukunft nicht mal mehr kritisierte, sondern sich komplett von der Zukunft abwandte: das erste Epos des Post-Entwicklungs-Zeitalters, der legitime filmische Erbe des genialen Romanepos "Der Wüstenplanet" von Frank Herbert. Von Frank Herbert erbte George Lucas den Sand. Lucas spekulierte nicht über die Zukunft und ihre technischen Gimmicks, sondern wanderte mit stoischer Würde zwischen Dünen. Star Wars wirkte so unheimlich real, weil es die wirkliche Welt wiedergab. Dewbacks und X-Wings, urweltlich anmutende Wüstentiere neben Raumkreuzern - genauso ist es: die einen fahren zum Mond, die anderen laufen hinterm Wasserbüffel durchs Reisfeld wie seit tausend Jahren. Die Steuergelder gehen in den Bau irgendwelcher Todessterne, und auf Tatooine gibt es (außer in Mos Eisley) nicht einmal eine Kneipe. Und wie Frank Herbert realisierte Lucas eine Philosophie, nach der das Soziale, das Spirituelle und die Geschichte die Wirklichkeit formen, nicht der technische Fortschritt.

Star Wars hat eine extrem treue Fangemeinde. George Lucas hat extrem viel Geld. Die prominentesten SchauspielerInnen würden für ein Butterbrot mitspielen, und es wäre ihnen ausnahmsweise egal, ob sie einen Jedi-Ritter mimen sollen oder einen Dreiminuten-Auftritt als Weltraumwurm haben. Was konnte also noch schiefgehen?

Genau das. Star Wars ist zu einem alternden Imperium geworden, das an der Selbstüberschätzung seines Meisters stirbt. Lucas hielt es nicht für nötig, Set und Story von Leuten mitentwickeln zu lassen, die das Epos wieder näher an den Zeitgeist herangeführt hätten. Der Trash-Effekt ist aus den aufwendig produzierten Szenen gewichen. Niemand würde es mehr wagen, seinen Text selbständig zu ändern wie seinerzeit Harrison Ford, der zu Carrie Fisher auf das Stichwort "Ich liebe dich" nicht drehbuchgemäß antwortete "Ich dich auch", sondern "Ich weiß". Alle erstarren in Ehrfurcht. Ewan McGregor, Darsteller des jungen Obi-Wan Kenobi, verbringt Tage vor dem Videorecorder, um Alex Guiness als alten Obi-Wan zu kopieren. Alle sitzen geduldig auf stählernen Gestängen vor grünen Leinwänden und sprechen zu imaginären Gegenübern, hilflose Marionetten der Computertechnik. So kann das nichts werden mit den Rebellen. Stattdessen beglückt Lucas in Interviews mit seiner breiigen Weltanschauung, die Welt brauche dringend einen "gutmütigen Despoten", alles sei schon zu irgendwas gut, und die Leute sollten wieder mehr Ehrfurcht zeigen und nicht alles in den Schmutz ziehen.

Wer so eine Haltung bei seinem Publikum finden möchte, muß in der Altersgruppe weit zurückgehen. Und Lucas geht hemmungslos weit zurück. Sechs bis acht Jahre sind das ideale Alter. Bei zwölf Jahren dürfte die kritische Grenze liegen; für Vierzehnjährige ist "Die dunkle Bedrohung" bereits kalter Kaffee. Was soll man von einem Film halten, dessen Höhepunkt ein zehnminütiges Rennen ist, das aus einem Nintendo-Spiel kopiert zu sein scheint - weiß Lucas wirklich nicht, daß das out ist? Stattdessen schreitet er weiter auf dem Weg der Peinlichkeit, den er schon in der "Rückkehr der Jedi-Ritter" eingeschlagen hatte. Die abergläubischen Ewoks, die Luke und Han verspeisen wollen, aber glücklicherweise C3PO für einen Gott halten, waren schon eine schlimme Ausgeburt kolonial-rassistischer Stereotype. Aber Jar-Jar Binks setzt noch einen drauf. Er gibt den perfekten Haus-Nigger ab, daß einem nur noch schlecht wird.

Aber vor allem: Zuwenig Sand. In jeder Hinsicht. Keine Ruhe. Keine Majestät. Kein Widerstand. Ein Film, vollgestopft ohne Sinn und Verstand. Wie soll man sich mit Charakteren identifizieren, die einfach nichts checken? Senator Palpatine, der künftige Emperor, benutzt den Konflikt um Naboo, um die Weltherrschaft an sich zu reißen. Sein Werkzeug ist die junge Königin Amidala (Natalie Portman ist die einzige, die noch etwas Würde ausstrahlt, während man Liam Neeson am liebsten Geld für den Friseur zustecken möchte). Ihr ergreifender Auftritt vor dem galaktischen Rat, ihr hilflos hingemeucheltes Volk geben Palpatine die Gelegenheit, die bisherigen Strukturen der Machtbalance zu diskreditieren, die zaudernden Weicheier beiseitezuschieben und sich selbst an die Spitze zu bringen. Zu Zeiten der humanitär legitimierten Angriffskriege gar kein schlechter Plot. Aber der Film hat keinen Platz dafür. Er ersäuft in der Fülle technischen Schnickschnacks genauso wie die Figuren. Der Trailer hatte Wucht, der Film dagegen plätschert nur dahin.

Und so holt genau das Lucas ein, wovon sich Star Wars einst revolutionär abgrenzte. Die Technik verstopft die Poren der Macht. Alles ist bebaut, wo früher der Sand war. Der Westen verjagt den Orient, und für Träume ist kein Raum. Wollen wir wirklich noch fünf Episoden wie diese? Nein. Wollen wir nicht.

BUKO 22

Aufruf und Programm

EXPO und historische Flurbereinigung

Es war ein hartes Stück Arbeit, aber sie hat sich gelohnt. Rechtzeitig vor der Milleniumwende und mit tatkräftiger Unterstützung des Verbrechers Milosevic durfte Deutschland wieder an einem Angriffskrieg teilnehmen. Die historische Flurbereinigung ist erfolgreich abgeschlossen. Deutschland demonstrierte der internationalen Staatengemeinschaft, dass es aus der Geschichte gelernt hat. Es soll keinen deutschen Sonderweg mehr geben, lautete die eine Botschaft des Krieges, auch nicht in Form einer pazifistischen Drückebergerei vorm Krieg. Denn bekanntlich hat der Pazifismus durch seine in München 1938 praktizierte Appeasement-Politik Auschwitz erst möglich gemacht (Heiner Geißler). „Nie wieder Auschwitz" hieß darum die andere Botschaft, die uns von Fischer und Scharping tagtäglich eingehämmert wurde. Und dies rechtfertigt es allemal, ein ganzes Land in Schutt und Asche zu legen.
Damit Deutschland die historische Flurbereinigung noch rechtzeitig vor der Jahrtausendwende schaffte, brauchte es eine rot-grüne Regierung. Nur diese konnte dem Ausland und dem zögerlichen Teil der heimischen Bevölkerung glaubhaft versichern, dass der Angriffskrieg im Namen von Selbstbestimmung und Menschenrechten einen historischen Fortschritt darstellt. Im Zeitraffertempo hat diese Regierung eine Aufgabe vollbracht, an der sich die Vorgängerregierungen regelmäßig die Zähne ausgebissen haben. Jetzt, da wir die Vergangenheit hinter uns gelassen haben, und dem Vampir Hitler in Person von Slobodan Milosevic den endgültigen Todesstoß versetzt haben, brauchen wir keine Angst mehr haben, dass wir nächtens in Gedanken an ihn schweißgebadet aufwachen.

EXPO und die Lust auf Zukunft

Vorwärts und vergessen! Das neue Jahrtausend steht vor der Tür. Die Zukunft ruft. Und diese Zukunft soll Lust und Spaß machen. „Lust auf Zukunft" lautet deshalb ein Werbeslogan, mit dem die Verantwortlichen für die EXPO 2000 in Hannover ins Feld ziehen. Es ist die erste Weltausstellung auf deutschem Boden. Der historische Weltgeist wollte es, dass die deutsche „Lust auf Zukunft" im Jahre Eins nach dem erfolgreichen Abschluß der historischen Flurbereinigung inszeniert werden kann. Auch daraus gewinnt die EXPO ihre symbolische Bedeutung.
Die EXPO ist ein gesellschaftliches Großereignis, zu dem 40 Millionen Menschen erwartet werden.. Weltausstellungen sind Heerschauen des herrschenden Denkens. Dies wird auch diesmal nicht anders sein. Auf ihr wird präsentiert, wie man sich die Lösung der drängenden „Menschheitsfragen" vorstellt. Die Antwort lautet: durch die Anwendung von noch mehr und noch effizienterer Technik. Das Glücksversprechen der Moderne nach universellem Wohlstand erhält hier eine Neuauflage: die Atomenergie löst die Energieprobleme; mit der Bio- und Gentechnologie lassen sich die Hungerkatastrophen in den Griff bekommen; und darüber hinaus kann dadurch das angeblich drängendste Problem der Menschheit, die „Bevölkerungsexplosion" in den Ländern der sog. Dritten Welt beseitigt werden.
Die EXPO 2000 ist aber auch die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Dies gilt nicht nur im übertragenen, sondern im ganz realen Sinne. Die auf der EXPO vertretene Waffenindustrie kann sich schon jetzt die Hände reiben. Der Krieg wird für den Absatz neuer Waffen sicherlich förderlich sein.
Letzteres gilt aber auch für die auf der EXPO vertretenen „zivilen" Industrien. Noch während des Krieges „besuchten" Vertreter der deutschen Exportindustrie das zerbombte Jugoslawien, um Eindrücke über das Ausmaß der Zerstörung des Landes und ihre zukünftigen Profite zu gewinnen.Der Krieg ist noch lange nicht vorbei!
„Mensch-Natur-Technik" heißt das Gesamtmotto, unter dem sich die EXPO präsentiert. Was darunter zu verstehen ist, wird aus dem ursprünglich geplanten Wahrzeichen deutlich: einer überdimensionalen DNS-Doppelspirale. Nach der Eroberung der äußeren Natur geht es um die Erfassung und Vermessung der inneren Natur. Ziel ist u.a. die Gensubstanz aussterbender Bevölkerungsgruppen – sozusagen die Kollateralschäden der normalen kapitalistischen Entwicklung - zu sichern, um sie einer späteren Verwertung zugänglich zu machen.
Die auf der EXPO präsentierte Technikgläubigkeit gehört neben der Marktgläubigkeit zu den heiligen Kühen des kapitalistisch-patriarchalen Fortschrittsdenkens. Ihre Kinder heißen Zivilgesellschaft, Global Governance, globale Verantwortungsethik und Nachhaltigkeit. All dies sind zentrale diskursive Elemente, die ursprünglich in der Agenda 21 entwickelt wurden. Die EXPO-MacherInnen greifen diese Agenda 21-Diskurse explizit auf. Dadurch soll ihre Lernfähigkeit im Hinblick auf den Ökologie-Diskurs unter Beweis gestellt werden. Durch diese Diskurse soll aber auch eine kritische Opposition in einen kritisch-konstruktiven Dialog eingebunden werden um ihr so eine weitergehende Legitimation zu verschaffen. Viele NGO's und Organisationen aus dem ökologischen und entwicklungspolitischen Spektrum werden sich auch diesmal nicht die „Chance" nehmen lassen, auf diesen Zug aufzuspringen, um „aus der EXPO das Beste" zu machen (Germanwatch).
Der BUKO wird sich auch diesmal dieser Art von kritischem Dialog verweigern. Wir glauben auch nicht, dass die sog. Menschheitsprobleme durch die Anwendung von mehr und effizienteren Techniken gelöst werden können - die Weltbank-Industrieruinen in den Ländern der sog. Dritten Welt sprechen hier eine ganz andere Sprache. Es handelt sich vielmehr um gesellschaftliche Macht- und Herrschaftskonzepte, die nichts mit emanzipatorischer Politik zu tun haben.

BUKO 22 Vorbereitungstreffen

Do 19.08.99, 11.30-18.00 im Asta Uni Hannover
Do 09.09.99, 11.30-18.00 im Pavillon, Hannover
DO. 07.10.99, 11.30-18.00 im Pavillon, Hannover

Informationen und Anmeldung in der BUKO-Geschäftsstelle.

Termine

EXPO und der BUKO?

Der BUKO wird sich intensiv sich mit den neuen Macht- und Herrschaftsformen beschäftigen, wie sie auf der EXPO 2000 zum Ausdruck kommen. Dazu gehört die Kritik des von den EXPO-BetreiberInnen gemalten Bildes von Deutschland als multikultureller Gesellschaft. Die Inszenierung der EXPO als multikulturelles Folklore-Event beläßt die MigrantInnen in ihrem Objektstatus und verhindert eine Auseinandersetzung über die Gründe der massiven rassistischen Alltagspraxen.
Zentral wird auch die Auseinandersetzung mit Politikformen und -inhalten von Organisationen sein, die sich positiv auf die EXPO 2000 und der ihr zugrundeliegenden Agenda 21 Ideologie beziehen. Kaum etwas macht den Niedergang kritischen Denkens in den letzten Jahren deutlicher als die Tatsache, dass sich viele bundesweite und lokale Organisationen und Initiativen in den Agenda 21 Prozess eingeklinkt haben, obwohl dort die Atomenergie, die Bio- und Gentechnologie sowie die Transnationalen Konzerne als Krisenlöser angepriesen werden.
Mit dem aggressiven Einfordern von Konsenslösungen im Agenda 21-Prozess soll jede Grundsatzkritik als illegitim abgestempelt werden. „Wer Sündenböcke sucht, ist fehl am Platz", so Professor Renn, einer der intellektuellen Stichwortgeber des „Agenda 21"-Prozesses und Autor in dem gleichnamigen Buch der EXPO 2000-Buchreihe. Denn „die Industrie hat natürlich kein Interesse daran, mitzumachen, wenn sie den Eindruck hat, dass sie auf der Anklagebank Platz nehmen soll." (FR 6/7/99)
Diese Art von (Real-)Politik des vorauseilenden Gehorsams macht ebenso wie die Politik der rot-grünen Regierung deutlich: Linke, radikaldemokratische und internationalistische Positionen müssen sich in Abgrenzung zu diesen Politikformen und -inhalten entwickeln. Voraussetzung dafür ist eine eigensinnige, subversive politische Theorie und Praxis. Die reale und symbolische Bedeutung der EXPO 2000 zu verdeutlichen und sich kritisch mit den darin vertretenen Politikmustern auseinanderzusetzen, könnte ein Mosaikstein in diesem Erneuerungsprozess sein. Der BUKO 22 soll dazu einen Beitrag leisten.

BUKO und "Gegenmacht von unten"

Der 22. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) findet vom 28.bis 31. Oktober 1999 in Hannover statt. Der BUKO nimmt - wenige Monate nach den EU-und Weltwirtschaftsgipfeln in Köln - die Internationale Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover (1.6. - 31.10.2000) zum Anlaß, die Debatten über "Gegenmacht von unten" und emanzipatorische Politik jenseits der herrschenden Weltordnung weiterzuführen.
Die Entwicklung solidarischer Lebenszusammenhänge steht im Zentrum vieler sozialer und politischer Bewegungen. Für sie will der BUKO22 ein Diskussionsforum schaffen. Die Leitfragen entwickeln sich aus der konkreten Arbeit der beteiligten Gruppen und Organisationen und artikulieren ihre grundlegende Kritik zu den Mainstream-Perspektiven, wie sie die EXPO 2000 inszeniert.
Für den BUKO werden vier Foren organisiert, die jeweils in einzelnen Arbeitsgruppen zentrale Fragen, praktische Erfahrungen und Perspektiven diskutieren. Anknüpfend an zentrale Positionen des Konzepts "EXPO 2000" wird am ersten Tag die kritische Bestandsaufnahme der herrschenden Verhältnisse im Vordergrund stehen.
Am zweiten Tag dreht sich die Diskussion um Zukunftsentwürfe "von unten" und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Um mit den bescheidenen Mitteln, die zur Verfügung stehen, das Blickfeld wenigstens etwas zu erweitern, haben wir Gäste u.a. aus Südafrika und Mittelamerika um Diskussionsbeiträge gebeten.

Foren und Arbeitsgruppen

Forum 1
Weltwirtschaft und Globalisierung - Aktuelle Entwicklungen, dominante Diskurse und die Konsequenzen für internationalistische Politik
Es scheint Anzeichen für kleine Brüche im neoliberalen Diskurs zu geben: in Paris scheitert das MAI; in Stockholm erhält mit Amartya Sen erstmals seit langem ein Nicht-Neoklassiker den Nobelpreis für Wirtschaft; bei der südostasiatischen Wirtschaftskrise blamiert sich der IWF bis auf die Knochen und denkt selbst über eine begrenzte Re-Regulierung des aus den Fugen geratenen internationalen Finanzsystems nach; und Weltbank-Chefökonom Stiegler gesteht zu, daß es für unterschiedliche Krankheiten mehr als ein Medikament geben kann. Begleitet werden diese Entwicklungen von Diskursen über "global governance" oder "internationale Zivilgesellschaft".
Nach Jahren des neoliberalen Umbaus scheint sich also wieder etwas zu bewegen, es fragt sich jedoch: wie und in welche Richtung? Im Rahmen des Forums sollen die laufenden Veränderungsprozesse und die sie begleitenden Diskurse kritisch analysiert und auf ihre Konsequenzen für internationalistische Arbeit hin befragt werden. Ziel ist es, die zentralen Widersprüche aufzuzeigen, unter denen internationalistische Politik heute agiert und Auskunft über deren Grenzen und Möglichkeiten geben zu können. Der BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft wird dabei seine Positionen zur Diskussion stellen, die er im Hinblick auf die Kölner Gipfel veröffentlicht hat.
Die Analyse des Krieges und der rot-grünen Kriegspolitik wird ein weiterer Schwerpunkt des Forums sein.

AG 1: WTO und EU - Institutionen und Strategien neoliberaler Globalisierung
AG 2: Ökologische Modernisierung - das Zauberwort zukünftiger Debatten?
AG 3: Entschuldungsinitiativen
AG 4: Rüstung und Militär: Normalität Krieg?
AG 5: Von der Soligruppe zur NGO?

Forum 2
Soziale Frage - soziale Kämpfe
"Soziale" Themen haben auf der EXPO, so scheint es, einen hohen Stellenwert. "Basic Human Needs", "Ernährung", "Gesundheit", "Zukunft der Arbeit", "Wissen" und schließlich "der Mensch" an sich sind Gegenstand des "Themenparks". Eine Kernbotschaft der EXPO-Präsentation lautet: "Du bist verantwortlich". Soll heißen: Sozialabbau ist gut, denn er weckt die Motivation, sich selbst zu helfen. Wo der Staat in Zukunft fehlt, da haben wir schließlich den Markt. Wer sich Gesundheit, Bildung, gutes Essen nicht kaufen kann, hat irgendwas falsch gemacht.
Von sozialen Menschenrechten ist in den EXPO-Konzepten keine Rede. Doch Armut, Krankheit, Bildungsnotstand sind weder individuelle Versäumnisse noch Naturkatastrophen. Die "soziale Frage" neu zu stellen, heißt, das zu benennen, was die EXPO verschweigt: die gesellschaftlichen Ursachen von sozialer Ausgrenzung und Verelendung. Eine

BUKO-ADRESSEN

BUKO GESCHÄFTSSTELLE:
NERNSTWEG 32-34, 22765 HAMBURG,
TELEFON 040-39 31 56, FAX 040-39 07 520,
E-MAIL BUKO@CL-HH.CL.SUB.DE

➲ UNTER DER GLEICHEN ADRESSE SIND EBENFALLS DIE BUKO-ARBEITSSCHWERPUNKTE RASSISMUS UND FLÜCHTLINGSPOLITIK, WELTWIRTSCHAFT UND ALTERNATIVER HANDEL ZU ERREICHEN.

BUKO AGRAR-KOORDINATION:
NERNSTWEG 32-34, 22765 HAMBURG,
TELEFON 040-39 25 26, FAX 040-39 07 520

BUKO PHARMA-KAMPAGNE:
AUGUST-BEBEL-STR. 62, 33602 BIELEFELD,
TELEFON 0521-60 550

BUKO KAMPAGNE "STOPPT DEN RÜSTUNGSEXPORT":
BUCHTSTR. 14-15, 28195 BREMEN,
TELEFON 0421-32 60 45, FAX 0421-33 78 177,
E-MAIL REXBUKO@OLN.COMLINK.APC.ORG

alaska - ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALISMUS:
BERNHARDSTR. 12, 28203 BREMEN,
TELEFON 0421-72 034, FAX 0421-72 034

Gesellschaft, die Beziehungen ausschließlich über den Markt und über Repression regelt, wird die sozialen Widersprüche niemals überwinden, sondern weiter verschärfen.
Anhand von drei Beispielfeldern – Gesundheit, Bildung und Arbeit – soll gezeigt werden, wie sich der Neoliberalismus im Sozialen auswirkt. Wir werden aber auch unterschiedliche Ansätze von Selbstorganisationen im Süden und im Norden diskutieren, in denen Menschen versuchen, sich der Logik des Marktes zu entziehen und Autonomie über ihr Leben zurückzugewinnen. Wie kann sich ein Internationalismus, der für gleiche Rechte und eine würdige Existenz aller Menschen kämpft, solidarisch auf diese Selbstorganisationen beziehen?

AG 1: Stolpersteine auf dem Weg zur Gesundheit
AG 2: Schöne neue Arbeitswelt
AG 3: Jugend und Bildung

Forum 3
Kontrolltechniken der Zukunft - Nachhaltige Herrschaftssicherung: Modernisierung , EXPO 2000 und Perspektiven des Widerstands

Wir leben in Herrschaftszeiten. Neue Begrifflichkeiten verknüpft mit folgenlosen öffentlichen Debatten bilden die Legitimationsgrundlage für ein Modernisierungsprogramm, das von der Verschärfung der Inneren Sicherheit und sozialen Marginalisierung bis hin zu weltweiten militärischen Interventionen und der Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftskonzepte reicht. Während wir glauben sollen, daß alles viel viel moderater, friedliebender, ziviler, rundrum humaner eben, geworden sei, hat sich der gewaltförmige Zugriff auf Mensch und Natur kontinuierlich verschärft. Trotz dieser Entwicklungen gelingt es, große Teile der sozialen Bewegungen einzubinden und die Linke zu isolieren. Es reicht nicht festzustellen, daß sich hinter der Fassade von Runden Tischen, UN-Resolutionen und salbungsvollen Reden zur Bedeutung der EXPO für die Völkerfreundschaft immer noch Herrschaftsinteressen verstecken. Wir müssen uns den veränderten Strategien zur Durchsetzung dieser Herrschaftsinteressen stellen und die Schwächen und Fehler linker Politik reflektieren. Dies wollen wir anhand der zentralen Themen der EXPO diskutieren. Wir wollen uns mit der Frage auseinandersetzen, wie innerhalb des EXPO-Widerstands eine teilbereichsübergreifende politische Arbeit organisiert werden kann, die den Herrschaftszelten linke Utopien entgegenstellt. Eine Perspektive, die über die EXPO hinausreichen soll, ihre Themenfelder gesamtgesellschaftlich verortet und mehr ist, als eine befristete Kampagnenpolitik.

AG 1: Technik-Herrschaft-Zukunft
AG 2: EXPO und BIOpolitik
AG 3: Kritik der kritischen Mitarbeit
AG 4: Umweltschutz von oben - Umweltschutz von unten
AG 5: Soziale Frage und Innere Sicherheit
AG 6: Frauen und EXPO - feministische Modernisierung oder Widerstand?

Forum 4
"Dialog-Kultur: gleichberechtigt zusammenarbeiten?"

Das Forum organisiert Informationen und Diskussionen zu einem zentralen Thema der Arbeit von BUKO-Organisationen. Wie läßt sich eine gleichberechtigte Kommunikation zwischen Organisationen und PartnerInnen entwickeln - zwischen AkteurInnen aus Zuwanderungs-Communities und Alteingesessenen bzw. aus Süd und Nord? Wie können die bestehenden Barrieren in interkulturellen und internationalen Kontakten positiv bearbeitet werden? Wie können Selbstorganisation, Kooperation und Vernetzung in eine produktive Wechselwirkung gebracht werden? Mit welchen AkteurInnen lassen sich in Zukunft neue Allianzen aufbauen?
Diese Grundfragen werden in allen AGn diskutiert, wobei verschiedene Themen aus der Antirassismus-Arbeit, der Projektkooperation von KünstlerInnen, der mobilisierenden Mediennutzung und der internationalen Kampagnenarbeit im Zentrum stehen. Ausgangspunkt ist die Frage: Wie präsentiert die "EXPO 2000" das jeweilige Thema? Dazu gibt es Kurzinfos der Afrika-Initiative mit Hinweisen auf die weitere kritische Bewertung des Konzepts "EXPO 2000".
Ein Forum über Stil und Strukturen von Kommunikation und Kooperation ohne die Möglichkeit, die Diskussionen mitzubestimmen, wäre eine seltsame Veranstaltung. Kontroversen und produktive Ideen sind daher für die Planungen sehr erwünscht. Ergänzende Vorschläge, Kritik und Anregungen zu den AGn bitte im voraus direkt nach Hannover(Afrika-Initiative Hannover, c/o Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover) schicken! Alle interesierten BesucherInnen werden gebeten, Fragen und/oder eigene Beiträge zu den AG-Themen vorzubereiten und nach Hannover mitzubringen. Der Ablauf der beiden AG-Tage wird gemeinsam gestaltet.

AG 1: Attackieren, selbst organisieren ... - Initiativen gegen den alltäglichen Rassismus
AG 2: Farbfieber - Kooperation von KünstlerInnen aus verschiedenen Kontinenten
AG 3: Don't shoot the messenger - Dialog durch Radio, Internet & JournalistInnen-Netzwerke
AG 4: united international? - Basisnetzwerk Afrika, Europa, USA

Und nun zur Orga...

Der BUKO 22 will Perspektiven von "Gegenmacht" ausleuchten und diskutieren. Jede und jeder, die/der dies auch will, ist herzlich eingeladen. Ort ist das Kulturzentrum "Pavillon" in Hannover (Lister Meile 4). Die Anreise sollte am Donnerstag, dem **28. Oktober 1999**, zwischen 13.00 und 16.00 Uhr erfolgen. Anschließend wird der Kongreß mit inhaltlichen Beiträgen eröffnet. Freitag und Samstag finden Diskussionen innerhalb der Foren und Arbeitsgruppen statt. Der Kongreß endet am Sonntag, den **31. OKtober 1999**, gegen 14.00 Uhr.
Das **Programm** des BUKO 22 ist zwar schon recht umfangreich, wir wollen aber trotzdem Möglichkeiten schaffen, daß Gruppen ihre Arbeit vorstellen, freie Diskussionen mit anderen führen und Aktionen durchführen können. Wenn Ihr **Ideen oder Pläne** habt, meldet Euch so schnell wie möglich in der BUKO-Geschäftsstelle.
Auch Versuche von "Gegenmacht" brauchen Planung und kosten mitunter Geld. Ein Großteil der Teilnahmebeiträge wird "umverteilt", um ReferentInnen und TeilnehmerInnen aus weiter entfernten Orten eine kostengünstige Anreise zu ermöglichen. Der **Teilnahmebeitrag** beträgt DM 80,- für Personen aus BUKO-Mitgliedsgruppen und DM 110,- für alle anderen TeilnehmerInnen. Dafür bieten wir neben einem umfangreichen Diskussions- und Kulturprogramm eine **Unterkunft** in Privat- oder Sammelquartieren (Schlafsack mitbringen!), vegetarische **Verpflegung** und anteilige **Fahrkostenerstattung** (bis zur Höhe eines DB-Tickets 2. Klasse mit Bahncard abzügl. eines Eigenanteils von ca. 30,- bis 40,- DM). Für Leute aus Hannover beträgt der Eintritt 50,- DM (keine Fahrtkostenerstattung).
Also: Bitte die Anmeldung möglichst frühzeitig und spätestens bis zum 1. Oktober an die BUKO Geschäftsstelle nach Hamburg schicken (Adresse siehe Kasten). Nur dann können wir sicherstellen, daß es für alle was zu beißen und ein Dach über dem Kopf gibt! Außerdem gelangt dann noch der **Vorbereitungsreader** pünktlich in Ihre Hände. Bitte den entsprechenden Betrag im voraus auf das Konto des BUKO überweisen: Konto-Nr. 234389 bei der Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel, BLZ 21060237. **Weitere Informationen** gibt die BUKO Geschäftsstelle.

Protokoll des BUKO-Ratschlags

28.-30. Mai in Köln

by Heiko Möhle

"Kölngehen" ist eine neue Broschüre des BUKO Arbeitsschwerpunkts Weltwirtschaft betitelt. Der BUKO nahm sich das Motto zu Herzen und lud zum Auftakt der Kölner Gegengipfel-Wochen an die Rheinmetropole, um auf dem 3. BUKO-Ratschlag über Internationalismus im Zeitalter der Globalisierung zu diskutieren und mit den Euromärschen gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung zu demonstrieren. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Protokoll (die vollständige Fassung kann in der BUKO-Geschäftsstelle angefordert werden).

Am Freitagabend stellte Markus Wissen den neuen BUKO AS Weltwirtschaft und dessen brandneue - und schon vergriffene - Broschüre „kölngehen" vor. Laut Markus gab es drei Motive für diese Broschüre:
- einen Beitrag des BUKO zu den Gegenaktivitäten um den Kölner Doppelgipfel zu leisten und dafür zu mobilisieren;
- eine Kritik an der Professionalisierung internationalistischer Arbeit (NGOisierung) darzustellen (wobei Markus mit NGOisierung im wesentlichen Lobbyarbeit verband). Dabei sollte mensch aber nicht alle NGOs über einen Kamm scheren und NGOisierung auch als ernstzunehmende Antwort auf die Krise der Internat-Bewegung verstehen.
- sich über die Kritik hinausgehend mit eigenen Positionen in der Debatte zu verorten, z. B. mit einem Artikel zur Bestimmung und Einschätzung dessen, was als „Neoliberalismus" bezeichnet wird.

In der „Schwäche" des Artikels "Anforderungen an einen Neuen Internationalismus", der eigentlich Perspektiven aufzeigen soll, offenbaren sich laut Markus die im AS vertretenen unterschiedlichen Politikverständnisse. Es gebe eine Strömung, die sich explizit auf die Analyse und Kritik der bestehenden Verhältnisse beschränken möchte, da sie zur Zeit keine Ansatzpunkte des Intervenierens sehe (alles was wir tun, reproduziert nur das System). Andere im AS sehen dies nicht so ausschließlich. Aber auch denen fällt es schwer, vielversprechende Ansatzpunkte aufzuzeigen.

Markus wollte die Broschüre auch als Beispiel verstanden wissen, wie der BUKO wieder stärker nach außen treten könnte. Generell meinte er, könne der BUKO sich nicht mehr als Dachverband aktiver Gruppen präsentieren und sollte vielmehr eine Profilierung über politische Positionen anstreben sollte. Der BUKO werde hier auch gebraucht - um das sich derzeit breitmachende „herrschaftskritische Vakuum" zu füllen.

Die Diskussion über die Folgen der Globalisierung für die Internationalismus-Bewegung drehte sich vor allem um um die Frage, ob internationalistische Gruppen heute mehr als früher auch innergesellschaftlichen Konflikte in ihre Aktivitäten einbezögen.

Markus meinte, das Thema EXPO wäre vor zehn Jahren noch undenkbar als Kongreßthema gewesen und sah hierin ein Indiz für die Tendenz im BUKO, sich den Verhältnissen hier zu stellen. Auch auf dem Paderborner Kongreß (21. BUKO, 1997) seien Themen mit lokalem Bezug stark vertreten und entsprechende AGs gut besucht gewesen. Die mangelnde Beteiligung gerade von BUKO-Mitgliedsgruppen – ein Großteil der KongreßbesucherInnen kam aus anderen Zusammenhängen - stelle die Tendenz eines Umdenkens im BUKO allerdings in Frage. Ralf Berger (Köln) stellte die Frage „Wer braucht noch den BUKO". Verschiedene Arten von Internatgruppen wurden aufgezählt und festgestellt, daß sie alle den BUKO als Organisationsstruktur nicht bräuchten. Aber es gebe das Bedürfnis nach Auseinandersetzung, Diskussion und Positionierung im Sinne von grundlegender Gesellschaftskritik. Das sah auch Kai so, erlaubte sich aber die ketzerische Bemerkung, daß die Leute/ Gruppen mit einem solchen Bedürfnis offensichtlich nicht im BUKO seien.

"150° West, 60° Nord"

Anknüpfend an Markus' Beitrag vom Vorabend wurde am Samstag die Diskussion um den "Neuen Internationalismus" fortgeführt. Dabei sollte es um den Stand der mittlerweile gar nicht mehr so neuen Debatte um den "Neuen Internationalismus" gehen. Und schließlich um die Frage, welche Bedeutung diese Debatte für den BUKO hat.

Zum Einstieg stellte Kai den Artikel vor, mit dem die alaska-Redaktion eine "Standortbestimmung jenseits vom Neuen Internationalismus" versucht hat. Anliegen der Redaktion war es, ähnlich wie bei "kölngehen", eine Position zum Internationalismus aus einer grundsätzlich herrschaftskritischen Perspektive einzunehmen. Der Redaktion gehe es nicht darum, die seit 10 bis 15 Jahren laufende Diskussion um einen "Neuen Internationalismus" ungebrochen fortzusetzen, sondern um eine kritische, rückblickende Bewertung der bisherigen Diskussion. Die "postmoderne" Kritik am alten Internationalismus habe trotz aller Widersprüche der verschiedenen Ansätze zu einigen wichtigen Punkten einer Neubestimmung geführt:
- Betonung der Notwendigkeit eines Widerstands gegen die Verhältnisse im eigenen Land
- die Anerkennung der "gleichberechtigten" Existenz verschiedener Unterdrückungsstrukturen (es gibt keine Haupt- und Nebenwidersprüche)
- die Ablehnung der "Vorbildrolle" europäischer Entwicklungsmodelle.

Demgegenüber hätten sich aber auch einige traditionelle, "moderne" Vorstellungen von Emanzipation in der Linken erhalten.

Auf Kritik traf auch der von der alaska unterstellte Konsens der angeblich dominanten Kapitalismuskritik in der Linken. Während Kai fürchtete, antisexistische und antirassistische Strömungen würden in der Debatte um einen Neuen Internationalismus untergebuttert, betonte Heiko W. die Notwendigkeit, das Vakuum einer fehlenden, grundsätzlichen Kapitalismuskritik zu füllen. So lehne etwa die Euromarschbewegung den Kapitalismus nicht grundsätzlich ab, sondern lediglich seine mangelnde soziale Abfederung. Deshalb handele es sich eigentlich nicht um eine antikapitalistische, sondern eher um eine anti-neoliberalistische Bewegung.

Im Zentrum der Diskussion stand der Begriff der "Organisierung". Dabei geht es auch um die Frage, wo sich "die Linke" in bezug zur Gesellschaft verortet – innerhalb oder außerhalb. Machen wir Politik nur für uns, oder mit

anderen zusammen? Mit "Organisierung" meinte Kai keineswegs das Bestreben, eine neue Organisation aufzubauen, sondern einen Prozess, sich in der Linken über gemeinsame Grundsätze zu verständigen und gemeinsame politische Perspektiven zu entwickeln. Trotz dieser Einschränkungen wurde der prozesshafte Organisierungsbegriff der alaska-Redaktion durchweg positiv aufgenommen. Ein Kernelement eines emanzipativen Organisierungsprozesses müsse, darauf wiesen mehrere TeilnehmerInnen hin, die Entwicklung einer offenen Diskussionskultur sein.

Gerade in den sich als linksradikal definierenden Kreisen kriegen viele Leute leider kaum die Klappe auf, weil sie fürchten, ihre Meinung könne den radikalen Standards nicht gewachsen sein. Und kennen wir sie nicht alle, jene ewig Rechthabenden, die jedes Bündnistreffen nutzen, um in bornierter und selbstgefälliger Manie die anderen abzuwatschen? Darunter leidet die inhaltliche Qualität der Auseinandersetzung, wie zuletzt die Kölner Erfahrungen gezeigt haben. Zumindest hier kann der BUKO positive Impulse vermitteln. Eine Aufgabe des BUKO wird es sein, mit diesem Pfund zu wuchern und Kongresse, Seminare usw. noch weiter als bisher für andere Bewegungen und Diskussionen zu öffnen. Doch der BUKO sollte mehr sein, als eine gemeinsame Diskussionsplattform verschiedener linker Strömungen. Es geht auch darum, eigene politische Positionen weiterzuentwickeln und offensiv in die Öffentlichkeit einzubringen, denn attraktiv, so Sabine S., ist nur, wer etwas anzubieten hat. Konkreter wurde die Diskussion über Attraktivität, Organisierung und Bündnisfähigkeit, als Ralf Berger und Dirk Eckert ihre Erfahrungen aus den Bündnistreffen rund um die Kölner Gegengipfel – Aktivitäten referierten.

Zwar wurde in Köln von verschiedenen Seiten emsig gespalten, doch inhaltlich diskutiert wurde kaum. Die Bündnisse beschränkten sich eher darauf, organisatorische Fragen zu behandeln, ein Manko, das auch auf die Vorbereitung des BUKO 22 in Hannover zutrifft. Dort fehlt es bisher an einer Diskussion über die inhaltliche Gesamtausrichtung des Kongresses. Diese Diskussion, so wurde vereinbart, sollte im Mittelpunkt des Kongreß-Vorbereitungsseminars in Berlin Anfang Juli stehen. Es wurde eingeschätzt – und gehofft -, daß nach den Köln-Aktivitäten das Interesse, sich zur EXPO politisch zu verhalten, zunehmen und die Diskussionsbereitschaft auch im BUKO wachsen wird.

Wenig Zeit für viel Wichtiges

Nach soviel Grundsatzdebatte blieb mal wieder wenig Zeit für die Themen des politischen Alltags im BUKO. Insgesamt fanden alle Anwesenden die Presseerklärung des BUKO zum Krieg im Kosovo sehr gelungen; lediglich der verspätete Veröffentlichungstermin wurde kritisiert. Da die thematisch eigentlich verantwortlichen Rüstis keine Initiative ergriffen, kam es zu Verzögerungen, die charakteristisch für die momentane Situation innerhalb des BUKO sind. Inhaltlich kritisierte Heiko vom iz3w den positiven Bezug auf die UNO als Konfliktlöserin aus Internat-Sicht als problematisch. Daraus entwickelte sich eine Diskussion über eine Positionsbestimmung des BUKO zu diesem Krieg und der Rolle der UNO. Einige plädierten dafür, es einfach bei der radikalen Forderung zu belassen, den NATO-Einsatz sofort zu beenden, andere unterstützten die Forderung nach Federführung durch die UNO als ersten Schritt gegen die Selbstmandatierung der NATO und als kleineres Übel, jedoch verbunden mit einer radikalen Kritik an der UNO. Die Forderung an die UNO wird aus der Preseerklärung herausgenommen, bei einer neuen Erklärung sollten noch weiter Kritikpunkte eingebaut werden.

Der SprecherInnenrat (SR) ist letztes Jahr im Mai als Gremium gegründet worden, da das öffentliche Auftreten und die Entscheidungsfindungsstrukturen des BUKO allgemein bemängelt wurden. Beim Bericht über die Arbeit im letzen Jahr kritisierten Sabine und Pia, daß die Arbeit aufgrund der Anzahl der Leute (5) und der Wohnortentfernungen zu Problemen geführt hätten; zudem sei der SR wenig von Gruppen oder Einzelpersonen von außen angefragt worden. So war es dem SR unklar, was für eine Funktion er eigentlich haben solle, und dies führte zu Unzufriedenheiten. Daran schloß sich eine inhaltliche Diskussion an, ob der SR sich eher aktiv (auf Gruppen zugehen und anstoßen, Überblick haben oder gewinnen; enge Anbindung an die Geschäftsstelle, neue Leute ansprechen; inhaltliche Diskussionen beginnen und streuen, Themen erschließen und aktiv einbringen etc.) oder eher passiv (auf Anfragen oder Bitten von Gruppen handeln und diese unterstützen; Inhaltliches von der Basis entwickeln lassen und dieses dann fördern; Minimalstruktur aufrechterhalten, etc.) verhalten solle. Aufgrund ihrer Erfahrungen haben vier der fünf Leute, die den SR bisher gebildet haben, keine Lust mehr, dies weiter zu machen. Bei der Diskussion um einen neuen SR wurde dann größtenteils der Wunsch geäußert, daß dieser, wenn installiert, aktiver sein solle. Im Anschluß daran fanden sich 5 interessierte Leute, die bei einem Treffen in Frankfurt am 19. Juli ein neues Konzept erarbeiten und auf dem BUKO 22 vorstellen wollen.

In der Geschäftsstelle arbeiten zur Zeit Pia, Gila, Annette, Margherita, Heiko und Thorsten (Praktikant); die Motivation ist eher gedämpft, da von diesem Team im nächsten Jahr vielleicht nur noch eine Person in der GS arbeiten wird. Heiko berichtete über die Schwierigkeiten in der GS, er sieht ein inhaltlich-politisches Vakuum innerhalb des BUKO und insbesondere der GS, was sich beispielsweise an der Vorbereitung zum BUKO 22 zeigt, in der wenige Leute mitarbeiten und kein Raum für Diskussionen besteht. Um die GS bei der inhaltlichen Positionsfindung und Meinungsbildung zu unterstützen und allgemein in ihrer Arbeit zu beraten, wurde ein lokaler Beirat in Hamburg gegründet. Im Moment sind Axel Hampe, Theo Bruns, Sabine Schupp, Burkhard Leber, Uli Anders und evtl. ab Sommer noch Jutta Klaß und Reimer Dohrn im Beirat.

Rezensionen

Zukunft ohne Arbeit

by Bernd Hüttner

Das gute und interessante findet sich oft abseits der ausgetrampelten Diskurspfade. Der Sammelband Zukunft ohne Arbeit thematisiert all das, was einem in den ganzen Debatten um die Zukunft der Arbeit fehlt: Psyche als Produktivkraft zum Beispiel. Aber der Reihe nach. Zentral für die Beiträge des Bandes, die sich der Arbeit widmen, ist die Ansicht, daß ein bestimmtes Modell von Arbeit in die Krise geraten ist, nämlich die kapitalistische, geschlechterverwiesene bezahlte Erwerbsarbeit. Weiter: Vorgeschlagene Lösungen müssen auf ihre Aussagen zur Aufteilung von "Produktion" und "Reproduktion" hin abgeklopft werden. Dies sind erfreulich radikale Ansichten, die hier auch aus einem feministischen Blickwinkel resultieren.

Ingrid Kurz-Scherf liefert eine prima Einführung in die Diskussion um das "Ende der Arbeitsgesellschaft" und stellt die wirtschaftspolitische Entwicklung der letzten Jahre in Deutschland dar. Kurz-Scherf plädiert für eine starke Arbeitszeitverkürzung und einen politisch und einen nicht nur wie bislang ökonomisch begründeten Begriff von Arbeit. Katrin Kraus und Barbara Stiegler diskutieren die Konzepte Erziehungsgehalt und Ökonomisierung von Hausarbeit vor dem Hintergrund, daß natürlich in allen 'Arbeit der Zukunft'-Debatten weiterhin die unbezahlte, "privat" organisierte und geschlechtlich verteilte Arbeit von Frauen in der Familie nicht größer verändert werden soll. Kraus untersucht in einem weiteren Beitrag die Verlagerung von Hausarbeit auf Migrantinnen und Frauen aus der "Unterschicht" als Mittel um den Alltag überhaupt noch in den Griff zu bekommen. So wird schlechtbezahlte Arbeit von Frauen zur Bedingung der Berufstätigkeit anderer (Mittelschichts-)Frauen. Statt die Männer einzubinden, wird niedrige Arbeit auf Frauen verschoben und damit die herrschende Dominanzkultur reproduziert. Der Sozialhistoriker Marcel van der Linden kritisiert den wertkritischen Ansatz der Zeitschrift Krisis, indem er ihm vorwirft, durch das Beharren auf Totalität jegliche Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderung auszuschließen. Van der Linden liegt hier in Teilen falsch, da sich der Krisis-Ansatz schon länger alternativwirtschaftlichen Projekten und Diskussionen angenähert hat.

Weitere Beiträge thematisieren dann noch u.a. internationale Arbeitsmigration und die Krise des Fordismus und seine Folgen für die Gewerkschaften. Das Buch ist manchmal etwas zu gründlich, da alles bis ins letzte ausargumentiert wird. Dies ist zwar eigentlich rühmlich, führt aber an etlichen Stellen zu einer Langatmigkeit. Der Band zeigt, daß aus dem "kleinen" Kontext einer Veranstaltungsreihe in Trier ein spannendes Buch werden kann.

Thomas Geisen, Katrin Kraus, Veronika. Ziegelmayer (Hg.): Zukunft ohne Arbeit? Beiträge zur Krise der Arbeitsgesellschaft; IKO Verlag Frankfurt/M. 1998, 290 S.

Neue Medien

Neue Bücher - kein mensch ist illegal, alaska-Award

by Bernd Hüttner

Rechtzeitig zum Grenzcamp liegt mit kein mensch ist illegal ein Büchlein vor, das sich hochstaplerisch "Handbuch zur Kampagne" nennt. In ihm werden verschiedene Aspekte antirassistischer legaler und halblegaler Arbeit geschildert: Fluchthilfe, Heirat mit Nichtdeutschen, Wanderkirchenasyl. Dies geschieht aus Sicht von mehrheitsdeutschen UnterstützerInnen. MigrantInnen kommen nur in einem Gespräch über die Menschenrechtskarawane und ihre positiven Folgen zu Wort. Zwei grundsätzlichere Beiträge thematisieren zum einen die Problematik des Verhältnisses zwischen Unterstützung und Bevormundung in der antirassistischen Arbeit - zum anderen die zukünftige Entwicklung der europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Der Band wirkt etwas zusammengewürfelt, ist aber wohl ganz nützlich (cross the border (Hg.): kein mensch ist illegal; ID-Verlag Berlin 1999, 144 S. 15 DM).

Großer Favorit für den *alaska*-Award für das unzugänglichste Buch diesen Jahres ist *Klassenfragmentierung im Postfordismus. GeschlechtArbeitRassismusMarginalisierung* von Ben Diettrich. Auch wenn mensch im Laufe der Jahre von Theorie produzierenden Männern einiges gewöhnt ist, dies geht zu weit. Diettrich veröffentlicht seine Dissertation, die verdammt wie das theoretische Fundament des Buches *Postfordistische Guerrilla* daherkommt, im bewegungsnahen *unrast*-Verlag. *Postfordistische Guerrilla* wurde von der *gruppe demontage* verfasst, dem letztjährigen Doppelpreisträger (*alaska*-Awards für das beste Marketing und das meist überschätzte Buch). Der Autor verfolgt eine aufklärerische Zentralperspektive, mit der er die gegenwärtige Situation zu erfassen versucht. Er hält dafür die Klassenanalyse für sehr wichtig und untersucht, wie andere Strukturen - Rassismus, Geschlechterverhältnis etc. - dazu im Verhältnis stehen. Wie er das tut und ob ihm das alles gelungen ist, weiß ich nicht, ich habe wegen mentaler Überforderung und daraus resultierender sägender Langeweile nach wenigen Dutzend Seiten aufgehört zu lesen. Im Ernst, wollen sie etwa ein ganzes Buch über ultralange Sätze lesen, in denen permament Wörter wie Klassenstrukturierungsprozeß, Reproduktion, Produktionsweise, Funktion oder Mehrwert vorkommen, wenn sie dafür nicht bezahlt werden? Das Begriffsverzeichnis genannte mitgelieferte Lexikon am Schluß des Bandes hat seine Berechtigung (Ben Diettrich: Klassenfragmentierung im Postfordismus, Unrast Verlag Münster 1999, 300 S., 39,80 DM).



Impressum

alaska ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen und internationalistischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.

Herausgeber:
Verein für Internationalismus und Kommunikation,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen

Redaktionsanschrift:
alaska,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen,
Tel/Fax: 0421-72034
RedakteurInnen: Claudia Bernhard, Iris Bockermann, Bernd Hüttner, Kai Kaschinski, Christoph Spehr
Anzeigen: Bernd Hüttner
Layout: Harry Loges
Fotos: Harry Loges
Cover: design by markovits
Druck: Gegendruck,
Bremer Str. 68a, 26135 Oldenburg

Bezugsbedingungen:
alaska erscheint sechsmal pro Jahr.
Das Jahresabo kostet:
Normal 48,- DM
Institutionen 70,- DM
Soli 70,- DM
Ausland-EU 70,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.
Zahlungen nach Rechnungserhalt auf das unten angegebene Konto.
Kündigungen per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonnements verlängern sich um ein Jahr.
Sonderkonto: alaska, Nr.: 6669-209 bei PGA Hamburg, BLZ: 200 100 20

Nachdruck erwünscht, bitte Quelle angeben und Belegexemplar schicken.
Beiträge, die Mitgliedsgruppen des BUKO oder anderer LeserInnen werden, soweit redaktionell möglich, abgedruckt.
V.i.S.d.P.: Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

ISSN: 1436-3100

linke zeitschrift
ARRANCA!

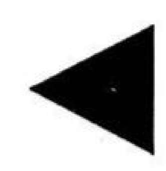
Schwerpunkt Nummer 17

Autonomiefa(e)lle



Der Zionismus Eine jüdische Nationalbewegung
Pathologischer Nationalismus Gespräch mit International Workers Aid Berlin
Die Quadratur des Kreises Poder Popular und Autonomie in Kolumbien
Wo es angeblich nur zwei Seiten gibt ... bleiben wir auf dem Boden der Realität: über Gute und Böse im Kosovo-Krieg
Dokumentation Nanni Balestrini
Berichte und Debatte zur Existenzgeldkonferenz

iz3w



Themenschwerpunkte 1999:
▸ Krisen ▸ Neoliberalismus ▸ Global Cities ▸ Alter ▸ Lager ▸ Kultur-IndustriePolitik ▸ Menschenrechte ▸ Tourismus ▸ sexuelle Identitäten

Einzelheft DM 8,– ▸ Abo DM 60,– erhältlich im linken Buchhandel, in Dritte-Welt-Läden oder direkt beim

iz3w ▸ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Telefon (07 61) 740 03 · Fax 70 98 66
E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Internet: http://www.rolf.de/iz3w

iz3w ▸ Politik, Ökonomie und Kultur zwischen Nord und Süd

Neues Info!
Neue Adresse!

Euer Mailorder für das linke Buch hat eine neue Adresse: bitte notieren.
Und unser neues Buchinfo ist gerade erschienen: einfach anfordern.

Anares Nord

Postfach 1247 · 31305 Uetze
Tel./Fax 0 51 73 / 66 63

OFF LIMITS

Antirassistische Zeitschrift
Nummer 26 - 2.Quartal 1999

Texte gegen den NATO-Krieg

KurdInnen in Deutschland
Tod bei Abschiebung aus Österreich

DM 6,-

Bestellungen an
off limits
c/o WIR-Zentrum
Hospitalstr. 109
22767 Hamburg
Tel/Fax 040 - 3861 4016/7

CONTRASTE

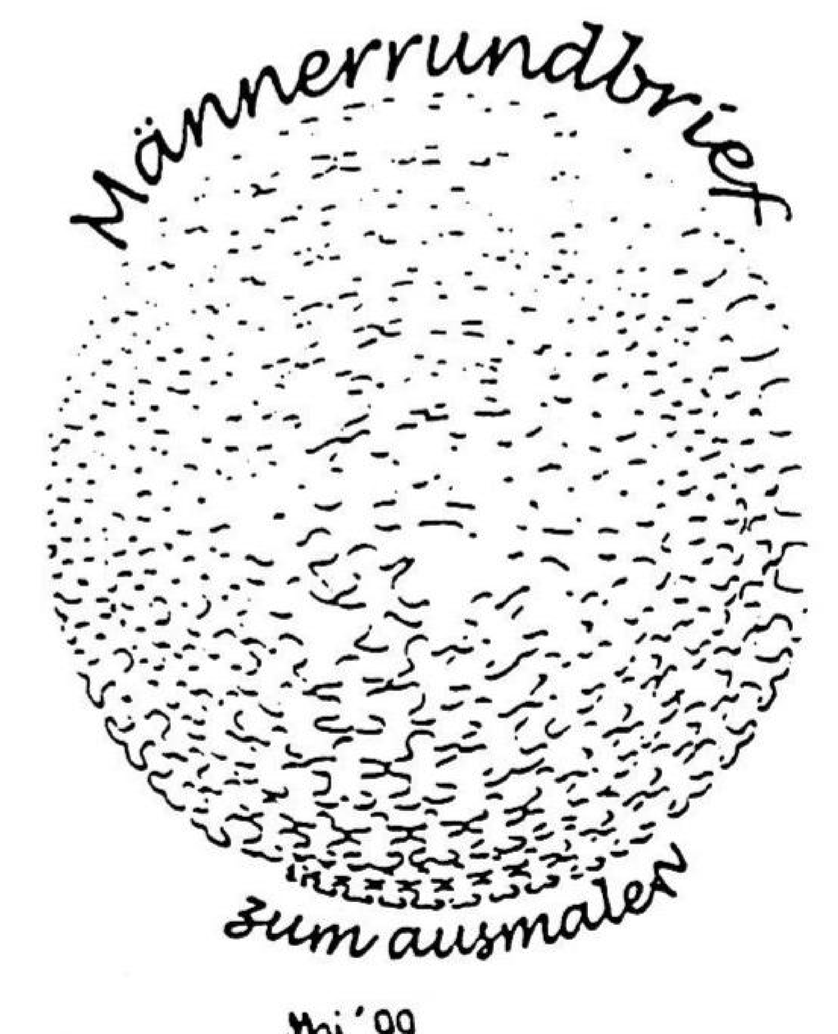
Die Monatszeitung für Selbstorganisation

ALTERNATIVE WOHNPROJEKTE Meuchefitz · Scheeßeler Mühle · Räumung des Bauwagenplatzes K18 · Hagen 4 · Beginenhöfe nur für Frauen · Finkenburg · Tommy-Weissbecker-Haus · Weidenhof / Riephof **VIETNAM VETERANS AGAINST THE WAR** vor dem NATO-Hauptquartier in Heidelberg **AZ – ANDERE ZEITUNG** Nach 23 Jahren Selbstverwaltung eingestellt **BOLO'BOLO** Lesung mit p.m. **NEWROZ** größte Aufstände seit Jahren – Bericht einer Delegation

Ein Schnupperabo (3 Monate frei Haus ohne Verlängerung) für 10 DM nur gegen Vorkasse (Schein/Briefmarken/V-Scheck).

BUNTE SEITEN 1999 das einzige Adreßverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 12.500 Anschriften aus der BRD, CH, A & internationale Kontaktanschriften mit **Reader der AlternativMedien** im Innenteil. 1.300 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. Ca. 280 Seiten (DIN A4) für 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, ISBN 3-924085-05-6. Bestellungen über: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, Tel. (0 62 21) 16 24 67

http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/



Totgesagte leben länger:
Der neue Männerrundbrief ist da!
mit neuer Redaktion.
Aus dem Inhalt:
Männer, Isolation und Sexualität
Subjektivität und Politik
Forschende Männerkritik
Preis: 6,- incl. Porto
Ab 5 Ex. 4,- pro Ex.
Männerrundbrief
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64
48153 Münster
e-mail: MaennerRB@aol.com

ak analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis

Neu: Inhalt per Email

Schickt uns ein Mail mit dem Betreff: Inhaltsverzeichnis - und ihr wißt, was in der neuen ak steht.



kostenloses Probeexemplar oder gleich ein Abo...
analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175
Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

www.akweb.de

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
H 11673 F
alaska
Bernhardstraße 12
28203 Bremen

12/ 99/ 1/227/ 836

Infoladen
Koburger Straße 3

04277 LEIPZIG

Alles wird teurer!

218 Hack the Planet
Internet - Mythos oder Möglichkeit?

219 Verortung in Randzonen
Linke und Provinz

220 Neue Weltmännlichkeiten
Globalisierung als Re-Maskulinisierung

221 Fit fürs Leben
Arbeit, Freizeit und andere Zumutungen

222 Alles wird endlich wie bisher!
Staat, Macht und Neoliberalismus

223 Hoch die ...
Postmoderner Internationalismus

224 Radikal deutsch
Rassismus und die Linke

225 „Nennen wir's Krieg"
Leben und sterben lassen

226 Do not lean out
Grenzziehungen: Rassismus, Kultur, Ideologie

227 Darf's ein bißchen mehr sein?
Die Welt der Wirtschaft

:alaska nicht.

design by markovits